

Stenographisches Protokoll.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Sonntag, 9. Dezember 1951.

Inhalt.

Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28, Titel 8: Bundestheater (Fortsetzung).

Redner: Lola Solar (S. 2625), Dr. Gasselich (S. 2631), Dr. Zechner (S. 2634), Dr. Herbert Kraus (S. 2637), Hinterleithner (S. 2638), Dr. Pfeifer (S. 2640), Maria Kren (S. 2641), Mark (S. 2643) und Frisch (S. 2648).

Gruppe VII: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28, Titel 9: Bundesapotheken, und Kapitel 28, Titel 10: Serotherapeutisches Institut.

Spezialberichterstatter: Weikhart (S. 2652); Redner: Elser (S. 2653), Altenburger (S. 2668) und Neuwirth (S. 2677).

Eingebracht wurde:

Anfrage der Abgeordneten

Dr. Tončić u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die soziale Betreuung der österreichischen Jungakademiker, insbesondere die Unterstützung der studentischen Krankenhilfe (360/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir fahren in der Beratung der **Gruppe VI** des Bundesvoranschlages fort.

Abg. **Lola Solar**: Hohes Haus! Wir alle, die wir die Verantwortung für das Volk tragen, sind uns wohl der großen Wichtigkeit dieses Ressorts bewußt, das hier seit gestern zur Beratung steht, umfaßt es doch das gesamte Bildungswesen und gibt es doch kaum einen Staatsbürger, der durch die Auswirkungen dieses Ressorts nicht irgendwie beeinflußt und geformt wird.

Wir alle erkennen auch, daß wir in der heutigen Zeit, nach einem Zusammenbruch, nach Verwüstung und Zertrümmerung gerade auf kulturellem Gebiet noch lange nicht die Schäden beseitigt und alles Verschüttete aufgeholt haben. Gerade uns als echte Österreicher schmerzt diese Tatsache zutiefst, und es wundert uns, daß gestern hier im Hause von einem Abgeordneten einer Kontrapartei der Vorwurf gegen Österreich erhoben wurde, sein Kulturleben liege so tief am Boden und dieses Ressort strenge sich nicht an, die Schäden zu beseitigen.

Vielleicht dürfen wir gerade diesem Abgeordneten einen Rat geben. Er spricht viel von Demokratie; er nennt uns als Beispiel der Demokratie jene Staaten, als deren Sendbote er hier in Österreich wirkt. Möge er dort diese demokratischen Rechte ausnützen und möge er auch dorthin gehen, woher er seinen Geist und seine Befehle nimmt, und dort Forderungen stellen, deren Erfüllung unserem gesamten Budget sehr not täte!

Wir wüßten schon den Ausweg, um unser Budget auf eine bessere finanzielle Basis zu stellen. Denken wir nur daran, wieviel unserem Staat an Finanzen verloren geht. Sind wir denn nicht ein Sack, in den man uns unten ein Loch geschnitten hat und aus dem soviel ausfließt, daß wir alle Mühe haben, uns am Leben zu erhalten?

Könnte der Abgeordnete es erwirken, daß die Steuern der USIA-Betriebe wieder Österreich zufließen? Könnte er es erwirken, daß unsere wertvollen Bodenschätze in Zistersdorf ganz uns zur Verfügung stünden? Könnte er es auch erwirken, daß wir keine Besatzungskostensteuer mehr zahlen müßten? Wenn ihm das gelänge, verehrte Anwesende, dann wären wir imstande, unser Kulturleben mit einem Impuls zu erfüllen, daß sich alle Staaten Europas an uns ein Beispiel nehmen könnten, wie es ja auch in vergangenen Zeiten der Fall war. Darum möge er als soviel gepriesener Demokrat seine Rechte dort fordern. Kann er es aber nicht, dann ist das Wort Demokrat eine Farce, und dann ist er nichts anderes als bloß ein willfähiges Werkzeug, das Befehle auszuführen hat und nicht zum Wohle Österreichs handeln will.

Wenn ich nun auch zu dem zweiten Redner der gestrigen Debatte Stellung nehmen darf, so will ich feststellen, daß gestern nicht die Kirche, sondern das Unterrichtsbudget zur Diskussion stand. Ich glaube, daß wir so veraltete Methoden abtun müssen. Das Parlament ist nicht der Ort, um irgendwelche Angriffe zu starten; die muß man anderswo anbringen. Sie können uns glauben, daß auch wir von unserer Partei nicht mit allem

2626 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

einverstanden sind, was dieses „Offene Wort“ schreibt und geschrieben hat. (*Ruf bei der SPÖ: Bravo!*) Auch wir werden und wurden angegriffen, wir haben aber diese Fehler woanders angezeigt und haben dies dort zu bereinigen gesucht, wo es allein zu bereinigen ist, nämlich in der Redaktion dieses Blattes. (*Zwischenrufe.*) Wir hier, die wir gestern angesprochen wurden, sind nicht verantwortlich für diese Artikel, wir haben keinerlei Einfluß darauf und wollen auch keinen Einfluß darauf haben. (*Abg. Dr. Neugebauer: Das ist auch gar nicht gegen die ÖVP gegangen!*) Dann ist es recht!

Jedenfalls glaube ich auch folgendes sagen zu müssen: Wir müssen uns auch in dieser Hinsicht an demokratische Formen gewöhnen. Auch wir als die Angegriffenen können dies sagen. Wir haben Pressefreiheit, Pressefreiheit auf allen Linien, und müssen uns in der Demokratie diese Pressefreiheit daher auch selber gefallen lassen. Es ist uns auch nicht immer recht, was in Ihren Zeitungen steht, und es wird vielleicht auch den kirchlichen Kreisen nicht alles recht sein, was Ihre Zeitungen schreiben. Hier gilt eben auch gleiches Recht für alle.

Vielleicht wollen wir doch in dieser neuen Zeitepoche, in der wir heute, nach der Zerstümmerung von Staaten, von Systemen, von Weltanschauungen, stehen, auch neue Formen finden und neue Wege gehen und endlich auch neue Menschen werden, die mit vielem, was vergangen ist, brechen und ehrlich trachten, gemeinsam auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit und in wahrer demokratischer Gesinnung den Weg zu einer friedlichen und dauerhaften Zukunft zu finden. (*Abg. Dr. Neugebauer: Ganz einverstanden!*)

Ich glaube aber nicht, daß zu diesem Ziel der Weg führt, immer wieder von neuem Nadelstiche und Hiebe auszuteilen, vielleicht gerade jener Institution gegenüber — ich meine die Kirche —, die doch wahrhaft nur eines im Auge hat: jene Menschen zu formen, die auch in dieser Zeit ein halbwegs glückliches Leben zu leben vermögen und die in diese Welt wieder Ordnung und Gerechtigkeit bringen können. (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*) Ich glaube nicht, daß es günstig ist, den satanischen Geist, der die Welt heute zu überwältigen droht, mit Beelzebub austreiben zu wollen. Also Schluß mit jeder Gegnerschaft gegen gläubige Menschen und gegen die Kirche! (*Erneuter lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

Nun aber zum eigentlichen Kapitel, zu unserem Unterrichtsressort. Wie ich schon erwähnt habe, schmerzt es uns tief, daß wir nicht alle Forderungen erfüllen können, die die einzelnen Sparten an dieses Unterrichtsressort

stellen. Wir wissen, daß wir die Zukunft Österreichs nur dann sichern können, wenn wir die Voraussetzungen für einen wirklichen Volksfrieden schaffen. Aus der Jugend von heute müssen morgen Menschen werden, welche die Wirtschaft gerecht führen können, Menschen, die edel genug sind, morgen die Kultur Österreichs zu tragen und für sie zu wirken, Menschen, die vernünftig genug sind, die sozialen Einrichtungen und Gesetze so zu ordnen und zu regeln, daß ein Verständnis der verschiedenen Stände füreinander erzielt wird — also die Voraussetzungen für einen wirklichen Volksfrieden!

Unserem Minister gebührt unser Dank, denn er ist ständig bemüht, unserer Jugend die Grundlagen zu schaffen und das erwähnte Ziel zu erreichen. Vergessen wir nicht, welches traurige Erbe wir übernommen haben, übersehen wir aber auch nicht, welche Arbeit in den letzten sechs Jahren auf diesem Gebiet geleistet wurde, um all die Schäden gutzumachen, die das Bildungswesen Österreichs erlitten hat.

Wenn gestern Abg. Fischer mit einigen sonderbaren Beispielen von Dorfschulen aufgewartet hat — zufällig aus einem Gebiet, das in Österreich am meisten getroffen ist, nämlich aus dem Triestingtal, aus dem Gölseental, aus dem Traisental, das, wie wir als Augenzeugen sehen konnten, noch im Jahre 1946 ein Trümmerfeld war —, dann müssen wir ihm folgendes sagen: Er hat anscheinend vergessen, daß gerade in den letzten sechs Jahren Österreich auf dem Gebiet des Schulbaues soviel geleistet hat, wie es in keiner Epoche seiner Geschichte vorher der Fall war. Wir haben bisher 200 Schulen in Österreich neu erbaut. Bedenken wir aber auch, daß gerade dieses Ressort den größten Baukomplex aller Ressorts hat. Haben wir doch nicht nur bis in das kleinste Dorf hinaus Schulgebäude stehen, das Ressort muß auch für wissenschaftliche Institute sorgen und für die dem Unterrichtsressort angegliederten Bundestheater, die schwer beschädigt wurden und in das Unterrichtsbudget gehören.

Wenn wir wohl — und ich möchte das auch von unserer Fraktion sagen — erkennen, daß zu diesen großen Aufgaben das Budget für das Ressort Unterricht gegenüber dem Gesamtbudget zu niedrig ist, dann wollen wir gemeinsam immer wieder unseren Finanzminister an die kulturelle Sendung unserer Heimat erinnern und ihm auch sagen, wie wichtig es ist, daß nicht nur das niedere, sondern auch das höhere Schulwesen volle Berücksichtigung findet, damit wir gerade auf dem Gebiet der Wissenschaft wieder imstande sind, jene Größen heranzubilden, die Österreich zu besitzen gewohnt war.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2627

Heute ist es leider so, daß uns die finanzielle Voraussetzung fehlt, unsere Fachkräfte an den Hochschulen ausbilden zu können, und wir daher unsere Lehrkanzeln an den Hochschulen nicht mit einheimischen Kräften besetzen können.

Mit einer kleinen Besorgnis habe ich gemerkt, daß der Berichterstatter — obwohl er von meiner Fraktion ist — mit einer gewissen Note die 33.000 Pflichtschullehrer betont und nicht verabsäumt hat, aufmerksam zu machen, daß das Budget des Unterrichtsministeriums hiemit zur Hälfte belastet ist. Die Besoldung der Pflichtschullehrer durch den Bund ist vom Standpunkt des Lehrers aus als ein Fortschritt und eine Errungenschaft zu bezeichnen. Diesen Fortschritt und diese Errungenschaft müssen wir nicht nur begrüßen, sondern wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln an ihr festhalten. Es wäre schlecht, wenn durch den Bericht der Eindruck entstünde, als könnte man daran irgendwie rütteln. Wir kämen sonst — wenn der Pflichtschullehrerberuf nicht in das Budget des Bundes eingebaut wäre — wieder zu jenen Mängeln der Vergangenheit, an die sich vielleicht die früheren Jahrgänge von Ihnen noch erinnern, die Differenzierung der Gehälter nach Ländern oder, wie es noch weiter zurückliegt, nach Gemeinden, wo der Bauer am Wirtshaustisch rief: „Trinken wir noch ein Krügel Bier, damit wir den Lehrer erhalten können!“ Ich glaube, das sind wohl unwürdige Zustände für den Lehrstand, und wir müssen die Überwindung dieses Zustandes nur herzlichst begrüßen.

Gestern wurde von dieser Stelle aus von meinem Vorredner Abg. Dr. Neugebauer schon das Schulgesetz erwähnt. Über dieses Gesetz sind wohl alle im Bild, und ich erlebe es nun heute zum drittenmal, daß immer wieder bei den Beratungen über das Budget das Schulgesetz auf der Tagesordnung steht. Jeder Gesetzentwurf des Unterrichtsministeriums ist allen Behörden bis zur letzten Dorfschule zur Stellungnahme zugegangen. Man muß sich fragen, warum diese Angelegenheit so lange dauert, wo wir doch sonst in der Koalition auch bei schwierigen Gesetzen eine Regelung finden. Ich glaube den Grund darin zu sehen: Es geht hier eben um Grundsätzliches, es geht hier um Entscheidendes.

Zwei Dinge bilden die Schwierigkeit. Der Herr Minister und wir stehen jedenfalls auf dem Standpunkt der vollen demokratischen Rechte aller Staatsbürger, die wir bis heute auf dem Gebiet des Schulwesens noch nicht hatten. Darum lehnen wir gerade beim Schulwesen jedes Staatsmonopol ab und sind für die volle Freizügigkeit auf diesem Gebiete. Auch andere Staaten haben hier Freizügigkeit. Denken wir an die englischen Schulen, wie es dort

schon vor 1938 war! Da konnten — wenn das auch nicht gerade sehr beispielgebend ist — sogar die einzelnen Gemeinden Gegenstände von den Lehrplänen streichen, wie sie es für gut fanden. Wir aber sind gewöhnt, in eine Jacke hineingepreßt zu werden, und alle müssen dann so marschieren.

Wenn heute das österreichische Volk Forderungen stellt und viele Eltern es für ihre Kinder günstiger halten, daß sie in einer weltanschaulichen oder sonst in einer privaten Schule ihren Unterricht genießen, dann dürfen wir nicht zweierlei Recht gelten lassen. Wenn Eltern auch arm sind, haben sie doch das Recht, ihre Kinder nach ihren Grundsätzen erziehen zu lassen. Das ist der springende Punkt, der das Hindernis bildet. Und wenn die Eltern das Recht haben, ihre Kinder nach ihren Grundsätzen erziehen zu lassen, haben sie wohl auch das Recht, sie dort unentgeltlich erziehen zu lassen. Folglich fordern wir in diesem Schulgesetz auch die Subventionierung jener Privatschulen, die Öffentlichkeitsrecht besitzen. *(Beifall bei den Parteigenossen.)* Wir müssen auch hier für die wahre Demokratie eintreten, und wenn es nicht erreichbar ist, dann zeigt eine Fraktion des Hauses, wie weit sie von wahren demokratischen Denken entfernt ist.

Nach dem Gesetz ist — ich möchte es hier anschließen — auch die Methode des Unterrichts frei. Diese Methode wird leider auch nicht in allen Ländern nach dieser gesetzlichen Grundlage gehandhabt. Auch hier kein demokratisches Recht auf dem Schulgebiet! *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Eine zweite Frage des Schulgesetzes ist das neunte Schuljahr. Auch das stand hier schon zur Debatte. Über das neunte Schuljahr gibt es nun verschiedene Ansichten. Sie wissen, Hohes Haus, daß der Bauernstand große Bedenken trägt, das neunte Schuljahr sofort an die achtjährige Schulzeit anzuschließen. Ich hatte Gelegenheit, bei Bäuerinnentagungen mit diesen Frauen und Müttern zu sprechen, und habe ihnen diese Frage ganz frei, ohne jede Beeinflussung — dies liegt mir fern — zur Diskussion gestellt. Die Bäuerinnen gaben mir darauf zur Antwort, daß gerade diese Zeit, das fünfzehnte und sechzehnte Lebensjahr, für den jugendlichen Menschen hinsichtlich seiner beruflichen Bildung entscheidend ist. Der Jugendliche in diesem Alter gehört in das bäuerliche Haus, in die bäuerliche Familie hinein, um dort die Liebe zur Scholle und zur bäuerlichen Arbeit zu gewinnen. Würde er in diesem Alter die Schule weiter besuchen, würde er der bäuerlichen Arbeit entfremdet

2628 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

werden. (*Abg. Marianne Pollak: Aber die Schule ist doch im Dorf!*) Auch wenn die Schule im Dorf ist, würde er entfremdet werden, weil er nicht in die bäuerliche Arbeit eingeschaltet würde. Selbstverständlich, weil gerade diese Altersstufen, das fünfzehnte und das sechzehnte Lebensjahr — ich habe das schon erwähnt — für die Berufsbildung des Menschen entscheidend ist. Deswegen darf man aber den Bauern nicht als bildungsfeindlich bezeichnen.

Sie wissen genau, daß gerade im bäuerlichen Sektor in der letzten Zeit große Fortschritte im Bildungswesen gemacht wurden. Wir sind daran, das landwirtschaftliche Fortbildungswesen als Pflichtschule einzurichten. Jeder Bauer wird es nur begrüßen, wenn seine Jugend in späteren Jahrgängen bäuerliche Kurse besuchen kann.

Wir aber, die Pädagogen in der Österreichischen Volkspartei, sind folgender Meinung, und diese Meinung haben wir aus reicher Erfahrung gebildet: Das neunte Schuljahr soll nur an die Grundschule angeschlossen werden, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen: Wir wissen, daß das Kind auf der fünften Schulstufe noch lange nicht reif genug ist, um einem gefächerten Unterricht gerecht zu werden. Daher heute die vielen Mißerfolge in der ersten Gymnasialklasse und vielfach auch in der ersten Hauptschulklasse. Die fünfte Schulstufe ist geistig noch nicht soweit gereift, um sich ständig, von einer Stunde zur anderen, auf eine neue Lehrkraft, auf eine andere Methode umzustellen. Der Schüler dieser Altersstufe bedarf noch einer einheitlichen Führung im Geiste des Familienprinzips.

Ich will nun zu einem zweiten Gesetz übergehen, das uns im Hause bereits in Form einer Regierungsvorlage vorgelegt wurde. Es ist das Landeslehrer-Dienstgesetz. Es war schon lange fällig, dienstrechtlich eine gesetzliche Unterlage und eine Vereinheitlichung auf dem gesamten Gebiet für alle jene zu erreichen, die im Unterrichtswesen tätig sind. Viele Punkte dieses Gesetzes sind voll und ganz anzunehmen, bei einigen besteht jedoch die Notwendigkeit, sie in einigen Formulierungen abzuändern. Wir begrüßen vor allem — und das möchte ich als Frauenvertreterin hier sagen — die gesetzlich verankerte Gleichstellung von Mann und Frau. (*Abg. Marianne Pollak: Was ist mit den verheirateten Lehrerinnen?*) Einen Augenblick, Frau Kollegin, ich bin hier mit Ihnen ganz auf einer Linie (*Abg. Marianne Pollak: Das freut mich!*), und darum ist es nicht richtig, daß Sie mir ins Wort fallen. Ich begrüße diese Gleichstellung und hoffe, daß sie in der Praxis nicht auf dem Papier bleibt. (*Abg. Marianne Pollak: Bravo!*) Und wenn man heute hier und dort

vielleicht schon Ansätze findet, wonach gerade nur die Lehrerin nicht pragmatisiert wird, wenn sie verheiratet ist, so möchte ich zu bedenken geben, daß auch wir, die Frauen in der Österreichischen Volkspartei, auf dem Standpunkt stehen, daß gleiche Leistung gleichen Lohn haben muß und daß zu diesem gleichen Lohn auch die Entlohnungsfolgen zu rechnen sind. Wenn heute, bei dem Andrang der Junglehrer, aus sozialen Gründen eine Maßnahme getroffen wird, wonach ein Eheteil nicht pragmatisiert werden soll, dann dürfte das niemals nur die Frau sein. Es müßte heißen: Der zuerst Eingestellte hat das Recht der Pragmatisierung und darum auch das Recht auf die Pension.

Der zweite Punkt, zu dem vielleicht noch etwas zu sagen ist, ist die im Lehrerdienstrecht vorgeschlagene Leiterprüfung. Wir begrüßen sie selbstverständlich, denn sie dient der Höherentwicklung des Lehrerstandes. Wir würden aber auch vorschlagen, daß nicht nur die Leiterprüfung allein maßgeblich sein soll, sondern daß auch ein Gutachten des Lehrkörpers abgegeben werden möge, weil der Lehrer doch auch hinsichtlich der Kollegialität, hinsichtlich der Führung der Schule usw. seine Fähigkeiten unter Beweis stellen muß. Das kann aber der Prüfungskommissär nicht feststellen, sondern das können nur jene Menschen, die ihn jahrelang aus seiner Tätigkeit kennen.

Es wäre vielleicht gut, hier anzufügen, daß auch eine Fortbildung der Ländler festgesetzt werden möge. In anderen Ländern ist es so, daß der Lehrer auch späterhin noch zur Ablegung von Prüfungen verpflichtet wird. Das wäre insbesondere für jene Lehrer gut, bei denen draußen in den ländlichen Gebieten sonst irgendwie ein Zurücksinken der Leistung zu verzeichnen ist.

Zur Pragmatisierung im allgemeinen — sie ist ebenfalls unter einem im Landeslehrer-Dienstgesetz festgelegt — möchte ich folgendes feststellen: Es ist in diesem Gesetz festgelegt, daß die Pragmatisierung erst nach dem vierten Dienstjahre erfolgen kann. Somit ist der gleiche Stand wie bei allen anderen öffentlich Angestellten erreicht. Über diesen Paragraphen müßten noch Erwägungen angestellt werden.

Einen Vorteil im Landeslehrer-Dienstgesetz begrüßen wir, und zwar hinsichtlich des Kindergartenwesens. Zum erstenmal ist auch die Kindergärtnerin in dieses Gesetz mit einbezogen. Es ist das ein Recht, das sie nun schon lange beanspruchen kann. Wir haben wohl den Kindergarten schon im § 10 des Reichsvolksschulgesetzes erwähnt, und zwar im Hinblick auf die Errichtung von Kinder-

gärten, die immer an eine Lehrerbildungsanstalt angeschlossen sein sollen. Im § 2 des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 88 vom Jahre 1948, finden wir ebenfalls die Kindergärtnerinnen als einen zu den Lehrern gehörenden Stand aufgezählt.

Gegen eventuelle Einwürfe eines Landes möchte ich nun folgendes feststellen: Sach- und Personalaufwand ist selbstverständlich auch bei den Kindergärten Landes- und hier speziell auch Gemeindegarten, während Sach- und Personalaufwand bei den Lehrern nur Landesangelegenheit ist. Bundesangelegenheit ist daher in bezug auf die Kindergärtnerinnen lediglich die Ausbildung, die eventuelle Fortbildung und die Aufsicht. Somit tritt die Kindergärtnerin in jene Gruppe ein, die wir in der Gehaltsstufe der Lehrer als L 3 bezeichnen. Die Kindergärtnerinnen wurden auch in den meisten Ländern schon so eingestuft. Ich will durchaus nicht besonders das Land angreifen, das es betrifft, nämlich das Land Wien, doch muß ich erwähnen, daß dort die Kindergärtnerinnen leider in einer anderen Angestelltengruppe stehen und ganz anders eingestuft sind. Sie befinden sich in der Gruppe D. Somit ist es nicht möglich, ihre Stundenanzahl und eventuell auch ihre Gehaltsansprüche wie jene der Lehrpersonen zu regeln. Es ist vielleicht nicht einmal bekannt, daß die Kindergärtnerinnen zu der Angestelltengruppe der Feuerwehrmänner und Kutscher gehören. Wenn also jetzt die Kindergärtnerinnen in Wien 36 Wochenstunden fordern würden, müßte man allen Angestellten dieser Gruppe, also den Kutschern oder den Feuerwehrmännern ebenfalls eine 36-Stunden-Woche gewähren. Ich glaube nicht, daß das Land Wien der Kindergärtnerin nun das Recht vorenthalten sollte, gleich wie der Lehrer behandelt zu werden.

Bezüglich der Schulaufsicht, die ebenfalls im Landeslehrer-Dienstgesetz behandelt wird, begrüßen wir es, daß nun auch für die einzelnen Gegenstände eigene Fachinspektoren eingesetzt werden sollen. Wir wissen, daß dies in vielen Ländern bereits Gepflogenheit ist. Wenn wir aber nun diese Gepflogenheit hier schwarz auf weiß gesetzlich verankert und auch die Kindergärtnerinnen nun ihr Fachinspektorat haben, so stellt das ebenfalls eine Höherentwicklung im Pflichtschulwesen und im Kindergartenwesen dar. Ich begrüße aber besonders auch diese gesetzliche Einrichtung vom Standpunkt der Frau aus, weil wir nun endlich den Zustand beseitigt haben, daß männliche Inspektoren den Handarbeitsunterricht oder den Hauswirtschaftsunterricht inspizieren, wie es noch zu unseren Zeiten der Fall war. Ich begrüße diese gesetzliche Regelung als Fortschritt in der Mädchenerziehung und der Mädchenbildung. Wir wissen, daß die Mäd-

chenerziehung in unserem Jahrhundert eine besondere Höherentwicklung erfahren hat. Daß die Mädchenbildung auf der oberen Schulstufe getrennt von der Knabenausbildung durchgeführt wird, ist vom Standpunkt der Frau und Mutter aus eine selbstverständliche Notwendigkeit.

Alle Zeiten und Zeitepochen haben den Wert der getrennten Mädchenerziehung schon richtig eingeschätzt und anerkannt. Leider ist es eben erst den letzten Jahrzehnten vorbehalten gewesen, zu einer Mädchenbildung im wahren Sinn des Wortes schreiten zu können. Wir wissen, daß den Mädchen noch im vorigen Jahrhundert der Mittelschulbesuch versagt war. Ebenso wissen wir, daß erst um die Jahrhundertwende die ersten Frauen das Doktorat abgelegt haben. Wir begrüßen mit besonderer Freude, daß wir in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiete eine starke Wandlung durchgemacht haben. Zuerst hatten wir für die Bildung der höheren Töchter das sogenannte Lyzeum eingerichtet. Dann aber hat man bald bemerkt, daß diese Schule für das Leben untauglich war. Man schritt daher daran, die Mädchen in normalen Mittelschulen heranzubilden. Es gab keine Mädchenmittelschulen, das Mädchen mußte daher mit den Buben in die Mittelschule gehen. Sie wissen auch aus der eigenen Familie, wie oft geistig hochstehende Schülerinnen doch irgendwie innerlich deprimiert heimkamen, weil sie bei der Art des Studienfortganges in dem gemeinsamen Unterricht mit Knaben nicht mitkamen; aber nicht, weil sie geringer begabt waren, sondern weil ihnen die Art der Erziehung wesensfremd war. Deshalb verlangen wir — und ich glaube und hoffe, daß auch sämtliche Frauen dieses Hauses damit einverstanden sind — eine eigene Mädchenausbildung.

Im Jahre 1919 waren hier im Parlament sowohl die Abgeordnete der Rechtspartei, der Christlichsozialen Partei, Frau Dr. Hildegard Burian, als auch die Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Frau Schlesinger, eines Sinnes und sind einen Weg gegangen. Sie haben dieselben Forderungen aufgestellt, sie haben gemeinsam in unserem Unterrichtsministerium die Bildung von zwei Frauenreferaten erreicht, und zwar das Referat für die Frauenbildung und das Referat für die Hauswirtschaft. Es ist bedauerlich, wenn vielleicht heute die Frauen der anderen Fraktion anders denken. (*Abg. Marianne Pollak: Aber die Frau Schlesinger war für die Koedukation!*) Frauenreferat und Koedukation haben miteinander nichts zu tun! Das müssen Sie mir erst beweisen, daß sie für die Koedukation war; im Parlamentsprotokoll steht davon kein Wort.

2630 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Wir sind vom Standpunkt der Frau absolut für die getrennte Erziehung (*Zwischenrufe*), ich möchte das noch einmal wiederholen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir brauchen einen Frauentyp, der seine wesensgemäße Aufgabe erfüllt. Wir brauchen einen Frauentyp, der nicht vermännlicht an der Seite des Mannes kämpft, um die gleichen Leistungen wie der Mann zu erreichen, sondern der seine wesensgemäße Aufgabe überall, sowohl im Beruf als auch in der Familie, zu erfüllen vermag. Wir wissen aber auch, daß diese Eigenart gepflegt, gehütet und gefördert gehört. Wenn man heute von Seite der anderen Fraktion für die gemeinsame Erziehung eintritt, so kenne auch ich die vorgebrachten sogenannten Vorteile. Man sagt, daß die charakterliche gegenseitige Beeinflussung von besonderem Vorteil sei. Da möchte ich wohl sagen, auch das stimmt nicht. Es ist auch der Knabe im Schulalter nicht vom Mädchen sonderlich zu beeinflussen. Ich spreche hier aus reicher Erfahrung, da ich selbst in der Unterstufe, in der Bauernschule, sowie auf der höheren Stufe und bis zum 16. Lebensjahr sowohl Koedukationsklassen als auch getrennte Klassen geführt habe. Hier kann ich Ihnen nur sagen, daß es oft schwierigste Fälle gab, die aus Koedukationsklassen gekommenen Mädchen wieder in einer reinen Mädchenklasse zu einem normalen Wesen umzuerziehen. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Marianne Pollak: Das ist doch unerhört!*) Ich glaube, Frau Marianne Pollak, daß Ihre Erfahrung auf diesem Gebiet nicht so reich ist wie die meine.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir für die Mädchenerziehung eine besondere Auswahl des Unterrichtsstoffes, der Unterrichtsgegenstände und einen eigenen Lehrplan fordern. Es ist nicht gleichgültig, ob das Mädel dieselben mathematischen Beispiele durchzuarbeiten hat wie der Bub, nicht gleichgültig, ob sie an einer Schule gemeinsam erzogen werden. Im Lehrplan ist für die freigewählten Gegenstände dieselbe Stundenanzahl festgelegt wie für die Knaben. Es erlaubt dann oft der Direktor nicht, daß die Mädchen mehr belastet werden als die Knaben. Aus diesem Grunde kann zum Beispiel der Hauswirtschaftsunterricht in der Mittelschule vielfach für Mädchen entfallen. Er ist eben nicht möglich, weil die Stundenanzahl es nicht erlaubt. (*Abg. Dr. Neugebauer: Da gibt es doch den Gruppenunterricht!*) Jedenfalls wollen wir, daß aus den Schulen Frauen hervorgehen, die auch fähig sind, ihre Hausfrauenpflichten und ihren Mutterberuf voll und ganz zu erfüllen, und wir wollen sie für diesen Beruf erzogen haben. Nicht Leistungswettkampf mit den Burschen, nicht Leistungswettkampf

mit dem Mann ist das Ziel der Frau, sondern ihre urwesentliche Aufgabe liegt in der Familie. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine zweite Sorge macht uns die Berufsberatung, die Berufslenkung. Es wird in den heutigen Tagen viel davon gesprochen, ja es liegt sogar ein Gesetzentwurf über die Berufsberatung und Berufslenkung im Hause vor. Ich glaube aber wohl, daß die Berufsberatung und Berufslenkung durch berufs- und schulferne Menschen nie zur vollen Zufriedenheit und zum vollen Erfolg führen kann. Wir stehen darum auf dem Standpunkt, daß besonders die Elternschaft und die der Schule eigenen Lehrer für diese Aufgabe herangebildet werden und eigene Schulungen hiefür mitmachen sollten. Es hängt viel von einer gut gelenkten Berufsberatung ab. Wir wissen, daß das Berufsideal eines Menschen nicht umgebogen werden darf, weil dann niemals die vollen Leistungen und die volle Zufriedenheit erreicht werden können.

Ich möchte nun aber auch zu einem sehr ernstesten Kapitel kommen, und zwar zu der von allen möglichen Einflüssen beeindruckten Jugend. (*Abg. Marianne Pollak: Das Ganze war für uns sehr ernst! — Abg. Rosa Jochmann: Das ist für uns sehr ernst gewesen! — Abg. Frisch: Aber meine Damen, seid doch nicht so eifersüchtig! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir wissen, daß uns heute die Lebensauffassung der Jugend fremd geworden ist. Es stürmt auf die Jugend viel Ungünstiges und Verderbliches ein. Sehen wir uns zum Beispiel nur die Gerichtssaal-Berichterstattungen in manchen unserer Zeitungen an, denken wir an unsere Filme und an die Literatur. Wenn wir für die demokratische Freiheit eintreten, dann müssen wir wohl auch sagen: Freiheit und Demokratie, insbesondere wenn sie sich wirklich zum Wohle der Menschheit auswirken sollen, setzen verantwortungsbewußte und gewissenhafte Staatsbürger voraus! Unsere Freiheiten auf dem Gebiet des Filmwesens und auf dem Gebiet der Presse zeitigen aber heute schon sehr traurige Folgen. Bedenken wir, wieviele scheußliche Bilder, wieviel unmögliche Gangsterfilme ununterbrochen als ständige Beeinflussung auf die Seele unserer Jugend einwirken und wie viele menschliche Gemüter hier verdorben werden. Wäre es nicht unser aller Aufgabe, gerade auf diesem Gebiet endlich Schranken zu setzen? Sind wir nicht soweit, daß wir erkennen, daß Geldgier und Habsucht die Diktatoren der Menschheit geworden sind, auch auf dem Gebiet von Film, Presse und Literatur? Sehen Sie sich unsere Gerichtssaalberichte an. Ich nehme keine Zeitung davon aus. Alle bringen Berichte

bis in das kleinste Detail, damit ein junger Mensch ja genau die Art und Weise der Morde und der verbrecherischen Methoden nachlesen kann. Wäre es nicht notwendig, daß wir hier gemeinsam Schranken setzen und gemeinsam Maßnahmen einleiten? Ich habe in diesem Haus schon viel von Geldgier und Habsucht sprechen gehört, wenn es um wirtschaftliche oder wenn es um bäuerliche Angelegenheiten ging. Noch niemals habe ich von hier aus Geldgier und Habsucht anprangern gehört, wenn es um kulturelle Werte, um unsere Jugend gegangen ist.

Hohes Haus! Trachten wir, daß auch die notwendige Zensur etwas rigoroser vorgenommen wird! Unlängst kam ein Oberlehrer zu mir und sagte, daß in seinem Ort in bezug auf den Filmbesuch der Schuljugend so ziemlich Ordnung herrsche. Er könne es aber nicht verhindern, wenn bei solchen Filmvorführungen neben den normalen Spielfilmen Ankündigungen, große Vorschautteile aus für die Jugend verbotenen Filmen gezeigt werden und auf diese Weise die Jugend der Gefahr ausgesetzt ist. Hier müßte besonders die Filmindustrie etwas vorsichtiger und verantwortungsbewußter arbeiten.

Wir möchten gerade von hier aus an die Filmproduzenten, an die Filmverleiher, aber auch an die Kinobesitzer appellieren. Wir möchten aber auch von hier aus an die Zeitungsverleger, die Zeitschriftenkolporteurs und die Zeitschriftenverleger appellieren, etwas mehr Rücksicht auf unsere Jugend zu nehmen. Eine Rücksichtnahme auf Menschen, die aus Profitgier unsere Jugend verderben, hieße wohl auch in einem gewissen Sinne Verbrecher schützen.

Hohes Haus! Wir befinden uns in einem Zeitalter der Zerstörung, von der Atombombe bis zu den kulturellen Werten. Ist uns unsere Jugend noch heilig, ist uns unsere Zukunft noch etwas wert, dann glaube ich wohl, daß es notwendig wäre, alle Verantwortlichen aufzurufen, gemeinsam ans Werk zu schreiten und vom Parlament aus jene gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die unserem Vaterland eine Jugend und unserem Volk die Zukunft sichern mögen. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

Abg. Dr. Gasselich: Hohes Haus! Es ist ein beschämendes Gefühl der Ohnmacht und einer gewissen Depression, wenn man sich bewußt wird, wie sehr man in die Luft redet, wenn Dinge, die allen Staatsbürgern in Österreich am Herzen liegen, nicht geschehen können, weil eine gewisse Forderung aufgestellt wird, an der selbst eine so mächtige Regierungskoalition nicht vorbeikommt. Ich meine die scheinbare Unmöglichkeit, in Österreich zu einer Schul-Grundgesetzgebung zu

kommen. Gleich bei dem ersten Anlaß im Jahre 1949 habe ich darüber von dieser Stelle aus gesprochen, daß es wohl eine der beschämendsten Tatsachen ist, daß wir, die wir durch das Kontrollabkommen und andere Umstände der Besetzung sehr viele Dinge, die wünschenswert wären, nicht durchführen können, auch da versagen, wo uns kein Kontrollabkommen, keine Besatzungsmacht behindert. Vieles in diesem Budget ist wenig aufregend, aber an dieser einen Tatsache kommen wir nicht vorbei, daß die Schulgesetzgebung seit dem Jahr 1945 trotz der erkannten Notwendigkeit nicht vorwärtsgetrieben wurde.

Wenn ich nur rein äußerlich das Unterrichtsbudget streife, so möchte ich sagen: Die Erhöhung der Budgetziffern der letzten Jahre von 668 Millionen auf 834 und 1200 Millionen Schilling ist nichts anderes als die entsprechende Parallelbewegung zu den Preisen und zu dem inneren Wert, den der Schilling angibt. Aber die ungelösten Fragen des Schulaufbaues und der Schulorganisation lasten auf unserem Gewissen oder sollten wenigstens auf dem Gewissen aller in diesem Hohen Hause lasten. Ich möchte auf diesen Punkt noch später eingehend zurückkommen.

Zunächst möchte ich sagen, daß es mich mit besonderer Genugtuung erfüllt, daß die Hälfte unseres Budgetaufwandes für unsere Pflichtschulen erfolgt. Ein typischer Unterschied zwischen der Bildung der Westeuropäer einerseits und der nordischen Staaten und Mitteleuropas andererseits ist der — er war es wenigstens lange Zeit —, daß man dort in einzelnen Eliteschulen eine kleine erlesene Schicht heranbilden konnte — so war es in England und in Frankreich —, während die europäische Mitte und der europäische Norden Wert darauf gelegt haben, breiteste Volksmassen zu erfassen und ihnen eine gute Bildung für das Leben mitzugeben.

Ich glaube, daß Österreich mit Recht darauf stolz sein kann, daß es in der ehemaligen Bürgerschule und in der jetzigen Hauptschule eine Einrichtung eigener Art besitzt, die ihre Anerkennung in weiten Teilen der Welt gefunden hat. Ich brauche nur auf den ganz außerordentlichen Bildungsgrad der Arbeiter in den vergangenen Jahrzehnten hinzuweisen, die kraft dieser Anregungen durch die Bürgerbeziehungsweise Hauptschule jene Tendenzen weiterentwickeln konnten, die zum Volksbildungswesen und zur Erwachsenenbildung geführt haben, sodaß schließlich gerade die breiten Massen des Volkes jenes Reservoir bilden konnten, aus dem die Begabten ohne Rücksicht auf die Verhältnisse der Eltern ausgelesen wurden.

Wenn ich also für die Hauptschule und für die Volksschule eine Lanze breche, so bleibt

natürlich im Rahmen des gesamten Schulwesens die Mittelschule nicht zu übersehen, jenes Gebiet, das in den zwanziger Jahren so sehr den Streitpunkt gebildet hat zwischen den Reformern und einer mehr historisch eingestellten Lehrerschaft. Ich glaube, wir kommen nicht darüber hinweg, diese Frage, den Streit um das Mittelstück zu entscheiden, wobei ich wünschen würde, daß diese Entscheidung weniger nach der politischen als nach der fachlichen Zusammensetzung der dazu berufenen Lehrerschaft erfolgt.

Die Frage wegen der Übertrittsmöglichkeit aus der Hauptschule in die normale Mittelschule, wie wir sie bezeichnen, oder wie sie einmal geheißen hat, in die höhere Schule, ist, glaube ich, heute doch entschieden. Ich war selber lange Zeit ein Vorkämpfer hiefür. Ich glaube aber nicht, daß man der Hauptschule zu viele Aufgaben zuweisen kann. Sie würde so verschiedenartige Aufgaben, eine für das Leben abschließende Bildung zu geben und dann noch Vorbereitungsschule für die Mittelschule zu sein, nicht lösen können.

Die Mittelschule selbst ist in ihrer heutigen Form in den Meinungen der Väter mehr verankert, als sie sich aus den tatsächlichen Erfordernissen des Lebens in einem modernen Staat ergibt. Sie kennen meine Vorliebe dafür, daß gerade die Ausbildung der Mittelschullehrer reformiert werden müßte. Ich habe im Ausschuß nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dort, wo die natürliche Lehrbegabung gegeben ist, meinerwegen auf Grund eines persönlichen Zufalls, in diesen Schulen ausgezeichnete Lehrer wirken, daß aber dort, wo das nicht der Fall ist, sich sehr viele Eigenarten entwickeln und die Lehrkräfte fernab vom praktischen Leben Unterricht erteilen, wobei dann mangels geeigneter Kontrolle Resultate herauskommen, die man nicht billigen kann. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß bei dem Überschuß an Mittelschullehrern die Berufung zum Lehrer künftighin vorher geprüft werden muß, indem der Kandidat nach abgelegter Matura zunächst meinerwegen zwei Jahre eine pädagogische Ausbildung erhalten soll und dann erst die wissenschaftliche Ausbildung folgen kann.

Es ist bei der beschränkten Redezeit nicht leicht, über diese Dinge zu reden, aber einige wichtige Feststellungen muß man machen. Wie kann man denn den Mittelschullehrern Vorwürfe machen, wenn zum Beispiel, wie gestern der Herr Abg. Reimann erzählen konnte, an einer Provinzuniversität von den Vorlesungen über Literatur in zwölf Semestern — das ist mehr als eine normale Ausbildungsperiode für den Mittelschullehrer — keine einzige Vorlesung über österreichische Dichtung

war, wobei an dieser Universität nur dieser eine Ordinarius für Deutsche Sprache liest?

Meine sehr Verehrten! Wir lesen soviel von staatsbürgerlicher Erziehung. Die einzige Gruppe von Menschen, die in einem höheren Sinne für uns, vom öffentlichen Leben her gesehen, diese Frage lösen kann, ist die Lehrerschaft in den Schulen. Schaffen Sie den Lehrern an den mittleren Schulen, an den Hauptschulen und naturgemäß vor allem den Lehrern an den Hochschulen, die die Gesetze der allgemeinen Achtung vor der anderen Individualität, vor der fremden Gesinnung, vor dem Recht und dem Gesetz an sich vertreten, die nötigen Voraussetzungen, dann werden wir einen Staat haben — allerdings nicht schon von heute auf morgen, aber im Wege der Generationsnachbildung —, der sich in jeder Hinsicht sehen lassen kann!

Das Wort Demokratie ist heute oft gefallen, für den einen konfessionellen und für den anderen konfessionellen Standpunkt ist es in Anspruch genommen worden. Das Wort ist sehr weitläufig, aber ich glaube, in ihrem innersten Wesen enthält die Demokratie eine Scheu vor jeder Gewaltanwendung, die sie ablehnt. Wenn wir also eine wahre Besserung unserer öffentlichen Verhältnisse erzielen wollen, dann müssen wir auch bei der Lehrerschaft oder nur bei der Lehrerschaft anfangen.

Wie steht es nun mit den psychischen Voraussetzungen für die Lehrerschaft, um eine so hohe und objektive Aufgabe erfüllen zu können? Ich erlaube mir dazu eine Stelle aus der „Furche“ Nr. 19 aus 1951 zu zitieren:

„Unverkennbar hat das Berufsethos der Lehrer, das den Hintergrund unseres Schulwesens bildet, viel zu der bisherigen geistigen Haltung Europas beigetragen... Wer diese Frage verfolgt, der erkennt sehr bald die Existenznot der geistigen Berufe und die Verpolitisierung des öffentlichen Lebens als schwere Hindernisse für die Entfaltung einer echten Berufsgesinnung in der jungen Lehrergeneration.“

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Es gibt kaum eine Schichte in der Bevölkerung, die innerlich so sehr — ich weiß nicht, auf Grund welcher Umstände — von ihrem Berufe erfaßt ist wie die Lehrerschaft. Ich glaube, es ist unrecht, wenn man uns zum Beispiel hier, die wir von der Schule sprechen — und es handelt sich, Gott sei Dank, um das Schulministerium — vorwirft, wiesehr wir die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses durch lange Reden in Anspruch nehmen.

Meine sehr Verehrten! Die wirtschaftliche Not hält uns gewiß im Alltag in ihrem Bann, aber wenn wir nicht von den geistig-sittlichen Grundlagen ausgehen, dann werden wir auch

die materiellen Grundfragen unseres Seins nie ordentlich lösen können. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Arbeit zwischen den vier Wänden des Schulzimmers von der großen Öffentlichkeit nicht gesehen wird. Man sieht den Lehrer, wenn er spaziergeht, man sieht ihn aber nicht zum Beispiel bei seiner schweren Arbeit in der ersten Klasse, wo er es vom Schulbeginn bis Weihnachten zuwegebringt, daß die Kinder bis Weihnachten lesen und schreiben können. Man sieht auch nicht die Seelennot des Lehrers, der sich als Familienvater lange herumschlagen muß, ob er eine Stelle bekommt oder nicht, weil er politisch nicht zusagt. Man sieht die Leistungen dieses Standes nicht. Der Lehrer, dem hundertmal das Rückgrat gebrochen wird, wird nicht imstande sein, den Gesetzen seines Gewissens zu folgen und selbst ein Charakter zu sein, wie dies der Forderung nach der Charaktererziehung entspricht.

Ich möchte bei diesem Anlaß darauf hinweisen, daß es im Schulbetrieb eine Reihe von Dingen gibt, die nicht angenehm sind. Der Schulbetrieb wird heute häufig durch allerlei Aktionen, Sammlungen und dergleichen gestört. Auch die Verlagerung auf das Elternhaus ist sehr zu beklagen. Ein großer Teil Arbeit der Schule wird heute in vielen Fällen den Eltern auferlegt. Im gesamten Bekanntenkreis, ob es sich um Kärnten, um Wien oder den eigenen Familienkreis handelt, erlebt man, daß nicht nur von der Mittelschule her sondern jetzt auch schon von den Volksschulklassen her — von der Hauptschule natürlich auch nicht zu schweigen — eine Verlagerung der Arbeit auf die Eltern erfolgt, die mit Nachhilfe belastet werden. Dies ist durchaus unerfreulich, wenn man dazu die eigene Erinnerung in Beziehung setzt, wer sich seinerzeit bei uns darum gekümmert hat, ob wir durchgekommen sind oder nicht. Bei der Mittelschule ist es klar: Man will den Buben bis zur Matura oder das Mädlein unbedingt bis zur vierten Klasse halten, damit mit Hilfe von Privatunterricht und Privatlehrern das Lehrziel erreicht wird. Das ist eine durchaus ungesunde Erscheinung für die notwendige Auslese.

Eine sehr beklagenswerte Tatsache ist die Ausnützung der Kinder zu politischen Zwecken. Ich habe am 6. Mai an der Ecke Wipplingerstraße—Marc Aurelstraße eine Reihe von Kindern gesehen, die zweifellos noch nicht 14 Jahre alt waren; sie haben Stimmzettel für den Kandidaten der KPÖ ausgegeben. Es ist ganz gleich, von welcher Seite her das geschieht, wir meinen nur, daß Kinder von den politischen Dingen überhaupt ferngehalten werden sollen.

Auch die Sucht nach manchen pädagogischen Neuerungen scheint mir unangebracht zu sein.

Wenn ich nur an den Fragebogen denke, den die Gemeinde Wien in den Jahren 1946 und 1947 ausgegeben hat, dann müßte ich dem Herrn Stadtschulratspräsidenten Zechner schon einige Dinge sagen, die ich mir aber für ein Privatissimum zurückstelle. Die Führung durch die Persönlichkeit des Lehrers ist das Entscheidende.

Das Landschulproblem wird nicht nur dadurch charakterisiert, daß von 5500 Pflichtschulen insgesamt 3500 auf dem Lande sind. Ich meine, es ist eine Tatsache, daß das Problem der Landschule in mehr als in der bloßen Zusammenlegung einklassiger Schulen zu solchen höherer Art oder sonst in ihrer Organisation und ihren Methoden besteht. Wir haben es bisher leider nicht verstanden, die modernen pädagogischen Probleme auch aus dem Gesichtspunkt der jahrhundertelangen Vernachlässigung des flachen Landes zu lösen. Ich rechne es dem Unterrichtsministerium besonders hoch an, daß es diese Frage jetzt in Angriff genommen hat, was mir allerdings als einziges Positivum in seiner Arbeit erscheint, das wir in den letzten sechs Jahren erreicht haben.

Ich erachte auch die richtige Berufswahl als ein dringendes Problem. Darüber ist viel gesprochen worden. Die Lösung müßte bei uns, wie die Frau Kollegin Solar gesagt hat, über die Berufsberatung hinaus versucht werden, denn man trifft dabei auf Fälle, in denen ein schlüssiges Urteil nicht leicht möglich ist. Ein Vakuum zwischen Schule und Lehrantritt können wir uns nicht leisten, ich schließe mich aber dem Kollegen Neuwirth an, der sagt, das neunte Schuljahr als eine Art Schulbank-Arbeitsdienst einzuführen wäre keine Lösung des Problems, sondern nur eine zeitliche Verschiebung.

Eine ganz wichtige Angelegenheit ist die Vorsorge für die Jugend auf den verschiedensten Gebieten. Ich habe schon erklärt: ich sehe eine Lösung der Frage der Überfüllung mit Akademikern darin, daß wir eine neue Type der Obermittelschule einrichten, das heißt, daß wir versuchen, den Zug zur Hochschule abzurängen, und für diese neuen Fachmittelschulen eine entsprechende Aufklärung und Werbung in die Wege leiten. Ich bin auch der Meinung, daß der Eintritt der Maturanten in eine begünstigte und erleichterte Lehre eine Abhilfe in dieser Hinsicht wäre.

Alle diese Fragen, die die Jugend betreffen, gehören ja in verschiedene Ressorts. Ich habe schon bei einem früheren Anlaß Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß in der Industrie viel weniger Lehrlinge herangebildet werden, als dies durch das Gewerbe geschieht. Die Unterbringung der Lehrlinge, ihr Schutz

2634 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

und die Regelung dieser Angelegenheiten überhaupt durch ein Berufsausbildungsgesetz wird von uns wärmstens unterstützt. Wenn entsprechende Anträge eingebracht werden, dann werden wir für sie stimmen.

Ich habe meine letzte Rede zum Budget mit den Worten eines ÖVP-Schulmannes geschlossen, der sagte: „Die tiefgehenden weltanschaulichen Unterschiede der beiden Regierungsparteien in Österreich machen ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiete der Schule unmöglich. Soll deshalb das ganze Gebiet, dessen große Bedeutung nicht erst betont werden muß, brach liegen bleiben?“

Ich zitiere dazu einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Oktober 1951, in dem über die Streitfrage der Unterstützung der konfessionellen Schulen durch den Staat geredet wird. Hier heißt es: „Wegen dieser Streitfrage ist es bisher noch nicht zu einer österreichischen Schulgesetzgebung gekommen. Der Unterrichtsminister Dr. Hurdes weigert sich einfach, irgendeinen Schritt zur Wiederherstellung der österreichischen Schulgesetzgebung zu tun, wenn nicht gleichzeitig die konfessionelle Schule in seinem Sinn geregelt wird.“

Es ist für uns sehr schwer zu entscheiden, wer die Schuld an diesem Umstand trägt. Der Vizekanzler Schärf meinte, die ÖVP sei es gewesen. Trägt aber die SPÖ als fast gleich große Regierungspartei nicht die gleiche Verantwortung für diesen Umstand?

Ich möchte den Herrn Unterrichtsminister Dr. Hurdes, der als Ressortchef für diese Dinge verantwortlich zeichnet, als jenen Minister, der seit dem Bestand des Unterrichtsministeriums, seit diesen 102 Jahren aber, wenn ich mich nicht irre, heute schon die längste Amtszeit hinter sich hat — mindestens weiß ich, daß in der Zeit nach der Monarchie keiner der Minister, weder Czermak noch Schneider noch Schmitz noch irgend ein anderer das Unterrichtsministerium sechs Jahre lang verwaltet hat —, fragen, ob er den Ehrgeiz hat, mit der längsten Amtszeit und den geringsten gesetzgeberischen Leistungen in dieser Zeit in die Geschichte einzugehen. *(Beifall bei den Unabhängigen.)*

Inzwischen hat Präsident Böhm den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Zechner: Hohes Haus! Es war nicht meine Absicht, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen. Wir haben unseren verständlichsten Redner, jenen Redner, der das größte Verständnis für religiöse Fragen hat, als Generalredner bestimmt, und der Dank dafür ist, daß heute im „Kleinen Volksblatt“ steht: „Heuchlerisch erklärte er, daß die

Sozialistische Partei den inneren Frieden wolle.“ Wir können machen, was wir wollen, wir können freundlich, verständnisvoll und einsichtsvoll sein, wir können unsere Überzeugung mit den ehrlichsten und aufrichtigsten Worten kundtun, es nützt nichts: Wir müssen die bösen Leute sein! Das brauchen Sie eben, das gehört zum Geschäft, das kann anscheinend nicht anders sein! *(Abg. Frisch: Und wir sind die Engel in der „Arbeiter-Zeitung“!)*

Die Frau Kollegin Solar hat gesagt, von unserer Seite gehen die Spitzen aus. Ich habe von ihr erwartet, daß sie heute jene Wiener Schulen nennen wird, von denen sie im Budgetausschuß behauptet hat, daß Unsittlichkeiten vorgekommen seien. Diese Koedukationsklassen hätte sie heute nennen müssen. Als der Verteidiger der öffentlichen Schulen in Wien habe ich die öffentlichen Schulen in Schutz zu nehmen, ich habe dafür zu sorgen, daß das Vertrauen der Eltern zu der öffentlichen Schule aufrechterhalten wird, und ich habe die 200.000 Wiener Schüler vor derart schmutzigen Angriffen zu schützen, wie sie jetzt plötzlich auftauchen. *(Starker Beifall bei der SPÖ.)* Ich muß gestehen, daß ich gar kein Verständnis für die Hetze habe, die da losgebrochen ist.

Seit 100 Jahren werden in Österreich mindestens 80 Prozent der Schulen koedukativ geführt, selbstverständlich vorwiegend auf dem Lande. Ich habe noch nie gehört, jetzt nicht und früher nicht, daß man dort über sittliche Verfehlungen geklagt hätte. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Ich habe nie gehört, daß man diese koedukativ geführten Klassen angegriffen hätte, wo doch auf dem Lande das Zusammenleben von Buben und Mädeln viel intensiver ist als in der Stadt, wo doch ganz andere Lebensformen herrschen. Nie war etwas zu hören. Plötzlich taucht diese Hetze auf, und zwar in Wien, wo wir trotz der Randgebiete kaum 30 Prozent koedukativ geführte Klassen haben, die meisten selbstverständlich in der Volksschule.

Meine Damen und Herren! Da muß etwas dahinterstecken, da muß eine böse Absicht dahinterstecken. Ich weiß nicht, ist es eine altorientalische Einstellung, daß Buben und Mädeln getrennt sein müssen, so wie in der Kirche die Frauen links und die Männer rechts sitzen müssen, so wie bei den Leichenbegängnissen, wo sogar der städtische Bedienstete sagt: Die Herren vorne, die Frauen hinten, die Herren rechts, die Damen links! Wenn man das sieht, kann man überhaupt gar nicht glauben, daß es eine Gleichberechtigung der Geschlechter gibt. Ich ärgere mich jedesmal, wenn ich auf dem Friedhof bei einem Leichenbegängnis bin. Oder wird

durch die Koedukation der Religionsunterricht gestört, wenn Buben und Mädchen beisammen sitzen und wenn — meiner Meinung nach viel zu früh — die kleinen Kinder darauf aufmerksam gemacht werden, daß der menschliche Körper die Quelle von viel Bösem sein kann? Ich glaube, viel zu früh werden die Kinder da auf diese Dinge aufmerksam gemacht, und ich kann mir vorstellen, daß es in Koedukationsklassen noch schwieriger ist, über Klippen hinwegzukommen.

Ich bin aber der Meinung, daß von gewissen Leuten ein Kalter Krieg geführt wird, ein Kalter Krieg, von dem man kulturell und auch politisch leben will und wo es gelegentlich zu Vorstößen kommt. Einmal ist es der Bahnhofs-gottesdienst, dann das Kreuz in den Mittelschulen, obwohl wir uns mit den Kirchenbehörden geeinigt haben, daß sich die Regelung nur auf die Volksschulen bezieht. In Wien werden die Kreuze in den Volksschulen aufgehängt, bevor noch die Mauern trocken sind. Das genügt alles nicht, sie fehlen noch in der Mittelschule. Und jetzt haben wir schon wiederum eine neue Sache: die Koedukation. Es scheint, daß man immer ein kulturpolitisches Feuerlein glosen haben will, damit man es gelegentlich anfachen kann, damit man uns als die bösen, glaubensfeindlichen, religionsfeindlichen Leute hinstellen kann.

Meine Damen und Herren! Ich war vor kurzer Zeit in einer Volkshochschule bei einer Forum-Diskussion; es waren dort drei katholische Männer und meine Wenigkeit als Diskussionsredner. Das Auditorium war entsprechend zusammengesetzt und war so von diesem häßlichen Geist der Feindschaft erfüllt, daß am Schluß ein katholischer Geistlicher und andere anständige Leute herausgekommen sind und sich entschuldigt haben wegen der Art und Weise, wie es bei der Diskussion zugegangen ist. Das, was man dort gesehen hat, war der echte Haß, der sich um jeden Preis Luft macht und der gegen uns gerichtet ist. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist die Intoleranz!*) Das ist der Haß, den man immer wieder sieht und auch braucht. Da muß es dann dazu kommen, daß ein ahnungsloser Jüngling aufsteht, und sagt: In Wien sind ja 20 Koedukationsklassen aufgelöst worden, weil dort Unsittlichkeiten vorgekommen sind! In Wirklichkeit hat der Herr Unterrichtsminister seine Zustimmung zur Einbauung dieser Klassen nicht gegeben; ich habe daher um des lieben Friedens willen, und weil die gesetzlichen Grundlagen nicht klar genug sind, nachgegeben und zirka 20 koedukativ geführte Klassen aufgelöst. Aber wir können machen, was wir wollen, da gibt es eine Ohrenbläserei und da heißt es, sie seien wegen Unsittlichkeiten aufgelöst worden.

Es muß also gemeine Menschen geben, die da am Werk sind. Woher kommt denn das? (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Das ist der Koalitionsgeist!*) Die Frau Abg. Solar hätte sich doch erkundigen können. Wir haben in Wien sechs ÖVP-Bezirksschulinspektoren und drei ÖVP-Landesschulinspektoren. Jede Erkundigung hätte ergeben, daß in den koedukativ geführten Klassen seit dem Jahre 1945 glücklicherweise — es hätte ja etwas passieren können — nicht ein einziger Sexualfall vorgekommen ist, wohl aber vereinzelte Fälle in anderen Klassen, in reinen Mädchen- und in reinen Knabenklassen, darunter auch in einer Klosterschule (*Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten*), wobei ich aber sagen muß, daß die Klosterfrauen so gescheit und vernünftig waren, wie alle diese Leute es nicht sind, die da hetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe heute schon in einem Zwischenruf gesagt: Es gibt da eine moralische Arbeitsteilung zwischen der Kirche und der Katholischen Aktion. Denn was soll man dazu sagen, wenn in der Zeitung der Katholischen Aktion, im „Offenen Wort“, vom 24. November in Balkenlettern steht: „Koedukation verdirbt Jugend“, und wenn die Leser aufgefordert werden, Beispiele einzuschicken, indem es heißt: „Das ‚Offene Wort‘ hat deshalb den Entschluß gefaßt, eine zentrale Sammelstelle für diesbezügliche Unterlagen zu schaffen, die allen, die sich am Kampf gegen die Koedukation beteiligen wollen, kostenlos Unterlagen liefert.“ Ist das vielleicht Koalitionsgeist, wenn man die Leute auffordert, sie sollen sich nur nicht genieren und handfeste Sachen mitteilen. (*Abg. Rosa Jochmann: Die schmutzige Phantasie!*) Sind diese Leute so dumm, daß sie nicht wissen, daß es Narren und Phantasten gibt, die ihnen alles mögliche schicken werden? Ich könnte ein anderes Dossier einrichten und auch Aufforderungen ausschicken. Ich werde es nicht tun, denn das ist mir zu übel; ich werde sie ruhig gewähren lassen und die ganze Sache als das behandeln, was sie ist: ein Wühlen im Dreck, wenn ich mir erlauben darf, auch ein „offenes Wort“ zu sprechen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen den Artikel vorlese, und ich appelliere an Ihren Geschmack und an Ihr Verständnis für Stilistik, wenn es in dem Animierartikel heißt:

„Eine entrüstete Mutter schrieb uns kürzlich folgendes: ‚Liebes ‚Offenes Wort‘! — wem soll ich diese Dinge schreiben, wenn nicht Dir. Ich bin tief bedrückt und weiß nicht, was geschehen soll. Wenn Du den Mut nicht hast, die Wahrheit beim Namen zu nennen, dann weiß ich mir keinen Rat.“

2636 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Die Sache ist die, daß ich fünf Kinder habe, lauter Mäderln. Die drei älteren gehen schon zur Schule, Dora in die zweite Klasse Hauptschule, Gerda in die erste Klasse Mittelschule, die Marie in die vierte Klasse Volksschule.“ — Jetzt beachten Sie den Stil! — „Heute kommt die kleine Marie erhitzt und verweint. Ich frage sie, was los ist. Sie will zuerst nicht mit der Sprache heraus. Dann aber schmiegt sie ihr Köpfchen in meinen Schoß und berichtet verschämt, daß die Buben sie so sekkieren. Sie veranstalten Raufereien, bei denen die Dirndl ins Gedränge gebracht und“ — unter Ausführungszeichen — „überall‘ gezwickt werden. Ein paar sind darunter, die versuchen immer mit den Linealen die Kittel zu lüpfen.“

Mir graust jetzt schon, ich will aufhören, das geht aber noch so weiter. (*Abg. Weikhart: Dem „Offenen Wort“ graust nicht!*) Ich kann das nicht weiter vorlesen, aber ich möchte nur noch sagen, was die Zeitung dazusetzt: „Dieser Brief einer Mutter, die um ihre Töchter besorgt ist — sie teilt uns in dem Brief weiter mit, daß es ihr gelungen ist, ihre Zweitälteste in einer Bundeserziehungsanstalt unterzubringen, in der es keine Koedukation gibt ...“ usw.

Meine Damen und Herren! Der Schreiber dieses Artikels oder diese Mutter — es ist die Frau Marie B., Wien I — weiß natürlich, daß das nicht wahr ist. (*Abg. Dr. Migsch: Ich kenne die Methoden dieses Redakteurs! Diese Mutter gibt es ja gar nicht!*) Wir werden gleich darüber reden. (*Abg. Horn: Was sagen Sie, Frau Solar, zu diesem Schmutz und Dreck?*) Der Redakteur hat einen Fehler gemacht, daß er von einer Familie mit fünf Mäderln spricht. (*Abg. Frisch: Das geht uns gar nichts an, was diese Zeitung schreibt!* — *Abg. Horn: Wer schreibt das „Offene Wort“? Sie leisten die Beiträge dazu!*) Eine Familie mit fünf Mäderln ist natürlich in den Wiener Schulen leicht feststellbar, besonders, wenn eines der Kinder jetzt erst in die Bundeserziehungsanstalt übergetreten ist. Ich bin glücklicherweise Parlamentsbeauftragter für die Aufnahme in die Bundeserziehungsanstalten und konnte daher nachschauen, ob im letzten Jahr ein Mädchen in eine Bundeserziehungsanstalt übergetreten ist, das aus einer Familie mit fünf Kindern stammt; ich konnte wirklich feststellen, daß es eine solche Familie gibt und daß ein Mädchen aus dieser Familie in die Bundeserziehungsanstalt Wien III übergetreten ist. Sie hat den Namen Böck. Die Vornamen stimmen nicht, die Kinder heißen anders: Gudula, Annemarie und Dagmar; das hat mich ein bißchen nachdenklich gemacht. Die Dagmar kommt aus der Schule Börsegasse 5. Ich bin hingegangen und konnte feststellen:

Diese Schülerin, die in die Bundeserziehungsanstalt übergetreten ist, ist im Vorjahr in eine reine Mädchenklasse gegangen. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Das Kind, das in die vierte Klasse geht, befindet sich heuer in einer reinen Mädchenklasse, es ist daher kein Grund zur Beschwerde, und das dritte Mädchen geht heuer in die zweite Hauptschulklasse, I., Rengasse. Das ist wohl eine Koedukationsklasse, aber ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie aufgeregt die Klassenvorsteherin, eine feine Frau, war, und wie sie geweint hat, als sie erfuhr, daß man ihren Kindern so etwas nachsagt, daß in der Klasse ein Hansl sein soll, der dem Mädchen Schokolade gibt, damit sie ihn abschreiben läßt. Es gibt gar keinen Hansl in der Klasse, und außerdem sitzt die Dagmar nicht bei den Buben. Alles unwahr, erstunken und erlogen!

Ich brauchte dann nur in dem Schülerbeschreibungsbogen nachzuschauen, um zu erfahren, was der Vater ist. Er ist Journalist. Ich ließ das Mädchen aus der Volksschule herunterholen und fragte es — übrigens ein reizendes Mädchen —, wo ihr Vater Journalist ist. Sie sagte: „Er ist Journalist beim ‚Offenen Wort‘.“ (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Migsch: Das wundert mich nicht!*)

So schaut das aus, so schaut die Hetze aus, die gegen die öffentliche Schule gemacht wird unter dem Schein der gewissen Heiligkeit. Das ist scheinheilig!

Ich habe mich auch ein bißchen erkundigt, wer der Mann ist, und ich möchte nicht alles sagen, was ich von ziemlich verlässlicher Seite erfahren habe. Er ist im Francisco-Josephinum in Weinzierl erzogen worden, später aus der Kirche ausgetreten, war dann Legionär und ist beim Einmarsch der Deutschen wieder zurückgekommen. Er war Redakteur beim „Völkischen Beobachter“ und wurde dann zum Militär eingezogen. Da gab es eine dunkle Affäre, und Böck ist dann als Gegner zurückgekommen. Er war kurze Zeit auch bei der sozialistischen Presse tätig und ist am 12. Juli 1951 mit seiner Familie vom evangelischen Glauben A. B. zum katholischen Glauben übergetreten.

Es wurde uns schon oft vorgeworfen, daß wir in Kulturfragen bei Gesetzentwürfen so sperrig sind. Wir wurden gefragt, warum wir nicht das richtige Verständnis und das Vertrauen zu dem haben, was Sie vorbringen. Ich kann Ihnen das beantworten. Sehen Sie, das ist der Geist ... (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident **Böhm**: Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren! (*Abg. Lola Solar: Was hat das damit zu tun? — Abg. Weikhart:*

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2637

Sie sind uns eine Antwort schuldig! — Anhaltende Zwischenrufe.) Meine Herren, der Redner kann sich nicht verständlich machen. (*Abg. Horn: Die Frau Abg. Solar soll die Schule nennen! Sie wurde wiederholt aufgefordert!*) Herr Ordner Horn, ich bitte auf Ordnung zu sehen! (*Abg. Ing. Raab: Was kommen noch für Raubersg'schichten?*)

Abg. Dr. Zechner (*fortsetzend*): Das sind Tatsachen, das sind Erklärungen und keine Raubersg'schichten. Die Raubersg'schichten stehen im „Offenen Wort“! (*Abg. Ing. Raab: Das leugnen wir gar nicht!*)

Jetzt werde ich die Konsequenz aus meinen Mitteilungen ziehen, nämlich die folgende: Wir fürchten diesen Geist, wir haben ihn schon kennengelernt, wir scheuen und verabscheuen diesen Geist. Und das ist der Grund, warum wir bei vielen Gesetzesvorlagen so vorsichtig sind — denn wir wünschen nicht, daß dieser Geist der Geist der österreichischen Bevölkerung werde, und wir wünschen noch weniger, daß dies der Geist sei, in dem unsere Kinder erzogen werden! (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

Abg. Dr. Herbert Kraus: Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zu einem Thema sprechen, bei dem es wahrscheinlich keine parteipolitischen Differenzen geben wird. Ich muß sagen: Wir haben bei der bisherigen Debatte den Eindruck gewonnen, daß hier Differenzen an das Tageslicht kamen, die unserem Gefühl nach zum größten Teil künstlich aufgeschürt wurden und gar nicht notwendig waren. Es handelt sich um ein Erziehungsproblem, das erst nach der Schule eine Rolle spielt. Ich muß Ihnen dazu zuerst ein Erlebnis erzählen.

Als in Salzburg feierlich Filmfestwochen angekündigt wurden, dachte ich mir, es gehöre zu den Aufgaben eines Abgeordneten, sich einen von diesen Filmen anzusehen. Ich habe nur einen einzigen angesehen. Er hieß: „Kidd, der Bandit“! Da tritt ein junger Mann auf, der auf den ersten Blick außerordentlich sympatisch wirkt. Auch mir war er sehr sympatisch. Der Schauspieler kann ja nichts dafür, daß er die Rolle eines Verbrechers spielen muß. Alle seine Gegner, sowohl die Polizisten wie seine Gegenspieler, waren als ausgesprochen unsympatische Menschen hingestellt. Er ist natürlich der Liebesheld und steht im Mittelpunkt einer Geschichte im Wilden Westen, bei der er einen Vertreter der Staatsgewalt nach dem anderen umlegt. Etwa 80 Prozent der Zuschauer waren junge Leute. Und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, konnte ich feststellen: Jedemal, wenn dieser Verbrecher einen erschößt, hat das Publikum applaudiert.

Solche Filme werden von Amerika importiert. Die ganz natürliche psychologische Einstellung des jungen Mannes, das heißt die Sehnsucht nach Mannhaftigkeit, wie sie zum Beispiel in der Lektüre Karl Mays zum Ausdruck kommt, aber dort auf das richtige Ziel hingelenkt wird, wird in diesem Film — und das ist nicht der einzige — ganz systematisch auf das Verbrechen hingelenkt.

Wir wundern uns immer, warum die Jugendkriminalität in Österreich gegenüber der Ersten Republik derart zunimmt. Sie können sicher sein, daß von dem asozial veranlagten Prozentsatz der Bevölkerung ein gewisser Teil in diese und in ähnliche Filme gehen wird, und Sie können daher schon von vornherein berechnen, wie groß der Prozentsatz der Menschen sein wird, die auf diese Einflüsse reagieren und den Weg des Verbrechertums beschreiten werden. Die Jugendkriminalität hat in Österreich bereits einen solchen Grad erreicht, daß es, glaube ich, an der Zeit wäre, eine gesetzliche Regelung zu treffen, das heißt eine Regelung, die uns von den schlechten Einflüssen solcher Filme endgültig befreit.

Wir haben im vergangenen Jahr ein Gesetz gegen Schmutz und Schund beschlossen, und hiebei hat der ÖVP-Abgeordnete von Osttirol hier in einem sehr gefühlvollen Vortrag klargemacht, welche Gefahren der Jugend durch unsittliche Bilder und ähnliche Dinge drohen. Ich sage Ihnen: Die von mir genannte Gefahr ist für die Verderbnis der Jugend bedeutend größer. Warum schafft man im Unterrichtsministerium nicht eine Stelle, die Dinge, die unmittelbar der Kriminalität dienen, einfach verbietet?

Das Thema ist heute schon berührt worden, und die Frau Solar hat in diesem Zusammenhang sehr richtig davon gesprochen, daß auch unsere österreichischen Zeitungen eine ähnlich unheilvolle Funktion übernommen haben. Wenn Sie im vergangenen Sommer bei den vielen Sittlichkeitsdelikten und Sexualmorden die Tagespresse zur Hand nahmen, konnten Sie feststellen, daß die Einzelheiten jedes Mordes geradezu mit einem Siegmund Freudschen Raffinement beschrieben waren, und zwar so, daß sie auf jeden Menschen, der eine Anlage dazu hat, geradezu aufreizend wirken mußten, sodaß das erste Verbrechen jeweils eine Reihe von weiteren Verbrechen ähnlicher Art nach sich gezogen hat. Wir können die Berichterstattung über den Gerichtssaal selbstverständlich nicht durch Gesetze ändern, aber ich schlage vor, daß ähnlich, wie es in anderen Ländern üblich ist, auch hier ungeschriebene Gesetze herrschen, wonach derjenige, der dagegen verstößt, innerhalb seines Berufsstandes — das heißt unter den anderen

2638 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Journalisten — als unmöglich gekennzeichnet wird.

Wenn wir erstens ein Verbot der Filme durchsetzen, die direkt in dieser Richtung wirken, wenn wir zweitens ein solches ungeschriebenes Gesetz in der Presse einführen und wenn wir drittens dafür sorgen, daß sich die moralische Erziehung in der Schule etwas mehr um die Ursachen dieser neuen Kriminalität kümmert, und wenn wir schließlich der schulentlassenen Jugend eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit bieten, dann, glaube ich, werden wir gegen die Kriminalität viel mehr getan haben, als durch die Wiedereinführung der Todesstrafe erreicht werden könnte. *(Beifall beim KdU.)*

Abg. Hinterleithner: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Bevor ich auf den eigentlichen Gegenstand meiner Wortmeldung eingehe, möchte ich ganz kurz folgendes richtigstellen: Wenn die Frau Kollegin Solar behauptet hat, daß die Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lehrkräfte bereits eine gegebene Tatsache sei, so steht dem im § 2 des Landeslehrer-Dienstgesetzentwurfes die Tatsache gegenüber, daß die Gleichstellung grundsätzlich verlangt wird, solange nicht durch andere Gesetze oder andere Bestimmungen Abweichungen geschaffen werden. Das heißt, die Gleichstellung ist tatsächlich nur auf dem Papier gegeben.

Ich möchte zu den Äußerungen der gleichen Frau Abgeordneten noch feststellen, daß auch in unserem Entwurf das Recht, Privatschulen zu errichten, vorgesehen ist und daß der Streit nicht darum geht, ob Privatschulen errichtet werden können, sondern wer diese Privatschulen finanzieren soll. Wir stehen auf dem Standpunkt: Wer eine Privatschule wünscht, soll sie auch erhalten, aber es darf nicht das ganze Volk zur Erhaltung von Sonderwünschen herangezogen werden. *(Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Bock: Das ist aber Kulturkampf, Herr Abgeordneter!)* Das ist kein Kulturkampf, das ist genau so eine sachliche Feststellung, wie Sie von Ihrer Seite gemacht wurde. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: Ums Geld geht es! — Abg. Dr. Bock: Das ist gegen die Gleichberechtigung!)* Es ist nicht gegen die Gleichberechtigung. Sonderwünsche soll sich jeder selbst erfüllen und bezahlen.

Es ist auch über das neunte Schuljahr gesprochen worden. Ich kann Ihnen dazu mitteilen, daß das neunte Schuljahr so gedacht ist, daß auf dem Lande, in den Landeschulen den Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit geboten werden soll, das neunte Schuljahr zu absolvieren.

Es hat sich hier herausgestellt, daß noch immer in gewissen Kreisen der anderen Partei die Tendenz vorherrscht, die Schulbildung möglichst niedrig zu halten. Daher auch die Animosität gegen das neunte Schuljahr. Auf derselben Linie liegt es ja auch, wenn in dem Entwurf, den uns die ÖVP vorgelegt hat, festgestellt wird, daß keine Maturaverpflichtung, daß keine Staatsbürgerschaftsurkunde notwendig sein soll, um in Privatschulen als Lehrkraft wirken zu können. Während die Lehrerschaft seit Jahren anstrebt, akademische Bildung genießen zu können und Zutritt zur Hochschule zu erlangen, will man hier auf der anderen Seite sogar die Matura als nicht notwendig für einen Pädagogen hinstellen. Das wäre zu den Ausführungen der verehrten Vorrednerin zu sagen.

Der Gegenstand, mit dem ich mich aber eigentlich beschäftigen will und dessentwegen ich mich zum Wort gemeldet habe, ist von einer derartig unbestrittenen Bedeutung und trotzdem in all diesen Jahren so stiefmütterlich behandelt worden, daß es mir notwendig erscheint, von dieser Stelle aus darauf hinzuweisen. Ich spreche von der staatsbürgerlichen Erziehung. Wiederholt wurde in den letzten sechs Jahren mit Unwillen festgestellt, daß in unserem Volke noch immer ein sehr mangelhaftes Staatsbewußtsein zu verzeichnen ist und daß es mit der Staatsbejahung schlecht bestellt sei. Ich möchte fragen: Darf man sich darüber allzusehr wundern, wenn man bedenkt, daß von den schulentlassenen Schülern und Schülerinnen nur die wenigsten das notwendigste Wissen über die gesetzgebende Körperschaft, den Nationalrat oder den Bundesrat, und über die Bundesverfassung aufweisen, daß die wenigsten etwas von der Landesgesetzgebung und vielleicht überhaupt nichts von den Aufgaben, Rechten und Pflichten der Gemeinde wissen? Es zu vermitteln, ist Aufgabe der Pflichtschullehrerschaft. Und es wäre einer Untersuchung wert, festzustellen, wie weit die Forderungen hinsichtlich der staatsbürgerlichen Erziehung der 849.046 Schüler und Schülerinnen, die nach dem Bericht unsere Schulklassen, und zwar 24.944 Schulklassen in 4303 Volks- und 657 Hauptschulen besuchen, erfüllt werden. Es wäre interessant, festzustellen, wie viele bei Entlassung aus der Schulpflicht Fragen der einfachsten Art aus dem Gebiete der Staatsbürgerkunde beantworten könnten. Ich bin überzeugt, daß schon bei der ersten Frage: Wer ist der Herr Bundespräsident und wie heißt der Herr Bundeskanzler? Verwechslungen zu verzeichnen wären. Wie viele Prüflinge würden in der Lage sein, die Ministerien oder die Herren Minister namentlich aufzuzählen? Wie viele Abgeordnete der Nationalrat

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2639

oder der Bundesrat zählt, weiß — ich spreche aus Erfahrung — nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten unseres Volkes. Auf beschämende Unkenntnis würde stoßen, wer versuchen wollte, den Fragenkomplex auszudehnen auf die Zusammensetzung, die Pflichten und Rechte der Bundesversammlung, auf die Entstehung eines Gesetzes oder gar auf den Begriff und Umfang der Immunität eines Abgeordneten oder auf die Rechte und Pflichten der Landesregierung, der Landtage und der Gemeindevertretungen.

Darf ich hier ganz kurz die Bundeshymne erwähnen. Ich kann leider nicht glauben, daß die Bundeshymne Allgemeingut aller Schulbesuchenden ist (*Abg. Dr. Bock: Wird sie auch nicht werden!*), obwohl die Melodie gefällt und höchstens der Text als zuwenig volkstümlich bezeichnet werden könnte. Es wäre angezeigt, daß die Bundeshymne bei allen festlichen Anlässen, aber auch sonst, und nicht nur von der Schuljugend gesungen würde. Es würde keinesfalls schaden, wenn sich auch die Erwachsenen bei festlichen Anlässen beteiligen würden, denn die Bundeshymne soll und darf keine Kinderangelegenheit sein.

Ich übersehe nicht, daß es sich bei dem bisher Vorgebrachten um den formalen Teil der staatsbürgerlichen Erziehung handelt. Ich bin der Meinung, es könnte gewiß Abhilfe geschaffen werden, wenn den aus der Schule zu Entlassenden ein Büchlein in die Hand gegeben würde, in dem nach einer Einleitung das Wissenswerteste und Notwendigste über die Staatsbürgerkunde dargeboten würde. Aber mit der Vermittlung staatsbürgerlicher Kenntnisse ist die Erfüllung des zu Fordernden noch nicht erreicht. Der Erfolg wird sich von selbst ergeben, wenn die staatsbürgerliche Gesinnung schon in den Pflichtschulen entsprechend gefördert wird.

Die Schuljugend soll mit Staatsbewußtsein erfüllt und zur Bejahung des Staates, der demokratischen Staatsform und ihrer Einrichtungen systematisch erzogen werden. In Wort und Schrift wird tagtäglich eine derartige Fülle von Verunglimpfungen, Herabsetzungen, Verleumdungen und Verdächtigungen über die Demokratie, die demokratische Staatsform und deren Verantwortliche in der Öffentlichkeit verbreitet, daß es eine Frage der Selbsterhaltung sein müßte, all dem beabsichtigt Zersetzenden und Negativen planmäßig Positives entgegenzusetzen. Die positive Einstellung müßte schon der Schuljugend vermittelt und auf den Lebensweg mitgegeben werden. Dazu genügt nicht die Vermittlung formalen Wissens und elementarer Kenntnisse.

Um diese im Interesse des Staates und Volkes gelegenen Ziele zu erreichen, bedarf es einer

gediegenen Allgemeinbildung, einer idealen Gesinnung, die aus der Hingabe und Opferbereitschaft für Volk, Staat und Staatsform resultiert. Das ist eine Sonderaufgabe unserer Pflichtschulen und der Pflichtschulbildung. Eine Demokratie Haltloser und Unwissender kann keinen Bestand haben. Achtung vor dem Gesetz, Respektierung des Rechtes bilden die Voraussetzung für den Bestand und das Gedeihen jeder Staatsform und im besonderen der Demokratie.

Wir leben in einer ernsten Zeit und sehen düstere, drohende Wolken sich ballen. Das österreichische Volk kann nur leben und eine schöne Zukunft vorbereiten, wenn der Friede gewahrt bleibt. Ehrliche, echte Friedensgesinnung, tatbereiten Friedenswillen schon in das Kinderherz zu pflanzen ist eine vorrangliche Aufgabe. Das Wort „si vis pacem para bellum“ soll unsere Jugend, soll die Kinder nicht schrecken. Wer den Frieden will, muß für ihn arbeiten. „Si vis pacem para pacem“ muß die Losung für groß und klein in Zukunft sein. Nichts fällt dem Menschen mühelos zu. Alles muß erarbeitet werden, auch der Frieden.

Darum weg mit dem Kriegsspielzeug! Schule und Lehrerschaft vermögen dem Aufkeimen kriegerischer, streitbegeisterter, gewalttätiger, Macht- und Herrschdünkel fördernder Regungen wirksam zu begegnen, wenn sie Eltern und Kinder anregen, Geschenke zu geben, die die friedliche Gesinnung fördern und entwickeln. Es mögen andere Völker die Weihnachtsbäume mit Panzern, Tanks, Flugzeugen und anderen Mordwaffen in Spielzeugformat behängen. Das österreichische Volk kann nur in gewissenhafter Beachtung der Neutralität, in friedlicher Gesinnung zu allen Völkern, in Wertschätzung, Anerkennung und Sicherung der Freiheit des einzelnen seinen Weg suchen und gehen.

Ich richte von dieser Stelle aus an den Herrn Unterrichtsminister das Ersuchen, es mögen die unterstellten Schulbehörden veranlaßt werden, in ihrem Wirkungskreis ab sofort für die Erteilung des formalen Unterrichtes in Staatsbürgerkunde zu sorgen. Sie mögen in systematischer Erziehung auf die Willensbildung einwirken, um aufrechte Menschen dem Berufsleben zu übergeben, die von Staatsbewußtsein und Verantwortungsgefühl erfüllt, aber auch von Idealismus und Mut getragen, nicht nur befähigt, sondern auch bereit sind, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, Volk, Vaterland und die demokratische Verfassung zu verteidigen und jederzeit für sie einzutreten. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Inzwischen hat der Präsident den Vorsitz wieder übernommen.

2640 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur ganz kurz in Anspruch nehmen. Maria Theresia hat schon gesagt: Die Schule ist ein Politikum! Darum erhitzen sich auch die Geister bei diesem Kapitel hier immer ganz besonders. Aber was ich da vorzubringen habe, ist zunächst einmal etwas ganz Unpolitisches.

Die Hochschülerschaft hat sich an uns gewandt, und ich möchte hier ihren Wunsch auch bei dem Kapitel Unterricht vorbringen.

Es geht darum, daß die Hochschülerschaft unter ihren Aufgaben eine sehr soziale hat, nämlich die studentische Krankenhilfe, die sie seit ihrem Bestehen besorgt; und sie hat wirklich schon sehr Anerkennenswertes auf diesem Gebiet geleistet, indem sie den Studenten die Arzneimittel verschafft und ärztliche Untersuchungen ermöglicht, indem sie ihnen die Verpflegskosten in Krankenanstalten zahlt und anderes mehr, eine regelmäßige Röntgenuntersuchung etwa an der Universität in Graz usw. Das alles ist ja dem Herrn Unterrichtsminister sicher bekannt. Die Kosten, die hier zu bestreiten sind, die Arzneikosten, die Verpflegskosten usw., haben sich aber ununterbrochen erhöht.

Die Hochschülerschaft ist nun seit dem vorigen Jahr sehr bemüht, eine staatliche Beihilfe zu bekommen, weil sie sonst dieses wirklich soziale Werk der studentischen Krankenhilfe nicht fortsetzen kann.

Diese Frage berührt zwei Ressorts, einerseits das Unterrichtsministerium, andererseits das Sozialministerium. Ich weiß, daß auch beide schon damit befaßt wurden, und ich weiß auch, daß beide Minister volles Verständnis dafür haben. Es soll aber — das ist der Sinn meiner kurzen Worte — nicht etwa in einem negativen Kompetenzstreit enden, daß jeder sagt: Ja, ich trete sehr dafür ein, aber das Geld dafür muß das andere Ressort hergeben! Ich glaube, daß der kapitalkräftigere Teil das Sozialministerium ist, weil es in seinem Haushalt eine Budgetpost hat, aus der man etwas entnehmen kann, aber vielleicht kann auch das Unterrichtsministerium noch etwas dazu beisteuern. Jedenfalls möchte ich — ich werde dasselbe auch beim Kapitel Soziale Verwaltung mit der richtigen Begründung vorbringen — den Herrn Unterrichtsminister ersuchen, daß er hier von seiner Seite aus beiträgt, damit dieser berechtigte Wunsch der Hochschülerschaft erfüllt wird.

Zweitens habe ich noch einen Wunsch, der schon über die Hochschülerschaft hinaus die Jungakademiker betrifft, der Ihnen auch wohlbekannt ist. Er ist in der letzten Zeit insbesondere im Problem der Gastärzte und Rechtspraktikanten in Erscheinung getreten.

Auch hier möchte ich an den Herrn Minister appellieren, daß er diese jungen Leute, die sozusagen gerade seiner Kompetenz ent wachsen sind, aber doch noch seiner Betreuung bis zu einer gewissen Grenze unterliegen, unterstützt, indem er seine Stimme im Minister rat für diese Leute einsetzt.

Dann ist bei diesem Kapitel noch ein Gebiet, das den Unterrichtsminister speziell angeht, das sind die Universitätskliniken, wo die Jungärzte auf Hilfsärztestellen hoffen. Im letzten Sommer wurde ihnen die bestimmte Zusage gemacht, daß in Wien 50 Hilfsarztstellen neu geschaffen werden, in Graz um 10 mehr und in Innsbruck um 15 mehr. Man hat zunächst die Leute, weil man im laufenden Budget für sie nichts mehr tun konnte, mit Stipendien befriedigt, hat aber in Aussicht gestellt, daß diese Stipendien im kommenden Budget 1952 in Hilfsarztstellen umgewandelt werden. In dieser Hinsicht hat sich ebenfalls der Herr Unterrichtsminister bemüht. Seine Bemühungen scheinen aber beim Finanzminister nicht den gewünschten Erfolg erreicht zu haben.

Auch hier möchte ich, weil man sich ausdrücklich an mich gewendet hat, noch einmal an den Herrn Unterrichtsminister das Ersuchen richten, er möge hier in seinen Bemühungen fortfahren und insbesondere bei seinem engeren Ministerkollegen Finanzminister Margarétha die Erfüllung dieses Wunsches sobald als möglich durchsetzen; denn um viel Geld kann es sich hier bei der Schaffung von 50 solchen Stellen in Wien wahrhaftig nicht handeln; da derzeit die Leute mit Stipendien in der Höhe von 850 S im Monat vorläufig befriedigt wurden, kann es sich nur um kleine Differenzen handeln. Aber es handelt sich darum, daß diese Sorge überhaupt einmal auf die Dauer beseitigt wird.

Dann möchte ich noch einen dritten Punkt erwähnen, den ich schon beim Kapitel Bundeskanzleramt erstmalig behandelt habe. Ich möchte ihn aber auch hier kurz erwähnen. Es besteht die Möglichkeit, immer dort, wo neue Dienstposten geschaffen werden, Leute — entweder die Jugend, oder aber die, die vorzeitig ausgeschieden wurden — unterzubringen und damit nicht nur zur inneren Befriedung, sondern auch zur Entlastung des Staatshaushaltes beizutragen und damit überflüssige und unfruchtbare Pensionen einzusparen. Die zwei Ressorts, in denen sich bisher am meisten Gelegenheit zur Vermehrung durchaus berechtigter und begründeter Dienstposten geboten hat, sind das Innenministerium und das Unterrichtsministerium. Beim Innenministerium hat man mit vollem Recht die Zahl der Dienstposten auf dem Gebiet der Polizei und Gendarmerie vermehrt, weil wir

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2641

ja immer noch dessen, was wir früher hatten, eines Militärs, eines Heeres entbehren, das früher auch zur Assistenzleistung im Inneren herangezogen werden konnte; beim Unterrichtsministerium hat sich durch die natürliche Tatsache, daß die Geburtenjahrgänge aus den Jahren 1938 bis 1943 besonders groß sind, naturgemäß eine Vermehrung der Lehrstellen ergeben. Hier ist eben die Möglichkeit, auch die vorzeitig Ausgeschiedenen zu berücksichtigen.

Dies gilt auch für die vakanten Lehrkanzeln an den Hochschulen. Das wurde schon berührt. Dann, Herr Minister, möchte ich noch sagen: Es gibt auch so viele Fächer, die völlig unpolitisch sind, etwa die verschiedenen medizinischen Fächer, Anatomie, Zahnheilkunde, Kinderheilkunde, pharmazeutische Fächer usw., bei denen die Politik wirklich keine Rolle spielen kann und darf und wo wir ausgezeichnete Kräfte haben, die brachliegen. Es sind mir andere Fälle bekannt, wo ausgezeichnete Fachleute inzwischen Berufungen ins Ausland angenommen haben — nach Persien und Afghanistan —, weil sie hier nicht mehr wiederverwendet wurden. Es ist das bedauerlich für Österreich, das dadurch bester Kräfte beraubt wird oder sie brachliegen läßt. Sieben Jahre hat der Nationalsozialismus geherrscht, sieben Jahre sind seitdem vergangen. Machen wir Schluß und lassen wir wieder die Leistung allein sprechen! (*Beifall beim KdU.*)

Abg. Maria Kren: Hohes Haus! Als Mutter dreier Söhne möchte ich zu einigen Ausführungen der Frau Kollegin Solar Stellung nehmen. Ich lebe in einer kleinen Gemeinde in Niederösterreich und habe immer dort gelebt. Meine Söhne sind meist gemeinsam mit Mädchen im Unterricht gesessen, und ich glaube kaum, daß sie dadurch Schaden an ihrer Moral gelitten haben. Die Hauptsache in der Erziehung ist meiner Ansicht nach die Grundlage in der Familie. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Das ist das Beste, die beste Erziehungsmethode, und ich glaube, damit nicht fehlzugehen und im Einverständnis mit vielen Müttern zu sprechen. Wenn wir schon die Gefahr in der Schule darin sehen, daß Mädchen und Knaben gemeinsam unterrichtet werden, so müßten wir noch mehr Gefahr darin sehen, daß das Mädchen mit 14 Jahren in einen Betrieb gehen und in dem Betrieb gemeinsam Seite an Seite mit Männern arbeiten muß; und das vielleicht in den gefährlichsten Jahren, denn diese sind weitaus gefährlicher, als es die Schulzeit ist. (*Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.*)

Ich glaube kaum, daß die Frau Kollegin Solar sagen könnte, daß die Frauen und auch

die Männer, die aus einer Schule kommen, wo Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet wurden, moralisch nicht auf der Höhe sind. Was würden unsere braven Bauersfrauen draußen sagen, wenn wir ihnen das vor Augen halten würden? Wo sind unsere braven Männer her? Sie kommen alle vom Land. (*Neuerliche Zustimmung.*)

Ich möchte den Herrn Unterrichtsminister und auch den Herrn Finanzminister fragen, ob es möglich wäre, alle niedrig organisierten Schulen draußen auf dem Land aufzulösen und höher organisierte Schulen einzurichten. Ich glaube kaum, daß beide Herren ja sagen könnten, weil das eben nicht möglich ist.

Daher bin ich erstaunt darüber, daß uns, die wir schon in reiferen Jahren sind, heute gesagt wird, daß darin eine Gefahr besteht, daß Knaben und Mädchen gemeinsam auf einer Schulbank sitzen. Ja vielfach wurde das Gegenteil behauptet, auch von braven alten Lehrern, die in dieser Hinsicht reiche Erfahrungen haben.

Zum eigentlichen Thema, zu dem ich heute sprechen wollte, möchte ich mein Erstaunen zum Ausdruck bringen, daß gestern und auch heute beim Kapitel Unterricht fast ausschließlich über den geistig Schaffenden in Österreich gesprochen wurde. Meiner Meinung nach wird dem Berufsschulwesen viel zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt. Der Herr Berichterstatter, Herr Abg. Maurer, hat wohl mitgeteilt, daß für die Berufsschulen ein relativ hoher Betrag im Budget vorgesehen ist. Das ist nur zu begrüßen, denn wollen wir die Vollbeschäftigung in Österreich aufrechterhalten, dann müssen wir für einen fachlich gut ausgebildeten Arbeitsnachwuchs sorgen. Es mangelt uns derzeit in fast allen Sparten der Industrie und des Gewerbes an Facharbeitern. Vielleicht wurde auf diesem Gebiet in den letzten Jahren schon viel versäumt. Freilich hat man in den Jahren von 1945 bis 1948 nicht so sehr darauf geachtet, daß einwandfreie Waren erzeugt werden; wir waren ja arm, wir waren hungrig nach Waren verschiedenster Art. Heute ist das anders geworden, und eine einwandfreie Ware kann nur erzeugt werden, wenn die Erzeugung von gut ausgebildeten Fachkräften besorgt wird. Die österreichische Wirtschaft wird in Zukunft auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse — nicht der Rohstoffe — angewiesen sein. Diese Wirtschaft muß auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Wir müssen also nicht nur trachten, daß unsere Betriebe technisch gut ausgerüstet sind, sondern wir brauchen auch beruflich gut ausgebildete Fachkräfte.

Derzeit finden wir auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung Verhältnisse, die jedem

Verantwortlichen im österreichischen Staat zu denken geben müßten. Die Lehrstellen sind zahlenmäßig viel zu gering. An Hand einiger Ziffern können wir dieses Bild deutlich vor uns sehen: Im September 1951 zum Beispiel haben wir laut amtlichem Bericht an offenen Lehrstellen 5779 männliche und 928 weibliche Stellen gehabt; zusammen also 6707 offene Lehrstellen. Sofort zu besetzende Lehrstellen sind an Zahl schon geringer. Es gibt 4831 männliche und 745 weibliche, zusammen also 5576. An Lehrstellensuchenden gab es am 1. September 1951 9199 männliche und 5424 weibliche Gemeldete, zusammen also über 14.600. Wenn daher so viele junge Menschen keine Lehrstelle bekommen können, so ist es umso bedauerlicher, wenn es noch eine ganze Anzahl Meisterlehren gibt, wo die qualitative Ausbildung noch manches zu wünschen übrig läßt. Ich mache deshalb keinem Gewerbetreibenden einen Vorwurf; denn es sind viele nicht in der finanziellen Lage, ihre Werkstätten modern einzurichten. Umsomehr wäre man aber verpflichtet, sich für die fachberufliche Ausbildung unserer Jugend einzusetzen.

Wie sieht es aber mit den Berufsschulen aus? Die gewerblichen Fortbildungs- oder Berufsschulen sind dazu bestimmt, die gewerbliche Ausbildung des Lehrlings durch einen schulmäßigen Unterricht zu ergänzen und seine berufliche Erziehung zu fördern. Es ist zu begrüßen, daß dieses gewerbliche Berufsschulwesen in den letzten Jahren eine Erweiterung dahingehend erfahren hat, daß die theoretische, aber auch die praktische Ausbildung immer mehr von der Meisterlehre in die Berufsschule verlegt wurde. Der praktische Unterricht in der Berufsschule ist für die fachliche Ausbildung der Lehrlinge von eminenter Bedeutung. Es ist daher von allergrößter Bedeutung, daß das Land Wien in den 34 Berufsschulen, in denen Lehrlinge aus 80 Gewerben unterrichtet werden, allen diesen Lehrlingen, ob männlich oder weiblich, fachlichen und praktischen Unterricht in den Lehrwerkstätten geben kann.

Auch in den Bundesländern hat man in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Berufsschulwesens Fortschritte erzielt. Wir können feststellen, daß das Land Niederösterreich eine Anzahl von Landesberufsschulen mit Internat eingerichtet hat, in denen neben dem theoretischen auch praktischer Unterricht erteilt wird. Auch von den anderen Bundesländern sind solche Schulen gemeldet. Freilich müssen die Lehrlinge aus den Bundesländern den Lehrstoff in sieben oder acht Wochen im Kalenderjahr bewältigen, während die Wiener Lehrlinge den Vorteil haben, daß der Lehrstoff auf das ganze Jahr verteilt ist.

Noch eine Feststellung, an der wir nicht vorbeisehen können, muß gemacht werden: In Wien gibt es nur mehr wenige gemischte Berufsschulen oder allgemeine Klassen, in der Mehrzahl sind es Fachklassen. Für unsere Lehrlinge in den Bundesländern gibt es in den Berufsschulen leider noch viele gemischtberufliche oder allgemeine Klassen, weil eine zu hohe Schülerzahl für Fachklassen vorgeschrieben ist. Es werden freilich Fachklassen für ein ganzes Gebiet geschaffen, aber man bedenkt dabei nicht, daß es dem Lehrling beziehungsweise den Eltern Geld kostet, wenn er zehn bis dreißig Kilometer jede Woche fahren muß. Der Unterricht in den gemischtberuflichen oder allgemeinen Klassen ist für Lehrer und Lehrlinge schwierig. Es sind verschiedene Berufe zu unterrichten, und beim allerbesten Willen der Lehrer und auch der Lehrlinge wirken sich diese Verhältnisse nicht günstig für den Lehrling aus.

Ich habe jetzt nur von den Berufsschulen gesprochen und von Lehrlingen, die schon eine Lehrstelle haben. Wir haben aber, wie ich schon angeführt habe, Tausende von Schulentlassenen aus den Pflichtschulen, die keine Stelle finden können. Um diese jungen Menschen müssen wir uns kümmern, und dieses Problem soll uns alle mit tiefster Besorgnis erfüllen. Uns allen, die wir täglich Gelegenheit haben, mit den Müttern und Vätern über diese Sorge zu reden, muß das ganz besonders nahegehen; denn was soll aus diesen jungen Menschen werden, die oft der Straße überantwortet sind? Darob sollten wir uns Sorgen machen. Wohl liegt der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vor, in dem die Wünsche der Berufsschulen weitgehend berücksichtigt werden. Dieser Entwurf gibt unter anderem die Möglichkeit, einen Fonds zu schaffen, aus dem staatliche Lehrwerkstätten errichtet werden können, in denen Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, ihre Ausbildung erhalten können.

Auch müßte man trachten, daß Fachschulen — ich möchte sagen, für alle Branchen — errichtet werden können, Fachschulen, in denen unsere jungen Menschen einen mehrjährigen Unterricht erhalten und aus denen sie als wirkliche Facharbeiter hervorgehen könnten. Wir haben in Österreich — und ich möchte nur das eine Beispiel anführen — eine Fachschule, die einzige dieser Art, die nicht nur in Österreich, sondern weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt ist, das ist die Bundesfachschule für Uhrenindustrie in Karlstein in Niederösterreich. Und es gibt nur ein Urteil über diese Schule: Aus dieser Schule gehen richtige Uhrmacher hervor! Und so könnte man aus allen jungen Menschen, die keine Lehrstelle

finden können, brauchbare Arbeiter, wirkliche Facharbeiter, also einen wirklichen Facharbeiternachwuchs schaffen.

Das sei nur ein Beispiel, aber ich könnte mehrere anführen. Wir müssen dabei bedenken, daß die wirtschaftliche Blüte Österreichs in der Zukunft zum größten Teil davon abhängen wird, wie unsere Arbeiter fachlich-beruflich ausgebildet werden. Ich weiß, daß die budgetären Mittel knapp sind und es nicht erlauben, daß momentan alle Sonderwünsche bezüglich des Berufs- und Fachschulwesens erfüllt werden können, aber ebenso wie unsere Arbeiterjugend den festen Willen hat, für den weiteren Ausbau unseres Vaterlandes alles zu tun, muß von staatlicher Seite her alles unternommen werden, um der Arbeiterjugend zu helfen, daß ihre Ausbildung beruflich untermauert wird. Ich meine da nicht nur die Jugend, die aus der Schule und aus der Pflichtschule entlassen wird und wurde, sondern auch die jüngere Generation, die durch den Krieg aus den Lehrstellen herausgerissen wurde und erst nach den Kriegs- oder Gefangenschaftsjahren ihre fachlich-berufliche Ausbildung unter ungleich schwierigeren Verhältnissen durchsetzen mußte. Wir müssen dabei bedenken, daß viele dieser jungen Menschen geheiratet und eine Familie gegründet haben, ohne daß ihre Existenz irgendwie untermauert war, ohne daß für ihre Existenz eine Grundlage vorhanden war. Dieser jüngeren Generation müssen wir unter allen Umständen helfen, wenn wir wollen, daß Österreich aufwärtsstreben kann, denn ich möchte sagen: Der österreichische Arbeiter ist der Träger des Staates! Was also der Staat in dieser Frage des Berufes und des Fachschulwesens gibt, wird reichliche Zinsen tragen! *(Starker Beifall bei der SPÖ.)*

Inzwischen hat Präsident Böhm den Vorsitz übernommen.

Abg. Mark: Hohes Haus! Die Kollegin Solar hat in der Aussprache hier gemeint, es sei nicht demokratisch, was wir Sozialisten tun, indem wir unsere Meinung vertreten. Ich aber glaube, Demokratie ist Diskussion, und in einer Diskussion kommt es vor allem darauf an, daß jeder seinen Standpunkt darlegen kann. Meiner Ansicht nach ist es daher ganz und gar unmöglich, zu verlangen, daß man seinen Standpunkt aufgibt, weil von anderer Seite ein bestimmter anderer Standpunkt vertreten worden ist. Die undemokratische Art ist also, glaube ich, nicht auf unserer Seite, sondern auf Seite der Frau Solar, die eine einseitige Anerkennung ihres Standpunktes verlangt. Sie ist also antidemokratisch und undemokratisch vorgegangen, wenn sie es uns verwehren will, den Standpunkt, den wir zu

dieser Frage einnehmen, zu wahren und weiter zu vertreten, und ich glaube, es ist auch für ihren Standpunkt selbst gar nicht gut gewesen, daß sie dies hier mit einer solchen Schroffheit getan hat; denn wenn wir auf dem Gebiete der Schulfragen weiterkommen wollen, dann ist dies nur möglich, wenn wir unsere Standpunkte gegenseitig verstehen und trachten, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Jede Verschärfung der Standpunkte muß dazu führen, daß eine solche Lösung erschwert wird. Und gerade von der heutigen Aussprache hatten wir uns eigentlich erhofft, daß hier gezeigt wird, wie es möglich wäre, in diesen Dingen zu einer Versöhnung der Standpunkte oder, besser gesagt, zu einem Kompromiß zu kommen, das für beide Seiten erträglich ist. Die einseitige Feststellung des Standpunktes durch Frau Solar, die einseitige Festlegung, das, was sie sagt, müsse gemacht werden und alles andere sei undemokratisch, führt uns sicher nicht weiter.

Ich habe mich aber eigentlich nicht zum Wort gemeldet, um gegen die Frau Abg. Solar zu polemisieren, sondern ich wollte mich hier mit Fragen befassen, von denen ich sagen möchte: alle Jahre wieder kommen sie hierher. Immer wieder kommt hier als erster der Herr Abg. Fischer, dann der Herr Abg. Ludwig, dann der Herr Abg. Zechner zu Wort, höchstens daß das eine oder andere Mal auch ein anderer an ihre Stelle tritt, aber immer wieder sagen sie alle dasselbe zu den Fragen der Wissenschaft und der Forschung. Es wird hier in diesem Hohen Hause und auch sonst von allen Seiten hier immer wieder in bewegten Worten erzählt, wie wichtig die wissenschaftliche Forschung und die Förderung der Wissenschaft ist, wie wichtig sie vor allem für den Staat sei, und immer wieder bemerken wir dann, daß weiter gar nichts geschieht. Seit dem Jahre 1948 sehen wir dies in einem verstärktem Ausmaß. Es war schon vorher so, daß jedes Budget eine Diskussion darüber mit sich gebracht hat. Seit dem Jahre 1948, seit der großen Enquete, die damals abgehalten wurde, hat sich die Lage der Wissenschaft in Österreich sehr verschärft, da wir zwar immer wieder Vorschläge hören, man aber tatsächlich in keiner Weise weiterkommt.

Im Jahre 1949 wurde auf Grund der erwähnten Enquete ein Gesetzentwurf über den Forschungsrat eingebracht. Die Auflösung des Parlaments hat die Behandlung dieses Problems verhindert. Seither haben wir in den Jahren 1950 und 1951 und auch im heurigen Budget eine Post von 500.000 S für die Einrichtung des Forschungsrates. Diese Post hat aber die Erhöhungen nicht mitgemacht, die alle anderen Budgetposten mitmachen mußten, weil sich die Lebensverhältnisse in

2644 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

den letzten drei Jahren verteuert haben. Diese Post ist gleichgeblieben, ein deutliches Zeichen dafür, daß dieser Betrag gar nicht ernst gemeint sein kann, weil er offensichtlich auch gar nicht wirklich für die Einrichtung des Forschungsrates bestimmt ist. Wir wissen schon: diese Post steht nur im Budget, und es wird gewiß auch weiterhin nichts geschehen. Das Gesetz, das dazu notwendig wäre, ist ja noch gar nicht vorhanden. Es sind in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen aufgetaucht, über die man sich nicht einigen konnte, Fragen, die, wie ich glaube, keineswegs so schwer wiegen, daß eine Einigung über sie nicht möglich wäre. Es sind durchaus nicht Fragen weltanschaulicher Natur, um die es sich handelt, sondern es handelt sich zum Beispiel um die Autonomie des Forschungsrates, um seine Organisationsform und letzten Endes um seine Finanzierung, um die Aufbringung der Mittel, die ein solcher Forschungsrat brauchen würde. Bisher ist auf diesem Gebiet nichts weitergegangen. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß uns das vor uns liegende Jahr weiterbringen wird.

In der Erkenntnis, daß es auf dem Gebiet der Forschung und der Wissenschaft und des Verhältnisses des Staates zu diesen beiden bisher zwar Deklamationen, aber keine Taten gegeben hat, haben wir im Sommer 1951 eine Art Notprogramm ausgearbeitet und es den Herren der Österreichischen Volkspartei vorgelegt. Wir nehmen an, daß auch der Herr Minister davon Kenntnis bekommen hat. Allerdings haben wir keine Antwort erhalten. Wir wissen also nicht, was dazu von seiten der Österreichischen Volkspartei und von seiten des Ministers gesagt wird, und das hätte uns doch sehr interessiert. Da wir es nicht wissen, möchten wir heute noch einmal feststellen: Wir verlangen, daß die Angelegenheit des Forschungsrates endlich in ein entsprechendes Stadium gebracht wird, daß also ein Gesetzentwurf entsteht, der wirklich der Behandlung zugeführt wird.

Wir hören in der Budgetdebatte auf der einen Seite immer wieder, welche Mittel in den Staaten der Volksdemokratie für die wissenschaftliche Forschung aufgebracht werden, und hören andererseits, wiesehr auch in den westlichen Staaten, besonders in Amerika, die Wissenschaft gefördert wird. Wir glauben, daß beides richtig ist. Sicherlich wird in Rußland viel getan, nur fürchten wir, daß dort die Wissenschaft nicht Selbstzweck ist, sondern als Mittel zum Zweck verwendet wird. Wir glauben und fürchten aber, daß es in Amerika ähnlich ist. Während die Wissenschaft auf der einen Seite politischen Zwecken dienstbar gemacht wird, wird sie in Amerika für die Interessen der dort herrschenden

Gruppen eingespannt. Wir wollen in Österreich weder den einen noch den anderen Weg gehen. Es bleibt uns daher nur übrig, Wissenschaft und Forschung dadurch zu fördern, daß wir uns in unserer Gesamtheit dahinterstellen. Die Mittel, die dazu aufgebracht werden müssen, wären ja ohnedies bescheiden genug, sodaß wir sie sicherlich hätten ertragen können. Ich glaube, daß schließlich auch eine Bereitstellung von Mitteln aus dem ERP-Fonds eine wichtige Voraussetzung und Hilfe dazu gewesen wäre, eine Bereitstellung von Mitteln aus dem ERP-Fonds, die doch für den Wiederaufbau Österreichs bestimmt sind und die daher selbstverständlich verwendet werden könnten und verwendet werden müßten zur Schaffung der Voraussetzungen für jeden wirklichen Wiederaufbau, von Voraussetzungen, zu denen wir die Wissenschaft und die Forschung dringend benötigen.

In unserem Notprogramm verlangen wir aber weiter einen Fortschritt auf dem ganzen Gebiet der Hochschulreform. Noch immer ist das Hochschulstudiengesetz nicht erledigt. Ich weiß, der Herr Minister wird zum mindesten erklären, daran sei unsere unnachgiebige Haltung in dieser Frage schuld. Ja, eine unnachgiebige Haltung, solange auch auf der anderen Seite eine solche Haltung besteht! Es gibt sicher Möglichkeiten, in bezug auf das Hochschulstudiengesetz jene Wege zu finden, die den Erfordernissen, die von uns aus in unserer Gesamtheit als solche betrachtet werden, und auch jenen Notwendigkeiten, die die ÖVP als gegeben ansieht, gerecht werden. Wir haben es aber schon im vorigen Jahres gesagt: Es wäre uns lieber gewesen, wir könnten endlich nicht nur ein äußeres Mittel dafür anwenden, nämlich das Hochschulstudiengesetz, sondern wir kämen zu einem Hochschulgesetz, das die Reform der österreichischen Hochschulen wirklich in dem heute notwendigen Ausmaß erzielt. Seinerzeit hat es geheißt, das könne man nicht so schnell machen, inzwischen sind aber Jahre verstrichen, und es ist nichts weiter geschehen.

In unser Notprogramm gehört aber auch die Frage, wie wir heute schon der Wissenschaft und den Trägern der Wissenschaft materielle Hilfe leisten können. Wir verlangen neuerlich, es möge dafür gesorgt werden, daß die Dotationen für die wissenschaftlichen Institute entsprechend erhöht werden. Wir werden hier heute nicht wieder die Dinge vorbringen, wie wir sie bisher immer wieder vorbrachten, aber es wäre doch interessant für uns, zu erfahren, welche Bewandnis es mit der vor zwei Jahren mitgeteilten Verachtfachung der Dotationen für wissenschaftliche Zwecke hat, da wir feststellen konnten, daß ein großer Teil der Verachtfachung für andere als wissen-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2645

schaftliche Zwecke benötigt wurde, nämlich für den sogenannten klinischen Mehraufwand. Wir möchten also doch erfahren, wieweit man heute damit ist, ob etwa auch nur eine Vervierfachung der Dotationen eingetreten ist.

Wir haben im vorigen Jahr bereits auf die Notwendigkeit der Verbesserung in der Honorierung der Lehraufträge hingewiesen. Im vorigen Jahr ist es unmöglich gewesen, diesen Wunsch zu erfüllen, wir sehen aber, daß sich auch inzwischen nichts Wesentliches geändert hat.

Wir verlangen auch, daß für die Wissenschaftler ein Ersatz für den durch die Entwertung der Kollegengelder eingetretenen Verdienstentgang geschaffen wird, das heißt für die Verminderung dieser Einkünfte. Wir glauben nicht, daß hier ein ursächlicher Zusammenhang mit den Kollegengeldern selbst besteht, sondern daß es eine Pflicht der Gesamtheit ist, auch dafür die notwendigen Mittel zu schaffen.

Und was nun die Vorsorge für Wohnungen betrifft, ist festzustellen, daß Berufungen aus dem Ausland immer noch daran scheitern, daß hervorragenden Kräften, die zu uns kommen sollen, die notwendige Unterkunft nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Wir verlangen überhaupt, daß die Hochschulen nicht so behandelt werden, wie sie bisher behandelt worden sind, nämlich als Ämter. Dieses Verlangen richtet sich nicht nur an den Herrn Unterrichtsminister, sondern auch an den Herrn Finanzminister. Man kann eine Universität oder ein wissenschaftliches Institut nicht mit einem Amt vergleichen und mechanisch einen fünfprozentigen Abbau durchführen, wie dies im Budget vorgesehen ist; im Gegenteil, es müßte dafür gesorgt werden, daß die vielen vakanten Lehrkanzeln besetzt werden, über die schon in der Debatte gesprochen worden ist.

Aber nicht nur die Professoren selbst, auch der wissenschaftliche Nachwuchs bedarf einer ganz anderen Hilfe, als sie bisher möglich gewesen ist. Auch das ist kein Vorwurf gegen den Herrn Minister. Er ist gewiß derselben Meinung, es muß aber in diesem Haus doch immer wieder klargestellt und gesagt werden: es muß unser aller Forderung sein, daß die Frage der Assistenten und der wissenschaftlichen Hilfskräfte in einem Sinn gelöst wird, der es diesen Menschen, die doch in Zukunft unsere wissenschaftlichen Leuchten sein sollen, ermöglicht, sich wenigstens die notdürftigsten wissenschaftlichen Behelfe zu schaffen. Es muß doch möglich sein, es allen, die wissenschaftlich arbeiten, in Form eines Zuschlages, einer Forschungszulage oder einer sonstigen Zuwendung im Rahmen ihrer

Besoldungsordnung möglich zu machen, daß sie sich Bücher und Zeitschriften, die sie brauchen, auch erwerben können.

Wenn wir uns für diese Forderungen einsetzen, so ist das keine Demagogie, kein Versuch, hier an eine Gruppe heranzukommen, um sie für uns zu gewinnen, sondern es ist eine geradlinige Fortsetzung der inneren Einstellung der Arbeiterschaft zum Problem Wissenschaft und Arbeiter. Nicht umsonst ist eine der ersten Broschüren, die die Arbeiterbewegung in deutscher Sprache herausgebracht hat, Ferdinand Lassalles berühmte Rede über Wissenschaft und Arbeiter, die damals schon diese engste Verbundenheit festgestellt hat. Diese enge Verbundenheit zwischen der Arbeiterbewegung und der Wissenschaft hat immer bestanden und hat sich seither von Jahr zu Jahr gefestigt. Es ist ganz unsinnig, von einem Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Wissenschaft zu sprechen, im Gegenteil: ein tiefes Verständnis ist in der Arbeiterschaft für das, was wirkliche Wissenschaft ist und was sie vorwärtsbringt.

Ich könnte Ihnen hier aus meiner eigenen Erfahrung Beispiele erzählen: von dem Metallarbeiter, der mir, dem jungen Studenten, nach einer Sektionssitzung erzählt hat, wie er sich mit der Anatomie beschäftigt hat und sich dabei immer mehr Kenntnisse erwarb, von dem Eisenbahner, der Astronomie studiert hat und einer der wenigen österreichischen Astronomen geworden ist, von dem Straßenbahner, der einer der ganz wenigen Österreicher war, die Sinologie betrieben haben, und der das Studium der chinesischen Sprache so betrieben hat, daß weltbekannte Größen auf diesem Gebiet um Rat zu ihm gekommen sind. Und vielleicht ist es nicht unwesentlich, hier daran zu erinnern, daß in der österreichischen Arbeiterbewegung immer eine der höchsten Auszeichnungen gewesen ist, wenn die Arbeiter von einem Mann gesagt haben: „Unser Doktor, unser Doktor Victor Adler, unser Doktor Otto Bauer“ usw.

Ich glaube, es ist wichtig, daß man das einmal feststellt und daß man einmal dem Gerede von der Feindschaft zwischen Arbeiterschaft und Wissenschaft entgegentritt. Diese enge Beziehung beruht nicht etwa auf einem Minderwertigkeitskomplex, sondern sie entspricht einer Erkenntnis der Verbundenheit der Arbeiter mit der Wissenschaft; denn die Arbeiter verdanken die Erkenntnis ihrer eigenen klassenmäßigen Lage, die sie in der Gesellschaft haben, der Wissenschaft, sie verdanken ihr die Verbesserung der Lebensbedingungen, die durch die Erfindung von Maschinen eingetreten ist, sie verdanken der Wissenschaft ebenso die Erweiterung ihres

2646 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Horizonts und nicht zuletzt die Erhöhung der Produktivität, die eine Verbesserung des Lebensstandards möglich machte. Das alles ist der Wissenschaft zu danken, und das wissen auch die Arbeiter.

Zu dem Komplex Wissenschaft und Forschung gehören natürlich auch die Universitäten. Erlauben Sie mir da eine kleine Abschweifung. Herr Abg. Dr. Scheff hat sich hier gestern mit scharfen Worten dagegen gewandt, daß der Herr Minister Waldbrunner, als er in das Ministerium für verstaatlichte Betriebe gekommen ist, dem Dr. Korn, einem sozialistischen Rechtsanwalt, die Vertretung der VÖEST übertragen hat, und hat gemeint: Warum gerade dem Dr. Korn? Ist es gar so verwunderlich, wenn ein Minister, der in das Krauland-Ministerium kommt, nun neben die Rechtsvertreter, die von Dr. Krauland eingesetzt worden waren, einen Mann seines Vertrauens setzt, damit er weiß, daß dort alles in Ordnung geht? Ich glaube, das ist nicht zu verwundern. Dr. Korn hat niemanden anderen ersetzt, er kam nur zu den anderen Rechtsvertretern dazu. An den Hochschulen aber geschieht gerade das, was der Abg. Dr. Scheff dem Minister Waldbrunner vorgeworfen hat. Ich will Sie nicht lange aufhalten, aber ein paar solche Fälle muß ich hier vorbringen. Da gibt es einen Professor Gabriel. Seine Habilitation wurde in Wien unter Schlick, einem bekannten Philosophen, abgelehnt. 1946 wurde er wieder zurückgestellt, erst 1947/1948 konnte er habilitiert werden. Dann ist eine Nachfolge für einen Extraordinarius, den Professor Kraft, in Frage gekommen, einen Mann, der eine bestimmte philosophische Richtung vertreten hat. Eine Reihe von Vorschlägen sind gemacht worden; sie konnten nicht angenommen werden, bevor sich unter den Vorgeschlagenen nicht auch Professor Gabriel befunden hat. Dann ist Gabriel ernannt worden. Ich will ihm nicht nahetreten, aber mir liegen Gutachten, Äußerungen katholischer Philosophen vor, zum Beispiel von Professor Bochensky, einem berühmten deutschen Philosophen, der erklärte, er kenne Gabriel nicht, wisse nichts von ihm. Dies, obwohl er ein Buch über die europäische Philosophie der Gegenwart geschrieben hat. Der Jesuitenpater Gutwenger in Innsbruck äußert sich ganz abfällig und bezeichnet ihn als unzureichend, unwissenschaftlich und als nicht in Betracht kommend. Aber Gabriel ist Professor geworden.

Ein anderer Fall ist der von Silva-Tarouca. Seine Habilitation wurde in Wien durch Professor Reininger, einen zweifellos sehr toleranten und großzügigen Wissenschaftler, abgelehnt. Silva-Tarouca hat sich dann in Innsbruck habilitiert. In Graz wurde

dann, obwohl eine Reihe von wichtigen Lehrkanzeln unbesetzt waren — Psychologie und Pädagogik —, plötzlich von dem Philosophen Radakovic verlangt, daß eine zweite philosophische Lehrkanzle geschaffen werde, und obwohl dort festgestellt wurde, daß die Qualifikation Silva-Taroucas nicht ausreiche, wurde dann ein Kompromiß geschlossen, er solle ein Jahr lang diese Lehrkanzle supplieren. Schon nach sechs Wochen wurde diese Supplierung in eine Besetzung umgewandelt, weil Herr Funder von der „Furche“ interveniert hat, der Vater Silva-Taroucas hätte sich solche Verdienste um die Christlichsoziale Partei erworben, daß man dem Sohn helfen müsse. Silva-Tarouca wurde also Professor, und wenige Wochen darauf wurde der Mann, der ihn vorgeschlagen hatte, auch ordentlicher Professor. Silva-Tarouca wurde in einem Vorschlag primo et unico loco als Professor vorgeschlagen und trotzdem ernannt.

Wenn in anderen Fällen solche Vorschläge kommen, ist das Unterrichtsministerium anderer Meinung. So ist etwa für die astronomische Lehrkanzle in Wien der Professor Fuchs primo et unico loco vorgeschlagen worden, und da hieß es, das könne man nicht machen, es müsse ein Ternavorschlag kommen. Der Ternavorschlag ist dann gekommen, er umfaßt die Professoren Hopmann, Fuchs und Becker. Natürlich wurde Hopmann ernannt, obwohl er heuer 61 Jahre alt wird und man sonst Professoren in diesem Alter nicht neu nach Österreich beruft, und was noch wichtiger ist — ich habe im Budgetausschuß schon darauf hingewiesen —, obwohl gegen ihn schwere Bedenken geäußert werden. Denn der Mann hat als Leiter der Sternwarte in Leipzig die Instrumente der belgischen Sternwarte in Uccle wegführen lassen, um sein Institut wiederaufzubauen. Eine Sache, die in der ganzen Welt ein sehr unangenehmes Aufsehen erregt hat: im Feindesland zu plündern, um sein eigenes Institut wieder in Ordnung zu bringen. Hopmann hat sich dann in Deutschland zwar in einer der Entnazifizierungskommissionen wieder rehabilitieren lassen, aber er hatte ursprünglich seine Tätigkeit in Leipzig in der Ostzone entfaltet, sich aber in der Westzone, in Göttingen, also weit von Leipzig entfernt und unter ganz anderen Verhältnissen, rehabilitieren lassen. Trotz mehrerer Vakanzen in der Zwischenzeit hat ihn aber keine einzige deutsche Universität auf einen deutschen Lehrstuhl berufen, weil sich keine mit ihm belasten wollte. Für uns war er geeignet.

Ich könnte hier noch fortsetzen, ich könnte von der anatomischen Kanzle in Wien sprechen und anderem, ich will Sie aber nicht allzulange aufhalten. Ich glaube nur, es wäre

notwendig, daß auch hier nicht zu einseitig vorgegangen wird und daß man versucht, hier den richtigen Weg zu gehen.

In diesem Zusammenhang darf ich hier auch auf die Vorgänge in der Österreichischen Hochschülerschaft hinweisen. Am 10. August wurden die sozialistischen Referenten und der sozialistische Stellvertreter des Vorsitzenden ganz gegen die Geschäftsordnung vom Vorsitzenden der Hochschülerschaft ihrer Ämter enthoben, und diese Enthebung wurde erst über drei Monate später vom Hauptausschuß, dem Zentralausschuß, mit Stimmenmehrheit genehmigt. Aber wenige Wochen nach der Enthebung hat dann die nun unkontrollierte Hochschülerschaft eine Reihe von Dingen gemacht, die, wie wir glauben, nicht in Ordnung waren. So wurde etwa Mitte September vom Vorsitzenden ohne Zustimmung des Ausschusses an alle Rektorate die Forderung gestellt, daß zu dem Hochschülerschaftsbeitrag von 16 S ein Zuschlag von 5 S eingehoben werden soll, obwohl es im § 17 des Hochschülerschaftsgesetzes ausdrücklich heißt, daß die Festsetzung des Beitrages zur Hochschülerschaft vom Bundesministerium im Einvernehmen mit den akademischen Behörden und dem Zentralausschuß erfolgen soll. Aber der Vorsitzende der Hochschülerschaft hat dieses Verlangen im eigenen Wirkungskreis gestellt. Erst dem energischen Eingreifen von unserer Seite ist es zuzuschreiben gewesen, daß diese Einhebung abgelehnt wurde.

Der Beitrag für die Krankenhilfe, für die bis zu dem Zeitpunkt der Enthebung des sozialistischen Gesundheitsreferenten vom Hochschülerschaftsbeitrag ein Betrag von 3-50 S abgezweigt wurde, ist sofort auf 40 g herabgesetzt worden, und trotzdem hat ohne Genehmigung des Bundesministeriums für Unterricht, wie sie im § 20 des Hochschülerschaftsgesetzes vorgesehen ist, die Hochschülerschaft selbst dem Krankenhilfsfonds der Hochschülerschaft 66.000 S entnommen. Wir haben wirklich einen ernststen Grund, Mißtrauen gegen die Führung der Hochschülerschaft zu hegen. Wir würden den Herrn Minister bitten, dafür zu sorgen, daß ungesetzliche Maßnahmen zurückgenommen und die Dinge wieder in Ordnung gebracht werden.

Trotzdem möchte ich hier, wie schon im Budgetausschuß, den Herrn Bundesminister für Unterricht bitten, daß er gemeinsam mit dem Sozialminister dafür eintrete, daß der Betrag von etwa 300.000 S, der notwendig ist, um die Krankenhilfe für die Studenten zu sichern, aufgebracht wird. Wir haben große Deklamationen gehört über die schwierige Lage der Rechtspraktikanten und Jung-

akademiker; die Studenten gehören doch auch dazu, und sie müssen auch berücksichtigt werden. Vielleicht ist es den beiden Ministern möglich, beim Finanzminister auch diesen Betrag durchzusetzen.

Aber auch im Rahmen des Ministeriums selbst wäre es doch denkbar, daß man gewisse Forderungen der jungen Menschen, etwa auf dem Gebiet des „Theaters der Jugend“, berücksichtigt. Als ich junger Student war, sind wir in die Oper auf einen Stehplatz gegangen. Damals gab es in der Oper 700 Stehplätze, im Burgtheater 240. Heute gibt es ein paar Dutzend. Die jungen Leute können nicht mehr auf den Stehplatz gehen. Damit die Jugend in Verbindung mit der Kunst gebracht wird, muß man dafür sorgen, daß sie billige Plätze bekommt. Das „Theater der Jugend“ müßte viel mehr gefördert werden, als das heute der Fall ist. Dies ist umso wichtiger, als das Kino eine ernste Konkurrenz für das Theater und die Oper darstellt.

Das Kino ist überhaupt eine Sache, mit der man sich näher beschäftigen müßte. Herr Dr. Kraus hat sicher nicht recht mit dem, was er heute hier gesagt hat. Es tut mir leid, daß ich mich vorgestern verleiten ließ, meinen Bericht zur Gruppe Justiz nicht zu verlesen. Wenn ich ihn nämlich verlesen hätte, könnte Herr Dr. Kraus hier nicht behaupten, die Kriminalität sei in Österreich angestiegen. Betrachten Sie die Zahlen, die in dem Bericht enthalten sind und von denen ich annehmen möchte, daß alle Abgeordneten sie gelesen haben. Diese Zahlen beweisen eindeutig, daß die Kriminalität nicht ansteigt, sondern abnimmt. Sowohl die Kriminalität als auch der Belag der Gefangenenanstalten ist seit Jahren in ständigem Absinken. Das sind Zahlen, die im Bericht zum Kapitel Justiz enthalten sind. Es ist daher nicht richtig, wenn wir sagen, daß die Kriminalität infolge der Filme ansteige.

Ich glaube, daß wir uns trotzdem mit der Frage der Kinos und des Films ganz anders beschäftigen müssen, als es bisher der Fall gewesen ist. Wir waren, wie ich hier schon einmal erwähnt habe, vor kurzem auf Besuch im Westdeutschen Bundestag. Es gibt dort einen eigenen Ausschuß, der sich mit Filmfragen beschäftigt und der in dieser Frage die Meinung der Volksvertretung — und ich hoffe auch die Meinung des Volkes — zum Ausdruck bringt. Wir haben hier einen sehr unangenehmen Machtkampf zwischen zwei Filmkonzernen, zwischen dem russischen Filmkonzern auf der einen und dem amerikanischen Konzern auf der anderen Seite, in den Österreich fast gar nicht eingreifen konnte oder zumindest bisher noch nicht eingegriffen hat.

2648 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Der Herr Minister hat im Vorjahr versprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, das Blind- und Blockbuchsystem, die unmöglichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet, zu beseitigen. „Blindbuchen“ heißt: Man muß einen Film mieten, ohne zu wissen, wie er heißt, ohne zu wissen, wer in diesem Film spielt, ohne zu wissen, was er beinhaltet. „Blockbuchen“ heißt: Man muß die Filme nehmen in einer gewissen Anzahl, ohne die Möglichkeit zu haben, auch nur die ganz ungeeigneten etwa abzulehnen. Ich glaube, wir müssen hier dafür sorgen, daß wir auf diesem Gebiet weiterkommen. Ich glaube nicht, daß das möglich ist auf irgendeinem Umweg, wie etwa über eine Filmzensur, da dies eine Verfassungsänderung bedeuten würde.

Es wäre noch über die Volksbildung zu sprechen, und hier danke ich dem Herrn Minister, daß er endlich in die Lage gekommen ist und mitgeholfen hat, einen Betrag für die Volksbildung in Österreich in das Budget hineinzubringen. Trotzdem wird die Volksbildung noch ein Sorgenkind bleiben, und darum bitte ich ihn, uns hier auch weiterhin behilflich zu sein. Vielleicht ist es möglich, auch die Museen in den Dienst dieser Sache zu stellen und durch Ausstellungen volksbildnerischen Charakters eine engere Verbindung zu finden. *(Präsident Dr. Gorbach, der den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.)*

RAVAG! Die Zeit verbietet mir, näher darauf einzugehen.

Präsident Dr. Gorbach *(das Glockenzeichen gebend)*: Die Zeit ist vorüber.

Abg. Mark *(fortsetzend)*: Bei der RAVAG ist es so ähnlich wie bei den Universitäten. Beim Programm muß man das Gefühl haben, daß eine einseitige Einflußnahme durch das Bundesministerium erfolgt. Wir würden bitten, daß hier Wege gefunden werden, um das Radio zu dem zu machen, was es sein sollte: ein Gut aller Menschen.

Kunstförderung! Ein Wort nur dazu: Die Gemeinde Wien hat auf Anregung des seinerzeitigen Bundespräsidenten beschlossen, ein Prozent aller Beträge, die für Bauten verbraucht werden, für Zwecke der Kunst, für die künstlerische Ausgestaltung der Bauten zu verwenden. Ich glaube, wenn der Bund dasselbe machen würde, so wäre das ein wertvoller Fortschritt in dieser Richtung. Ich glaube, es kommt überhaupt darauf an, daß wir über alle diese Dinge nicht nur reden, sondern endlich handeln. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Abg. Frisch: Hohes Haus! Ich spreche nun zum achten Mal zum Schulbudget. Ich wollte eigentlich heuer gar nicht reden, aber der Ver-

lauf der Budgetdebatte hat ergeben, daß ich doch den weisen Spruch unseres alten Jodok Fink nicht befolgen kann, zur richtigen Zeit auch zu schweigen. Das sei die höchste politische Weisheit. *(Abg. Dr. Neugebauer: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt!)* Aber leider bin ich gezwungen, doch etwas dazu zu sagen. In echter Koalitionsgesinnung möchte ich mich mit meinen Kollegen von der Sozialistischen Partei nicht viel unterhalten, denn ich glaube, das Schwergewicht der ganzen Budgetdebatte über das Unterrichts- und Bildungswesen ist in der Rede des Herrn Abg. Fischer gelegen und teilweise auch, wenn auch ganz minimal, in der Rede des Abg. Dr. Gasselich.

Der Herr Abg. Fischer hat gemeint, zum österreichischen Bildungswesen wirklich kritisch Stellung nehmen zu müssen. Er ist davon ausgegangen, daß er eine kulturgeschichtliche Entwicklung der österreichischen Kultur und Bildung gebracht hat, mit einigen bestimmten Punkten. Er ist dann zur Überzeugung gekommen, daß die Monarchie oder — sagen wir — die Konzentration der Habsburger-Macht in Wien auch eine Konzentration des Geistes und der Bildung gewesen ist; indirekt damit anerkennend, was die Habsburger geleistet haben. Das hat er natürlich verschwiegen. Er wollte nur einen Höhepunkt konstruieren, damit man daran den Verfall besonders deutlich sieht. Über das Mittelalter hat er kurz und wenig gesprochen; über die frühe Neuzeit mit der barocken Hochkultur in Österreich überhaupt nichts. Er ist eigentlich dann auf Kaiser Joseph gekommen, der sozusagen der aufrüttelnde Geist gewesen ist und wo dann die Kultur in Wien ihren Ausdruck fand in den musikalischen Werken Beethovens und Mozarts. Das waren Höhepunkte. Das waren nicht vielleicht produktive, schöpferische Kräfte, keine Persönlichkeiten — sondern das „Produkt der Zeit“, wie er es nannte. Wahrscheinlich hat von der Renaissance und der beginnenden Aufklärung herauf bis zur Französischen Revolution die Zeit bewirkt, daß ausgerechnet in der Stadt Bonn der Sohn des angestellten Musikus des Kölner Erzbischofs solche Fähigkeiten bekam, wie gerade auch in Salzburg der Sohn eines Kapellmeisters des Salzburger Erzbischofs.

Ich will mich aber auf diese Theorie nicht einlassen und zeigen, daß wir mit staatlichen oder irgendwelchen anderen Mitteln solche schöpferische Geistesheroen nicht erzeugen können. Aber für Fischer ist natürlich Hurdes daran schuld, daß wir heute keinen Beethoven und auch keinen Mozart haben. *(Abg. Ernst Fischer: So überschätze ich die Fähigkeiten des Herrn Ministers Hurdes nicht!)*

Jedenfalls ist die Darstellung so. Er hat sie ja in echt impressionistischen Bildern hingeworfen und diese Zeiten festgehalten. Es mußte also nach dem ungeheuren Höhepunkt der habsburgischen Kultur jetzt der Tiefstand kommen, und das ist es, worüber wir heute mit Ihnen, Herr Abg. Fischer, ganz energisch reden werden. (*Abg. Ernst Fischer: Das war keine habsburgische, das war eine österreichische Kultur! — Abg. Geisslinger: Aber Herr Fischer, erzählen Sie keine Geschichten!*)

Meine Herren, lassen Sie sich nicht durch die Zwischenrufe irreführen. Ich stelle nur fest: er selbst hat zugegeben, daß in Wien diese Kultur bestand, und zwar sogar mit dem spanischen Element. Als alter Grillparzerfreund nehme ich an, daß er da an Lope de Vega und andere Leute auch gedacht hat, die mit herübergekommen sind.

Aber, Herr Abg. Fischer, von dieser schönen Warte aus komme ich jetzt auf das Häusl mit dem unangenehmen Geruch zu sprechen (*Abg. Ernst Fischer: Auf das kommen Sie immer!*), und zwar auf das Häusl der Schule in Neuhaus an der Triesting. Das war für Sie der Maßstab für die Arbeit des Unterrichtsministeriums. Ich bin leider nicht dort gewesen und kann es deshalb nicht bestätigen, aber ich glaube es Ihnen, daß es so etwas in Österreich gibt. Aber daß Sie als österreichischer Abgeordneter das sozusagen als ein Potemkinsches Dorf — natürlich ein Fischerisches Dorf —, aber nicht um den Glanz des Landes zu verkünden, sondern um unser Land in den Boden zu stoßen, niederzuwerfen und als Kulturmacht erledigt anzusehen, als Beispiel hinstellen, das halte ich für schamlos! (*Abg. Geisslinger: Das liegt in seinem Konzept!*) Das sage ich Ihnen ganz ruhig und ehrlich, wo Sie doch als intelligenter Mensch immer durch Österreich fahren und alles sehen müssen. Sie selbst waren im Jahre 1945 Staatssekretär des Unterrichtswesens und haben gewußt, was in diesem Jahre los war. Schauen Sie es jetzt an!

Sie reden vom Burgenland. Ich will nicht fragen, ob Sie überhaupt dort gewesen sind, aber wenn ja, hätten Sie die neue große Mittelschule sehen müssen, die dort gebaut wird, nämlich die Mittelschule in Eisenstadt, und die Hauptschule in Mattersburg und die neue großartige Schule in Oberschützen und 20 neue Volks- und Hauptschulen. Das ist aber nicht nur bei uns. Wenn wir jetzt über Wolfsberg nach Klagenfurt oder sonstwohin fahren, sehen wir überall das aufblühende Schulwesen. Das sieht der Abg. Fischer nicht, aber das Häusl in Neuhaus a. d. Triesting hat ihn mit seinem Gestank so in die Nase gestochen, daß er für die ungeheuren Leistungen auf dem

Gebiete des Schulwesens bei uns blind geworden ist.

Das war nur das Äußere. Aber es kommt noch etwas dazu. Sie urteilen auch über den Geist, der in diesen Schulen herrscht. Schauen Sie sich die Schulen an, gehen Sie wirklich einmal in die Schulen hinein und reden Sie mit Schülern und Lehrern! Sie haben schon einige Male — aber Sie sind diesbezüglich unbelehrbar — von uns gehört, daß hier nicht die Ziffern des Bundesbudgets allein der Ausdruck dessen sind, was für das österreichische Bildungswesen geleistet wird, weil die Länder und Gemeinden ebenso daran partizipieren. Man kann daher nicht einen Vergleich mit dem Staatsbudget allein anstellen. Aber man predigt da tauben Ohren. Jedes Jahr habe ich Ihnen das mitgeteilt, und immer bringen Sie das. Wie sind doch Ihre Äußerungen auf Lügen aufgebaut! Sie bringen da Meldungen über den Wiener 3. Bezirk, wo angeblich nur eine Mittelschule besteht mit nur einem Turnsaal. Ich gebe Ihnen hier das Verzeichnis der fünf Mittelschulen und deren sportlichen Einrichtungen genau detailliert, wenn Sie es haben wollen. Ich meine, die Wasagasse ist ja sonst ganz gut unterrichtet, aber sie arbeiten dort eben mehr mit Phantasie als mit Tatsachen.

Leichtfertig sprechen Sie auch hin, daß die Ergebnisse des Sporttotos natürlich niemand anderer einsteckt als der Finanzminister selber. Von mir bekommen Sie hier einen detaillierten Bericht, was mit diesem Geld geschehen ist. Von den 42 Millionen Schilling aus dem vorigen Berichtsjahr sind 35 Millionen Schilling den Sportverbänden gegeben worden. Sie haben sich aufgehoben, daß die Dachverbände allein das meiste bekommen. Das ist richtig, die Dachverbände haben alle zirka 4½ bis 5 Millionen bekommen. Sie haben weiter erklärt, die Fachverbände bekämen nichts, und hier steht, daß die Fachverbände fast 5½ Millionen Schilling bekommen, das heißt an zweiter Stelle stehen.

Ja, mit solchen Berichten kann man natürlich leicht arbeiten, mit solchen falschen Berichten und mit solchen Lügen! Dann kommt man auch zu dem Ergebnis, daß in Österreich von staatlicher Seite die Kultur mißachtet wird. (*Abg. Ernst Fischer: Fragen Sie die Intellektuellen, fragen Sie die Hochschulprofessoren, fragen Sie die Lehrer, die Künstler, fragen Sie, wen Sie wollen!*)

Und jetzt bin ich Ihnen dankbar für das Stichwort „Intellektuelle“. Ja, glauben Sie, daß es dem Herrn Abg. Fischer wirklich darum zu tun ist, die Bildung in Österreich zu heben? Glauben Sie das wirklich? Oder hat er nicht mit diesen Intellektuellen bestimmte Absichten?

2650 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Ich spüre da irgendeine Infiltration so aus dem Osten her. Denn die Kommunisten sind wie die Schmeißfliegen: Dort, wo ein Kadaver mit schwärenden Wunden ist, dort fliegen sie hin und fressen sich an. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.*) Einmal suchen sie diesen Volkskörper und einmal jenen. Jetzt gibt es so eine Art Notlage für den Stand der Intellektuellen, und über diesen Stand stürzen sich schon wieder die kommunistischen Schmeißfliegen. Und weil es Intellektuelle sind, natürlich der Häuptling der Intellektuellen, der Herr Abg. Fischer. (*Abg. Ernst Fischer: Wir sind der Wind, der euch Schmeißfliegen verjagt! — Abg. Geisslinger: Aber ein Ostwind!*)

Herr Abg. Fischer! Dieses Kapitel ist mir viel zu ernst, weil es sehr folgenswer für das Schicksal unserer Nation ist. Es kann uns nicht gleichgültig sein, welchen Weg eben diese Intelligenz in Österreich zu gehen hat. Er sagt auch, sie sei gezwungen, auszuwandern, ihr Schicksal woanders zu versuchen. Aber ich weiß nicht, er hat sich in seinem ganzen Referat diesmal wohlweislich gehütet, vom Osten zu sprechen. Welcher Intellektuelle ist schon nach Osten gezogen? Wer hat dort ein Betätigungsfeld bekommen? Niemand. Eines müssen wir feststellen: Das ist genau so wie beim Schulwesen, wo man bei einem einfachen Schulbau im Dorf anfangen muß.

Wie hat dieses Österreich ausgeschaut? Sie sind ja auch Dichter, und Ihnen war damals viel darum zu tun, daß die „Scala“ den Kultur Groschen bekommt, weil Sie mit Ihrem Theaterstück so durchgefallen sind. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber, Herr Abg. Fischer, ich muß feststellen, daß die Verhältnisse tatsächlich so sind, wie ich sie Ihnen gesagt habe. (*Abg. Ernst Fischer: Welche Verhältnisse? — Abg. Geisslinger: Da hat er nicht aufgepaßt! — Abg. Ing. Raab: Wasa-Gymnasium, erste Klasse!*) Nun, jene, über die wir eben jetzt gesprochen haben. Von der Führung der Intelligenz. Daß Sie eben der Häuptling all dieser Dinge sind und daß Sie diese Situation auszunützen imstande sind. Das wollte ich Ihnen sagen.

Wir müssen ferner aber auch zugeben, daß der Abg. Fischer die Arbeit, die er jetzt zugewiesen bekommen hat, ich möchte fast sagen, mit Verleugnung seiner eigenen Person vollzieht. Denn wir alle wissen, er ist ein gescheiter Mensch. Das streitet Ihnen der beste Feind nicht ab. Das sind Sie! Wir fragen Sie aber nach dem Motiv. Uns ist ja bekannt, wie sehr Sie auch an Österreich hängen. Seitdem hier ein gewisser Titoisimus aufgetreten ist, merkt man aber nur mehr wenig von Ihrem Österreichertum. Ich kenne nicht die Verhältnisse, die Sie dazu zwingen, aber eines muß ich Ihnen schon sagen:

Wir befinden uns in Notzeiten, und da möchte ich jetzt anknüpfen. Wir mußten in dieser Notzeit im Jahre 1945 dem Volke zuerst das Brot, die Wohnung und die Kleidung geben. Sie als Dichter wissen ganz genau von der „Verteilung der Erde“, daß der Poet bei Schiller am Schluß kommt. (*Abg. Ernst Fischer: Ja, aber Schiller hat es angeklagt!*) Aber wir klagen es nicht an, weil wir uns als Verantwortliche sagen: Zuerst brauchen wir das Brot, sonst kommen die Schmeißfliegen auf die Hungernden; wir brauchen Wohnungen, sonst ziehen die Schmeißfliegen wieder dort ein! Wir haben einen gewissen Stufengang mitzumachen. Zuerst mußten die ursprünglichen Bedürfnisse des Volkes befriedigt werden. (*Abg. Ernst Fischer: Sie meinen das Steigen der Dividenden!*) Wir werden auch — da können Sie versichert sein — alles tun. Es tut es der Lehrer in der Volksschule, die Kindergärtnerin im Kindergarten und der Professor: alle tun ihre Pflicht. Hüten Sie sich, daß Sie sie vielleicht verführen! Noch sind wir so stark, sie aufzuklären.

Sie sagen: Wo sind die Gelder? Die Gelder sind wirklich da. (*Abg. Ernst Fischer: Wo sind sie?*) Bei der USIA! Und dann in Zistersdorf! (*Heiterkeit und starker Beifall.*) Ja, mein Herr, wissen Sie, die Verhältnisse sind ganz anders. Ich packe Sie immer bei Ihrem Lieblingsdichter Grillparzer. Er spricht von Österreich, diesem „guten Land, wohl wert, daß sich ein Fürst sein unterwinde!“ Und wie es weiter heißt: ein „Jüngling“, und „wie dem Bräutigam die Braut“. Das ist das schöne Österreich. — Fahren Sie einmal von Matzen hinauf und sehen Sie sich an, wie dieses Österreich ausschaut! Ob da das „Wiesengrün“ da ist, das „Saatengold“? Da sind stählerne Bohrer, die in den Leib Österreichs hineinbohren und die besten Säfte herausnehmen und dann wegfahren. Mit diesem Geld könnten wir eine Kultur schaffen, die der Kultur würdig wäre, die Österreich in früheren Jahren geschaffen hat. (*Beifall. — Abg. Ernst Fischer: Die alte Ausrede! — Gegenruf: Das ist keine Ausrede! — Abg. Ernst Fischer: Die Gewinne eurer Lumpen, die Gewinne des Herrn Krauland würden genügen! — Abg. Geisslinger: Sie sind der Hehler von Zistersdorf! — Abg. Ernst Fischer: Diese Gelder für Kultur und nicht für Korruption — das würde genügen!*)

Dieser Diebstahl und dieser Raub an unserem Volksvermögen sind so groß, daß Ihre Forderungen nicht ganz erfüllt werden können. Hier liegt die Schuld und nicht beim Herrn Minister Hurdes! Ich, der ich als Obmann des Unterrichtsausschusses Gelegenheit habe, oft und oft in seinem Ministerium zu verkehren, kenne den gigantischen Kampf, den gerade

er am tapfersten gekämpft hat mit dem Finanzminister, in dem er viele Erfolge erzielt hat.

Sie stützen sich natürlich einfach auf Ihre faulen Dinge, kommen natürlich wieder auf den Amerikanismus usw. Der Amerikanismus ist für Sie immer das Feigenblatt Ihrer Schande vom Osten — das sage ich Ihnen! (*Zustimmung und Zwischenrufe.*) Sie bringen immer diesen Amerikanismus, um all die Schande, die von anderswo herkommt, zu verdecken.

Ich glaube, ich sollte doch einmal der „Volksstimme“ folgen, die heute in ihrem Leitartikel sagt: Diese fünf, die da im Nationalrat sitzen — das bestätigt die Budgetrede —, nehmen die 160 anderen gefangen. (*Zustimmung beim Linksblock.*) Gut, wir lassen Sie selbstverständlich bei Ihren demokratischen Rechten, wie sie die Geschäftsordnung vorsieht. Aber wissen Sie, warum wir uns dann und wann doch mit Ihnen abgeben? (*Abg. Ernst Fischer: Weil ihr Angst habt! — Lebhafter Widerspruch.*) Was, Angst vor diesem Krispindl?! (*Abg. Ernst Fischer: Sie haben Ihre Angst schon mehrmals bewiesen! — Zwischenrufe.*) Lieber Herr Nationalrat Fischer, täuschen Sie sich nicht! Wir, die wir da heute in der Politik sind, sind nicht die verweichelichten Poliker der bürgerlichen Schichte vor 50 Jahren, wir sind im KZ gewesen. Wir haben schon unter Beweis gestellt, daß wir tapfer sind, nicht wie Sie, der an dem Tag, an dem es galt, auf die Barrikaden zu steigen, nach Osten gerannt ist. Und vor Ihnen sollen wir uns fürchten? Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die österreichische Nation in dieser historischen Stunde ihre Pflicht erfüllen wird! Das sagen wir Ihnen als Antwort. Und alle Ihre Nervosität in den letzten Tage geht nur darauf zurück, weil Sie die letzten Felle davonschwimmen sehen. (*Abg. Ernst Fischer: Warum redet ihr dann tagelang nur über uns?*) Weil es dem Volke gegenüber eine Notwendigkeit ist! (*Abg. Geisslinger: Der Altenburger hat doch die beste Sprache für euch! — Abg. Ernst Fischer: Die Sprache eines Irrsinnigen! — Abg. Altenburger: Er wird den „Irrsinnigen“ einmal zu spüren bekommen! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte meinen Freund Altenburger, sitzen zu bleiben. (*Abg. Altenburger: Der Vorkämpfer für die Injektionsspritze!*) Ich bin überzeugt, daß es wirklich besser wäre, Sie links stehen zu lassen und gar nicht über Sie zu reden. Aber uns werfen die Leute draußen vor: „Der macht das Maul auf, der kämpft, das ist ein Mann!“ Darauf gehört Ihnen eine Antwort. Darum widmen wir uns dann und

wann Ihrer Tätigkeit, Ihrer vaterlandslosen Tätigkeit, einer Tätigkeit, die wir verabscheuen. (*Zustimmung bei den Parteigenossen.* — *Abg. Ernst Fischer: Gott sei Dank!*) Ja, das ist Ihre Tätigkeit! (*Abg. Geisslinger: Das werden wir uns merken, Herr Fischer! Jetzt weiß man es! — Abg. Ernst Fischer: Wir würden vor eurer Sympathie zurückschrecken!*)

Im ganzen Verlaufe unserer Erörterung bis jetzt, sozusagen in der Kultursache in diesem Kulturreferat, müssen wir feststellen, daß immer wieder der „Amerikanismus“ und andere Dinge hineinspielen. Monoton hören wir da und dort immer dasselbe. Aber ich muß sagen: Genau so, wie draußen in den Fabriken unbeschadet des Kalten Krieges der Arbeiter an der Drehbank und am Zahnrad nicht nur seine Pflicht der Wirtschaft gegenüber, seine Pflicht dem Volke gegenüber vollkommen erfüllt, so erfüllt auch in der Schule, vom Kindergarten bis zur Hochschule, jeder seine Pflicht. Diese Menschen werden wieder den geistigen Wall schaffen, weil wir jetzt schon in ganz Österreich auch im totalen Kalten Krieg sind und keine linearen Fronten haben. Von unseren Gefilden im Burgenland hinauf bis in die Gefilde der Berge wird das Volk geeinigt sein, stark erzogen sein in der Abwehr Ihrer Angriffe aus dem Osten. (*Abg. Ernst Fischer: Siehe Erzberg! Siehe VÖEST! Siehe Kapfenberg! Siehe Donawitz!*) Jetzt müßte man wieder anfangen, seine Lügenmeldungen zu sezieren. Aber ich glaube, die „Volksstimme“ hat doch recht. Wir haben uns mit ihm viel zuviel beschäftigt! Aber lassen wir das jetzt.

Noch ein kurzes Wort über unseren Freund Gasselich, der auch seine Kritik gegenüber dem Unterrichtsministerium in einem wunderbaren Wort konzentriert hat: „Das ist der Unterrichtsminister mit der längsten Amtszeit und mit den geringsten Leistungen!“ Der Mann ist ja gar nicht durch Österreich gegangen und hat sich die Entwicklung nicht angesehen. Schauen Sie sich die Entwicklung im Schulwesen an und in der Schulbildung! Ich bin wieder anderer Meinung als er. Ich glaube, das ist der Unterrichtsminister, der mit den geringsten Mitteln bisher das meiste hat schaffen können! (*Lebhaftige Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich lade den Herrn Dr. Gasselich ein, da ich in meinem Zivilberuf Landesschulinspektor im Burgenland bin, in das Burgenland zu kommen; ich führe ihn eine ganze Woche herum, und er wird sehen, wie ungeschickt und dumm es ist, wenn er einem Ernst Fischer nachplappert.

Namens der Österreichischen Volkspartei, Herr Minister, danke ich für diese umsichtige und tüchtige Arbeit auf Ihrem Gebiet. Wir

2652 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

werden für Ihr Budget stimmen! (*Starker Beifall bei der Volkspartei.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Daher sind die Beratungen über Gruppe VI beendet.

Wir kommen zu den Beratungen über die Gruppe VII: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28, Titel 9: Bundesapotheken, und Kapitel 28, Titel 10: Serotherapeutisches Institut.

Spezialberichterstatter Weikhart: Hohes Haus! Als Berichterstatter zur Gruppe VII: Soziale Verwaltung, habe ich mich bemüht, Ihnen schriftlich einen ausführlichen und detaillierten Bericht vorzulegen. Ich kann mich jetzt daher kurz fassen und möchte nur noch ergänzend einige Bemerkungen hinzufügen.

Der Gesamtaufwand für die Soziale Verwaltung von 3.282,258.400 S beträgt vom Gesamtaufwand der Hoheitsverwaltung von 11.667,284.100 S 28·1 Prozent, vom gesamten Ausgabenbudget einschließlich der Monopole, Betriebe usw. von 18.773,097.400 S 17·4 Prozent gegenüber 16·4 Prozent im Vorjahr.

Der Personalaufwand der Sozialen Verwaltung beträgt vom gesamten Personalaufwand der Hoheitsverwaltung 2·7 Prozent (im Vorjahr 2·9 Prozent), vom gesamten Personalbudget einschließlich der Monopole, Betriebe usw. 1·4 Prozent (im Vorjahr 1·2 Prozent). Der Sachaufwand der Sozialen Verwaltung beträgt vom Gesamtsachaufwand der Hoheitsverwaltung 39·66 Prozent (im Vorjahr 38·37 Prozent), vom gesamten Sachaufwandsbudget einschließlich der Monopole, Betriebe usw. 27·35 Prozent (im Vorjahr 26·9 Prozent).

Vom Gesamtaufwand der Sozialen Verwaltung entfallen auf den Personalaufwand des Ministeriums und seiner nachgeordneten Dienststellen 100·3 Millionen Schilling, also rund 3 Prozent, auf den Arbeiteraufwand dieser Dienststellen 9 Millionen Schilling oder 0·3 Prozent, auf den Regieaufwand dieser Dienststellen 39·4 Millionen oder 1·2 Prozent. Daher verbleiben für gesetzliche Leistungsverpflichtungen 3133·6 Millionen Schilling oder 95·5 Prozent.

Nicht uninteressant ist ein Vergleich der Zahl der Rentenempfänger im Jahresdurchschnitt 1951 und 1952. In der allgemeinen Invaliden(Renten)Versicherung wird einschließlich der Witwen- und Waisenrentner für das Jahr 1952 mit einem Durchschnitt von 390.000 Rentenempfängern gerechnet. Im Jahre 1951 waren es 376.000; wir haben demnach im Jahr 1952 ein Mehr von 14.000.

In der land- und forstwirtschaftlichen Invalidenversicherung haben wir im Jahr 1952 mit 78.600 Rentenempfängern zu rechnen gegenüber 64.000 im Jahre 1951; das ergibt also ein Mehr von 14.600 Rentnern. In der Angestelltenversicherung ist die Zahl der Rentenempfänger für das Jahr 1952 mit 120.000 gegenüber 112.500 im Jahre 1951 veranschlagt; also ein Mehr von 7500. In der Invalidenversicherung der österreichischen Eisenbahner beträgt im Jahre 1952 die Zahl der Rentenempfänger 13.230 gegenüber 12.500 im Jahre 1951; also ein Mehr von 730 Rentenempfängern. In der knappschaftlichen Rentenversicherung betragen die Zahlen für das Jahr 1952 27.770 gegenüber 23.800 im Jahre 1951; also ein Mehr von 3970 Rentenempfängern. Die Zahl der Opferfürsorgerehtner erhöht sich für das Jahr 1952 auf 7144 gegenüber 6600 im Jahr 1951; das ist ein Mehr von 544 Rentenempfängern. Bei den Kleinentnern lauten die Zahlen für das Jahr 1952 15.000 gegen 18.000 im Jahr 1951; hier ergibt sich ein Minus von 3000 Rentenempfängern.

Die Zahl der Rentenempfänger nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz erhöht sich bei den Kriegsbeschädigten von 166.400 im Jahre 1951 um 1600 auf 168.000 im Jahre 1952, bei den Kriegerwitwen von 82.640 um 4760 auf 87.400, bei den Kriegerwaisen von 89.900 um 3500 auf 93.400 und bei den Krieger-Eltern von 49.800 um 3100 auf 52.900. Die Angehörigen noch nicht heimgekehrter Kriegsteilnehmer sind für 1952 mit rund 100.000 angenommen gegenüber 109.000 im Jahre 1951; hier haben wir also ein Minus von 9000 zu verzeichnen. Wir können daher zusammenfassend sagen, daß für das Jahr 1952 im Jahresdurchschnitt mit einem Rentnerstand von 1,153.444 zu rechnen ist, während es im Jahre 1951 1,111.140 Rentenempfänger waren. Das ergibt also ein Plus von 42.304 Rentnern.

Man kann über die Höhe der einzelnen Rentenleistungen verschiedener Meinung sein, aber für einen Staat wie unsere Republik Österreich mit seinen rund 7 Millionen Einwohnern ist diese hohe Zahl von 1,153.444 Rentnern eine Leistung.

Wie immer beim Kapitel Soziale Verwaltung war die Debatte im Finanz- und Budgetausschuß sehr rege. Außer dem Herrn Minister und dem Spezialberichterstatter haben 20 Abgeordnete daran teilgenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 15: Soziale Verwaltung (unter Berücksichtigung der vorliegenden

Druckfehlerberichtigungen), dem Kapitel 28, Titel 9: Bundesapotheken, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag, und dem Kapitel 28, Titel 10: Serotherapeutisches Institut, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1952 in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Abg. Elser: Hohes Haus! Geschätze Frauen und Herren! In knapp 14 Tagen haben wir Weihnachten, das Fest des Friedens. Überall in der Welt bis in den entferntesten Winkel unseres Planeten werden Lichter aufflammen. Sie werden überall aufflammen, bei allen Völkern, sie werden aufflammen in den prunkvollen Kathedralen und Domen wie in den Kirchen der Dörfer und in den kleinsten Kapellen. Sie werden aufflammen in den Hütten der Armen und in den prunkvollen Palästen der Reichen. Viel Freude, aber auch viel Leid wird die Herzen der Menschen bewegen: viel Freude dort, wo man glücklich ist, frohe Weihnachten feiern zu können, viel Leid dort, wo viele, viele Menschen ihr Lichtlein, ihre Kerze auf Gräbern in den Friedhöfen entzünden werden. Und viele dieser leidwunden Menschen werden nicht Gelegenheit haben, Kerzen an den Gräbern ihrer Lieben zu entzünden. Sie werden im Geiste Kerzen entzünden auf den Massengräbern der Schlachtfelder des ersten und zweiten Weltkrieges, sie werden im Geist Kerzen entzünden auf den Massengräbern und Friedhöfen der faschistischen Gefängnisse, Zuchthäuser und KZ, wo man die Opfer des Faschismus eingescharrt hat.

Es ist so, wie ich sagte: Trotz des Festes des Friedens wird viel Leid sein in der Welt! Und wir dürfen ja nicht vergessen, meine Damen und Herren, wenn auch die Völker in all ihren Sprachen die schönen schlichten Worte sprechen werden: „Friede den Menschen auf Erden“, so wissen wir doch alle, daß der Frieden leider noch lange nicht bei allen Völkern eingekehrt ist. Die Welt ist voller Unruhe, die Welt ist voller Spannungen. Überall sind Explosivstoffe aufgehäuft, und diese drohen bei irgendeinem geringen Anlaß zur Explosion gebracht zu werden. Es gibt Schlachtfelder in Asien, wo Soldaten kämpfen und sterben, wo Tausende, Hunderttausende, Millionen von Menschen von tiefstem Elend und Leid erfaßt sind. Noch immer gibt es eine ungeheure Zahl von Müttern und Frauen, die um ihre Männer und um ihre Kinder zittern, die als Soldaten irgendwo im Einsatz stehen.

Mit einem Wort: Wenn wir auch in wenigen Tagen Weihnachten feiern, so sollen wir

niemals vergessen, an diese Unruhe in der Welt, an diese Spannungsverhältnisse zu denken.

Ein Mittel, ein großes Instrument, um diesen Spannungen, dieser Unruhe in der Wirtschaft wirksam zu begegnen, sie wirksam zu bekämpfen, ist die nationale und die internationale Sozialgesetzgebung; mit einem Wort, die soziale Vorsorge, oder nach einem neueren Ausdruck, die soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit — das bedeutet Frieden, und Frieden bedeutet soziale Sicherheit.

Als Oppositionsredner kann ich es mir nicht gestatten, einfach eine isolierte Betrachtung der Etatziffern des Kapitels Soziale Verwaltung zu geben; denn mit diesen einzelnen Verrechnungsansätzen, die manchmal gar keinen organischen Zusammenhang haben, kann man kein Gesamtbild der sozialen Lage eines Landes geben. Aber eine Opposition hat nicht nur das Recht, sondern in erster Linie die Pflicht, ein Gesamtbild irgendeines Kapitels zu geben und darzulegen. Zweitens aber muß man auf die große Frage eine Antwort geben, meine geschätzten Frauen und Herren: Wohin steuert die österreichische Sozialgesetzgebung? Von dieser Warte aus gesehen, werde ich bemüht sein, mit scharfer, aber auch sachlicher Kritik die umfangreiche Materie der österreichischen Sozialgesetzgebung zu behandeln.

Soziale Probleme sind auch wirtschaftliche und politische Probleme ersten Ranges. Ich habe bereits gesagt: Wir leben nicht in einer Welt des Friedens — trotz der Tatsache, daß der zweite Weltkrieg schon seit einem halben Dutzend Jahre beendet ist! Wir leben in der Gefahr, daß es unter Umständen zu einer dritten Weltkatastrophe kommt, wenn man auch persönlich der festen Überzeugung ist, daß eine solche verhindert werden muß und verhindert werden wird.

Ich sagte, die Welt sei voller Spannungen. Wir brauchen ja nur nach Asien zu blicken. Ein ganzer Kontinent, der größte Kontinent unserer Erde, ist wirtschaftlich und politisch in Bewegung. Der größte Staat, das größte Volk dieser Erde hat sich eine neue Ordnung gegeben. Gewiß eine revolutionäre Ordnung! Das chinesische Volk ist am Werk, sich einen neuen Staat aufzubauen und eine neue Sozialordnung einzurichten, die gerechter ist. Das geschieht gewiß unter größten Schwierigkeiten und Mühsalen. Ja, meine Damen und Herren, vergeblich waren die Milliarden Dollars und vergeblich waren auch die Millionenheere Tschiangkaischeks, die eine alte, faule Sozialordnung in China aufrecht erhalten wollten, zu der Massenelend und Massenkorrption schließlich die Grundlage

abgaben. Wundern wir uns nicht, wenn es dann zu solchen gewaltigen sozialen Umwälzungen kommt, zu solchen revolutionären Erscheinungen, wenn die Kolonialvölker und Halbkolonialvölker an ihren Ketten rütteln und nichts anderes wünschen als die Befreiung aus ihrer Massennot, in der auf der einen Seite eine winzig kleine Schichte des Volkes in Überfluß und Luxus lebt, während die große Masse dieser Kolonialvölker noch im 20. Jahrhundert im tiefsten Elend dahinsiecht! Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß man diese Bewegung mit Bajonetten, Maschinengewehren und Kriegsflugzeugen schließlich niederknüppeln wird?

Die wahren revolutionären Kräfte sind auch im 20. Jahrhundert immer die eine große Quelle, aus der all die Unruhe entsteht und sich immer wieder erneuert: es ist dies die ungelöste soziale Frage. Da nützt es nichts, meine Damen und Herren, wenn in den Parlamenten der verschiedenen Staaten die Redner zum Rednerpult eilen, um dort ihre Bannflüche gegen den Weltkommunismus zu schleudern!

Weltkommunismus! Wer hat denn den absterbenden kapitalistischen Staat, wer hat denn die absterbende kapitalistische Welt daran gehindert, den Völkern in Vietnam, Indochina, Malaya und dem chinesischen Volk schließlich eine gerechtere Sozialordnung zu geben? Was tat dieser sterbende, morsche Kapitalismus? Nicht Hilfe brachte er — er brachte die Okkupationsarmeen in diese Länder. Alle Bewegungen, die darauf abzielten, das Massenelend zu beseitigen, wurden blutig niedergeschlagen. An Stelle der Hilfe brachte man vermehrte Ausbeutung, vermehrtes Elend und in nicht wenigen Fällen die berühmte „Zivilisation der weißen Rasse“: Geschlechtskrankheiten, Korruption, Betrug und Vergewaltigung auf allen Gebieten.

Nein, meine Damen und Herren, da nützen die Parolen gegen den Weltkommunismus nichts. Der Weltkommunismus kann nicht — auch wenn man Antikommunist ist — mit Maschinengewehren, Granaten, Kanonen, Panzerangriffswaffen und schließlich nach der neuesten Kriegstechnik mit Atomwaffen bekämpft werden.

Man kann die Unruhe der Welt nur beseitigen, indem man gerechte Sozialordnungen schafft. Es ist nur die große Frage, ob diese alte, morsche kapitalistische Welt noch imstande ist, eine gerechte Sozialordnung aufzubauen. Wir Sozialisten und Kommunisten sind der Meinung, daß sie nicht die Kraft und nicht den Willen hat, eine solche gerechte Sozialordnung aufzurichten. Daher der Siegeszug der sozialistischen Idee, einer Idee, die

doch schließlich nichts anderes will, als an Stelle von Elend und Not eine Welt des Friedens und der Wohlfahrt aufzubauen und das Produkt der Arbeit der arbeitenden Menschen gerecht zu verteilen. Das ist ja der materielle Sinn der sozialistischen Idee.

Sie wurde im 19. Jahrhundert geboren. Einst, in ihren Anfängen, nur in den Köpfen und Gehirnen fortschrittlicher großer Denker, Philanthropen, scharf umrissen, formuliert, erfaßte schließlich diese Idee, die doch eine hehre, große, schöne, soziale Idee ist, Tausende, später Hunderttausende und heute Hunderte Millionen von Menschen. Das ist das Bild in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Wenn man daher von dem Kapitel Soziale Verwaltung spricht, darf man niemals vergessen, daß man von einer solchen Warte aus die Dinge in Österreich sehen und werten muß. Ich sage nur folgendes: Jedes Maschinengewehr, jede Kanone, jeder Panzerwagen, jedes Kriegsflugzeug, jedes Kriegsschiff kürzt das soziale Produkt, das zur Verteilung gelangt. Rüsten bedeutet Stillstand der nationalen und internationalen Sozialgesetzgebung — Abrüstung, Frieden bedeuten Fortschritt und Aufstieg der sozialen Gesetzgebung in allen Staaten und in allen Ländern!

Daher ist die große Frage der Sozialfürsorge, die große Frage der sozialen Sicherheit, zugleich auch die große Frage, ob Krieg oder Frieden, ob weiterrüsten oder Einhalt gebieten diesem Wahnsinnsrüsten und Abrüstung.

Alle diese großen Fragen stehen unmittelbar in Verbindung mit den sozialen Problemen der Völker, und daher sagte ich eben, daß alle sozialen Fragen zugleich auch politische Fragen ersten Ranges sind. Man hört oft soviel über die Spekulation: Wer wird der Sieger sein, wenn ein dritter Weltkrieg käme? Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind müßige Spekulationen. Nur eines ist uns gewiß: Wenn es zu einer solchen Katastrophe käme — es würde ein Rest der Völker diese Katastrophe überleben, aber diese Überlebenden würden nicht mehr zu streiten, zu kämpfen und zu ringen haben, ob Kapitalismus oder Sozialismus! Und unsere große stolze Schwester, die große stolze Schwester der Menschheit, die Freiheit, sie würde trauernd entlang der Ruinen schreiten und schließlich durch die Gräberreihen der Völker, gehen. Das ist gewiß, alles andere ist Spekulation!

Was brauchen die Völker, was braucht Österreich? Wir brauchen nicht die Atom-bombe, die Atomwaffe, wir brauchen die Auswertung der Atomenergie zur friedlichen Ausgestaltung, zur Bewältigung der großen Auf-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2655

gaben, die den Völkern in der Richtung des Aufbaues, in der Richtung der Wohlfahrt der einzelnen und der Gesamtheit über den Weg der Atomphysik gestellt sind. Wir brauchen, meine Damen und Herren — ich sage das nicht als Phrase —, an Stelle des Hasses die Verständigung, und wer die Verständigung wünscht — und wer sollte sie nicht wünschen? —, der muß sich auch, ob es ihm schwer ankommt oder nicht, der Sprache der Verständigung befleißigen.

Ich weiß schon, daß nach einer solchen Verständigung noch lange nicht die Gegensätze beseitigt sind, aber eines ist notwendig, meine Damen und Herren: Wenn wir wirklich den Frieden erkämpfen und den Frieden für alle Völker erhalten wollen, dann sind wir alle miteinander dazu verpflichtet, ob Kommunist oder Sozialist oder irgendein anderer Mensch aus einem anderen politischen Lager, um die Wogen zu glätten, Öl auf das Wasser und nicht Öl in das Feuer zu gießen, damit nicht die glimmenden Herde schließlich zu Brandfackeln werden. Ich möchte den Anbetern der Gewalt, wo immer sie sich befinden, nur eines sagen: Mögen sie doch die Geschichte nicht vergessen! Mögen sie geschichtliche Erinnerungen in sich wachrufen! Es kommt meistens anders, als es sich die Machthaber und Gewalthaber vorstellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf einige Worte des Herrn Kardinals Innitzer zurückkommen. Der Herr Kardinal Innitzer hat in einem sogenannten Hirtenbrief an die Gläubiger (*Heiterkeit*) der römisch-katholischen Konfession vor nicht langer Zeit meiner Auffassung nach große, einfache, aber richtige Worte gerichtet. Er erklärte in diesem Schreiben an die Gläubiger (*erneute Heiterkeit*) in einem markanten Satz: Der Überfluß der einen wird zum Eigentum der anderen! Er meinte damit, der Überfluß der einen, das Wohl- und Luxusleben, wird zum Eigentum der anderen. Eine klare Formulierung. Ich anerkenne sie. Allerdings wäre es auch hier notwendig, daß man daraus auch von der kirchlichen Seite die notwendigen Konsequenzen zieht und die notwendigen Taten folgen läßt. Es ist schon so: Der Überfluß der einen wird zum Eigentum der anderen! Eine revolutionäre Formulierung. Ich weiß nicht, Frau Kollegin, was Ihnen an dieser Formulierung des Herrn Kardinals nicht paßt. (*Abg. Grete Rehor: Sie haben sich nur geirrt! Statt „Gläubiger“ heißt es „Gläubige“!*) Na ja, gut, soll es halt Gläubige heißen. Ich danke Ihnen schön für die grammatikalische Aufklärung.

Ich möchte nun in einigen Sätzen ein Sozialporträt Österreichs geben. Der österreichische Wirtschaftskörper, meine Damen

und Herren, wimmelt ja von Schmarotzern und Parasiten! Es ist nicht der Rentner, auf den man immer hinweist, sondern der Schieber, der Spekulant und seine Preiskartelle sind es, die Staat und Volk in Gefahr bringen. (*Abg. Krippner: Die USIA meinst du wohl! — Abg. Honner: USIA! USIA! Wieder USIA! — Abg. Krippner: Und der Trattnerhof! Dort sind die Schieberautos!*)

Nach diesen einleitenden Sätzen will ich mich im allgemeinen dem Kapitel Soziale Verwaltung zuwenden. Dieses Kapitel im Finanzplan 1952 stand und steht im Blickfeld der öffentlichen Diskussion und kritischer Betrachtungen. Der Herr Generalberichterstatter hat bei seinen Betrachtungen die großen Leistungen der sozialen Verwaltung herausgeschält und hat unter anderem auch gemeint, wir seien schon ziemlich an der Grenze des Möglichen, des Tragbaren, angelangt. Er verwies auf den Zusammenhang von sozialer Gesetzgebung und Wirtschaftskapazität. Sicherlich ist dies richtig; wir können die sozialen Fragen nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, von der Wirtschaftskraft der Volkswirtschaft betrachten.

Man bemüht sich besonders in der Presse, die Milliardenansätze im Staatshaushaltsplan in den Vordergrund zu rücken. Ich darf dazu folgendes sagen — ich sagte das schon anfangs meiner Rede —: Es genügt nicht, daß man sich hier nur mit einigen Verrechnungsansätzen beschäftigt, denn dann steht man am Schlusse bei der Summierung vor der aufgeblähten, inflatorischen Summe von 3,5 Milliarden. Man steht dann hilflos vor dieser Summe und glaubt vollkommen irrig, daß es mehr an sozialen Leistungen in Österreich eigentlich nicht mehr geben könne, mehr an Sozialleistungen könne die Wirtschaft nicht mehr erbringen. Völlig falsch und irreführend!

Diese aufgeblähten, inflatorischen Sätze vom Standpunkt ihres Realwertes, ihrer Kaufkraftverhältnisse zu beleuchten wird auch eine meiner Aufgaben als Oppositionsredner sein. Damit werde ich beweisen, daß auch in Österreich die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, auch heute schon eine weitere Aufwärtsentwicklung unserer gesamten Sozialgesetzgebung vorzunehmen. Wir sind noch lange nicht am Plafond des Tragbaren und des Möglichen angelangt.

Ich werde weiter unter Beweis stellen, daß wir in der Ersten Republik fast dieselben Beträge wie heute nach den furchtbaren Folgen des zweiten Weltkrieges ausgegeben haben, wo vom Standpunkt der sozialen Verwaltung eine halbe Million Kriegsoffer dazugekommen ist und man außerdem eine

2656 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

halbe Million Sozialrentner als neu Sozialbefürsorgte hinzuzählen muß. Auf alle diese Dinge werde ich noch konkret zu sprechen kommen.

Hier verweise ich auf eine Notiz der „Presse“. Da heißt es in der „Presse“, in dem großbürgerlichen Blatt, am 26. Oktober: „Seit Jahren bewegt sich der Anteil des Sozialressorts an den Gesamtausgaben des österreichischen Staates zwischen 17 und 20 Prozent, seit Jahren verfolgt der Steuerzahler mit Befremden die ungeheuer aufgeblähte Ausgabenwirtschaft dieser Sparte. Noch im Vorjahr errechnete sich die Belastung pro Kopf der Bevölkerung durch den Sozialaufwand mit rund 300 S. Nach dem Vorschlag für 1952 sind es bereits 450 S. Dabei ist aber zu bedenken, daß der Kreis der effektiven Steuerzahler wesentlich kleiner ist als der der gesamten Bevölkerung, die Belastungsquote erfährt also in der Praxis eine entsprechende Erhöhung“. Wieder dasselbe, was man überall zu hören bekommt: Die sozialen Lasten bedrohen allmählich unser Wirtschaftsleben.

Ich habe darauf eigentlich bereits in einigen markanten Sätzen die Antwort gegeben. Ich werde mich aber mit dieser sehr wichtigen Angelegenheit, mit dieser sehr wichtigen Frage, ob wir bereits die Grenze des Möglichen in der sozialen Betreuung erreicht haben, noch länger beschäftigen.

Man spricht von einem Rentnerstaat und von einer Rentensucht der arbeitenden Schichten. Alle diese geäußerten Auffassungen und Meinungen müssen — glaube ich — eine klare Antwort erhalten. Wir müssen die Frage konkret so stellen, wie sie draußen in der Öffentlichkeit gestellt wird: Bedrohen die sozialen Ausgaben wirklich Staat und Wirtschaft? Darauf muß man eine sachliche Antwort finden.

Es ist richtig, meine Damen und Herren: Das Nominale der Ausgaben, die aufgeblähten, inflatorischen Berechnungsansätze sind sicherlich bedeutend gestiegen, aber der Realwert der sozialen Leistungen in der Sozialversicherung ist nicht wesentlich gestiegen, im Gegenteil, er ist wesentlich gesunken.

Für die Staatsfinanzen — das gebe ich zu — ist die Erhöhung des Nominales von größter Wichtigkeit, für die Sozialrentner, für die Fürsorgeempfänger ist aber nicht das Nominale der Renten und Unterstützungssätze wichtig, sondern einzig und allein die Kaufkraft des Geldbetrages, den sie erhalten. Das soll nicht vergessen werden.

Betrachten wir uns nun die Finanzansätze im Kapitel Soziale Verwaltung! Wir haben eine Gesamtausgabensumme von 3282 Mil-

lionen Schilling. Wir müssen von diesen Ausgaben eine Einnahmensumme von 690 Millionen Schilling in Abzug bringen. Es bleiben daher Nettoausgaben von rund 2592 Millionen Schilling, das sind rund 14 Prozent der Ausgaben der ordentlichen Gebarung.

Ich habe mich beim Studium der internationalen Gesetzgebung überzeugt, daß in den meisten Staaten Europas, auch in einigen großkapitalistischen Staaten — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika — die Ausgaben für soziale Zwecke in den Staatshaushaltsplänen überall 12 bis 28 Prozent ausmachen. Auch von dieser Seite aus gesehen ist es keineswegs so, daß Österreich in bezug auf den Staatshaushaltsplan die größte soziale Belastung aufweist.

Wollen wir nun einmal diese Zahlen den Ansätzen von Staat und Wirtschaft gegenüberstellen. Das Volkseinkommen im Jahr 1951 wird von bürgerlichen Ökonomen auf mindestens 50 Milliarden Schilling geschätzt, und es gibt beachtenswerte und anerkannte Kapazitäten auf dem Gebiet der Nationalökonomie, die diese Summe als zu gering bezeichnen und von 60 Milliarden sprechen. Aber bleiben wir bei den 50 Milliarden. Wenn Sie nun die Nettoausgaben der sozialen Verwaltung des Finanzgesetzes 1952 dem geschätzten Volkseinkommen gegenüberstellen, dann kommen Sie auf 5 Prozent des Nationaleinkommens.

Nun der Vergleich mit dem Jahre 1937: Wir haben im Rahmen der sozialen Verwaltung damals eine runde Summe von 320 Millionen Schilling ausgegeben, das waren damals zirka 16 Prozent der Staatsausgaben. Das Volkseinkommen betrug im Jahre 1937 8 Milliarden Schilling. Die Ausgabe von 320 Millionen Schilling entsprach also 4 Prozent des Volkseinkommens.

Wenn Sie nun die Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialbetreuung insgesamt nehmen — auch die Auszahlungen der Sozialversicherungsträger, Krankengelder usw. usw. —, dann müssen Sie diese Summe selbstverständlich bedeutend erhöhen. Wir kommen dann im Jahre 1951 auf einen Satz von rund 12 Prozent des Volkseinkommens. Im Jahre 1937 waren es 10 Prozent.

Das sind die Zahlen, und sie sind sehr interessant. Ich habe bereits auf diesen Umstand hingewiesen. Gegenüber dem Jahre 1937 haben wir nur eine einprozentige Erhöhung, wenn man die Zahlen des Haushaltsplanes gegenüberstellt. Aber was liegt alles dazwischen! Ich habe es bereits gesagt: ein Mehr von 500.000 Kriegsoffnern, ein Plus von mehr als einer halben Million Sozialrentnern. Und trotzdem nur eine Erhöhung von einem Prozent gegenüber dem Jahre 1937!

Das widerlegt das ganze Gerede von der unerhörten Steigerung der Soziallasten. Das ist aber auch der Beweis dafür, welche armseligen Sozialrenten die Rentner erhalten. Ich möchte die Leistung jetzt nicht herabsetzen. Aber wer wagt zu sagen, es sei Demagogie, wenn ich das Wort armselig gebrauche? Darin liegt ja eigentlich die Aufklärung dessen, daß wir heute, im Jahre 1951, im Aufwand gegenüber dem Jahre 1937 nur um ein Prozent gestiegen sind, obwohl wir um eine Million Menschen mehr zu befürsorgen haben; die Bevölkerungszahl ist gleichgeblieben.

Das sind konkrete Zahlen, die niemand bestreiten kann. Nein, nicht die Rentner und Kriegsoffer bedrohenden Staat und Wirtschaft, sondern eine Wirtschaftspolitik, welche vielfach Preistreiberei, Überprofite, Kapitalflucht und Steuerhinterziehungen der Großen begünstigt und fördert. Diese Zustände sind die Ursachen der Aushöhlung der Kaufkraft unseres Schillings. Sie schädigen Staat und Wirtschaft und betrügen die Lohn- und Gehaltsempfänger und nicht zuletzt auch die Rentner um die Früchte ihrer ehrlichen Arbeit und machen die Sozialrentner vielfach noch immer zu Bettlern.

Nun komme ich zu den einzelnen Zweigen der staatlichen Sozialverwaltung. Zunächst die Arbeitslosenversicherung. Wenn Sie sich bemüht haben, auf diesem Gebiete die verschiedenen Verrechnungsansätze anzusehen, dann werden Sie gelesen haben, daß das Finanzministerium — besser gesagt das Sozialministerium — im Jahre 1952 mit einer durchschnittlichen Zahl von 90.000 Arbeitslosen, die unterstützt werden müssen, operiert. Wir haben diese Zahl bereits jetzt überschritten. Ich möchte nur wünschen, daß wir nicht auf einige hunderttausend Arbeitslose hinaufkommen, aber ich bin etwas Skeptiker auf diesem Gebiet. Auf jeden Fall wird man mit einer höheren Zahl im Jahre 1952 zu rechnen haben, als hier den Berechnungen zugrunde gelegt wurde. Dies ist eine optimistische Schätzung. Sie wäre vielleicht richtig, wenn die Wirtschaftspolitik der Regierung schließlich die Vollbeschäftigung auch sicherstellen könnte. Ob das der Fall sein wird, das wird man baldigst unter Beweis stellen müssen. Wir dürfen nicht vergessen: Die Auswirkungen des 5. Lohn-Preispaktes haben die Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen mindestens um ein Drittel herabgesetzt. Ich gebe zu, daß zum Beispiel die Modernisierung des Produktionsapparates über den Weg einer großen Investitionsquote im allgemeinen richtig ist. Eine gut funktionierende, moderne Produktion ist sicherlich die Voraussetzung der Erhöhung der Produktivität und damit der Erhöhung

und Vergrößerung des Sozialprodukts. Doch wir dürfen nicht vergessen, daß in der Volkswirtschaft nicht allein die Produktion, nicht allein die Produktionskapazität, das Produktionsvolumen, ausschlaggebend ist, sondern es ist vor allem auch ausschlaggebend, daß man den entsprechenden Absatz hat; und der Absatz hängt wieder davon ab, ob wir die notwendigen Exporte tätigen können, und nicht zuletzt, ja hauptsächlich davon, ob die Kaufkraft des Binnenmarktes entsprechend gegeben ist oder nicht. Wenn wir aber einer Zeit entgegengehen — in der wir uns heute bereits befinden —, in der die Kaufkraft der breiten Massen schwerstens geschädigt, herabgesetzt ist, dann drohen uns von der Verbraucherseite her große Störungen unseres Wirtschaftslebens, und dann bedroht man auch die vielbesprochene Vollbeschäftigung.

Ich will mich noch kurz mit dem Kapitel Arbeitslosenversicherung beschäftigen und möchte hiezu nur noch folgendes bemerken. Die Unterstützungssätze der Arbeitslosen sind natürlich durch die Aushöhlung des Wertes unseres Schillings, durch diese schleichende Inflation, die man zwar jetzt — ich hoffe mit Erfolg — zu stoppen bemüht ist, schwer geschädigt worden. Sie bekommen trotz der Erhöhungen im Sinne des 5. Lohn-Preispaktes kaufkraftmäßig weniger als vor den Erhöhungen des 5. Lohn-Preispaktes. Es wird auf die Dauer, wenn die Dinge so weitergehen, wenn das Preisgefüge nicht eine wesentliche Veränderung nach unten erfährt, wohl nichts übrigbleiben, als die Unterstützungssätze auch in der Arbeitslosenversicherung den gegebenen Preisverhältnissen anzugleichen.

Man wird mir antworten: Wir haben eine großangelegte Preissenkungsaktion! Ich möchte nicht den ehrlichen Willen einiger Menschen und Institutionen bezweifeln, auch nicht, daß man auf diesem Weg schließlich eventuell etwas mildern kann. Zweifelsohne könnte man mit einer wirksamen Preissenkung schließlich dasselbe oder mehr erreichen als mit nominellen Erhöhungen der Löhne, Renten und Pensionen.

Aber was man bisher bei der Preissenkung erlebt hat, das kann man wohl als ungenügend bezeichnen. Und in vielen, vielen Fällen ist es nur ein kleiner Bruchteil, ist es ein Almosen gegenüber den Preisexzessen vor einigen Monaten. Preissenkungsaktion zur Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen? Sehr wohl, einverstanden, aber sie muß eine ernsthafte, eine wirksame Preissenkungsaktion sein, sonst bleibt ja den Lohn- und Gehaltsempfängern und den Rentnern und Pensionisten nichts anderes übrig, als Angleichung an das bestehende Preisgefüge zu fordern, soll die schwerste

Not, in der in Österreich fast zwei Millionen Menschen leben, gemildert werden!

Kriegsopferversorgung: Wir haben anlässlich des 5. Lohn- und Preisübereinkommens die Stammrenten erhöht, wir haben die Zusatzrenten erhöht, wir haben die Ernährungszulage erhöht; alles zugegeben, das sind Leistungen, die man nicht bagatellisieren soll. Aber leider sind durch die inflatorischen Auswirkungen nach Abschluß des 5. Lohn- und Preisübereinkommens alle diese Erhöhungen wieder aufgewogen worden. Es ist auch hier so wie bei den Arbeitslosen — die Kriegsopfer haben trotz der Erhöhung ihrer Renten, trotz der erhöhten Ernährungszulage heute weniger als vor diesen Erhöhungen. Wenn es nicht gelingt, hier im Zuge einer wirksamen Senkung des gesamten Preisgefüges der Lebenshaltungskosten Remedur zu schaffen, wird auch hier nichts anderes übrigbleiben, als auch die Renten und Unterstützungen im Sinne des Kriegsopferversorgungsgesetzes den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

Und nun weiter zum Kapitel Volksgesundheit. Die Ausgaben sind hier äußerst bescheiden. Ich möchte mich nicht des langen und breiten mit diesem Kapitel ausführlich beschäftigen. Aber es ist ein wichtiges Kapitel. Die Frage der Volksgesundheit ist eine Frage der Volkskraft. Ein gesundes Volk ist leistungsfähig, ein krankes Volk ist minder leistungsfähig. Daher sind alle diese Fragen von gewaltigem Interesse für den einzelnen und nicht zuletzt auch für Staat und Gesamtvolk.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen Notschrei der Kommunalspitäler hinweisen. Wir haben ja nicht nur Bundesspitäler und Landesspitäler, wir haben auch in einer Reihe von großen Städten Kommunalspitäler. Sie stehen vor einer nicht mehr zu bewältigenden finanziellen Misere. Sie wissen nicht mehr ein und aus. Die Städtetagung der Kommunalpolitiker, der Kommunalvertreter, hat ebenfalls auf diesen Übelstand hingewiesen. Sollen wir bei der gegenwärtigen Situation unserer Volksgesundheit hochorganisierte, angesehene kommunale Spitäler sperren, wo wir ohnehin wissen, daß die Bettenzahl zu gering ist und daß tausende Patienten auf den Gängen untergebracht werden müssen? Das kommt nicht in Frage! Daher kommt etwas anderes in Frage.

Nach dem ehemaligen Krankenanstaltengesetz waren der Bund und die Länder verpflichtet, den kommunalen Spitälern Zuschüsse zu den Abgängen zu gewähren. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir wieder zu diesen wichtigen und notwendigen Bestimmungen des außer Kraft gesetzten ehemaligen Krankenanstaltengesetzes zurückkehren. Ich möchte

mir erlauben, diesbezüglich einen Entschließungsantrag einzubringen, und ich bitte die Frauen und Herren um Unterstützung dieses Entschließungsantrages. Er lautet:

Die kommunalen Krankenanstalten befinden sich schon längere Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. Die NS-Gesetzgebung hat das österreichische Krankenanstaltengesetz, §§ 48 und 49, seinerzeit außer Kraft gesetzt. Nach diesem Gesetz waren der Bund und die Länder verpflichtet, je drei Achtel der Abgänge der kommunalen Krankenanstalten zu tragen. Die Wiederherstellung einer solchen Beitragspflicht ist ein notwendiges Gebot und im Interesse der Volksgesundheit.

Einige kommunale Spitäler stehen vor der Gefahr ihrer Schließung. Selbst der Österreichische Städtebund, in dem die Regierungskoalition entscheidend vertreten ist, begehrt diese Beitragspflicht. Aus diesem Grunde wird die Bundesregierung aufgefordert, durch eine entsprechende Regierungsvorlage die Wiedereinführung der Beitragspflicht des Bundes und der Länder für die kommunalen Krankenanstalten vorzubereiten.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen, und Sie, meine Damen und Herren, bitte ich nochmals, diesem Entschließungsantrag Ihre Unterstützung zu verleihen. Damit hätte ich meine kurzen Ausführungen über das äußerst wichtige Kapitel Volksgesundheit abgeschlossen.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel. Ich möchte hier unter anderem die Wichtigkeit unserer Arbeitsinspektionen darlegen. Die Unfälle sowohl in industriellen und gewerblichen Betrieben, aber vor allem in unseren landwirtschaftlichen Betriebsstätten zeigen eine erschreckende Höhe. Immer mehr und mehr steigt diese Zahl, immer größer wird die Zahl jener, die auf den Schlachtfeldern der Arbeit zu Krüppeln werden oder den Tod finden. Es ist daher notwendig, daß wir über den Weg der Arbeitsinspektion alles unternehmen, um die Schutzbestimmungen, die wir in das Gesetz eingebaut haben, auch durchzuführen. Besonders auf dem Land, in den Zehntausenden von landwirtschaftlichen Betrieben, wird es notwendig sein, die im Landarbeitsgesetz vorgesehene Inspektion schließlich auch tatsächlich zu realisieren. Es nützt uns ja das beste Gesetz nichts, wenn es auf dem Papier bleibt. Glauben Sie, daß dies eine sekundäre Frage ist? Fragen Sie unsere Unfallstatistiker! Durch diese erschreckende Zahl von Unfällen verliert die Volkswirtschaft hunderte Millionen Schilling an ausgefallenen Arbeitsstunden, ausgezahlten Krankengeldern und Spitalskosten, abgesehen

von dem namenlosen Leid, das den Betroffenen und ihren Familien zugefügt wird.

Bei dieser Betrachtung möchte ich doch auch einiges — es gehört ja eigentlich hier herein — über das Schicksal des Landarbeitsgesetzes sagen. Meine Damen und Herren! Wir haben da einträchtig alle miteinander ein wirklich gutes, fortschrittliches und soziales Landarbeitsgesetz geschaffen. Die Länder haben nach langem Sträuben schließlich auch die dazugehörigen Ausführungsgesetze geschaffen. Wenn man aber die Dinge näher betrachtet, wenn man durch die Dörfer wandelt, wie ich es manchmal mache, dann muß man sagen, daß das ganze Gesetz im allgemeinen noch auf dem Papier ist. Fragt man die Bauern, wo immer man ist, ob im westlichsten oder im östlichsten Zipfel unseres Bundesstaates: „Wie steht es mit dem Mutterschutz? Wie steht es mit den Fragen desurlaubes, der Prämien, der Abfertigungen, der Entlohnung, der Kollektivverträge?“, dann bemerkt man ein allseitiges Staunen: „Mutterschutz? Prämie? Abfertigung? Urlaub? Kündigungsbestimmungen? — Vollkommen fremd. Wo steht denn das geschrieben?“ Ich behaupte, daß dieses Landarbeitsgesetz derzeit noch zu 80 Prozent nur auf dem Papier steht. Außer in den Gutshöfen und in größeren landwirtschaftlichen Betrieben kümmert sich im allgemeinen kein Mensch um dieses fortschrittliche Sozialgesetz, das die Landflucht bekämpfen und die Verhältnisse auf dem Lande grundlegend ändern soll. Das gute Gesetz allein auf dem Papier wirkt nicht und erfüllt nicht seinen Zweck. Es ist höchst an der Zeit, daß sich die politischen Behörden, die hier schließlich in der Kontrolle entscheidend mitzuwirken haben, darum kümmern, daß dieses längst in Kraft getretene Landarbeitsgesetz auch endlich beachtet wird. Soviel über dieses Gesetz.

So nebstbei möchte ich dem noch folgendes hinzufügen: Die landwirtschaftliche Sozialversicherung kämpft mit großen finanziellen Schwierigkeiten, und bei diesem Anlaß muß man ein bißchen kritisch hinschauen. Was gedenkt man zu unternehmen, um diese finanzielle Misere aus der Welt zu schaffen? Denkt man an einen entsprechenden Staatszuschuß? Denkt man an eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge, denkt man an andere Maßnahmen? Ja, die zuständigen Stellen und, mir scheint, auch die leitenden Herren der zentralen land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalten haben sich mit dieser Frage beschäftigt, aber sie gehen den Weg des geringsten Widerstandes. Einen erhöhten Staatszuschuß zu erkämpfen — da scheitern sie an dem Widerstand des Herrn Finanzministers, ihres Klubkollegen, ihres

Parteigenossen. Erhöhte Versicherungsbeiträge — das fordert wiederum den Widerstand der beitragspflichtigen Personen heraus. Also ist es wohl das einfachste, denken diese Herren, daß wir bei den Renten sparen. Da darf es einen dann nicht wundern, wenn vom Sozialministerium über den Weg beispielsweise des neuen Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetzes nicht mehr und nicht weniger vorgesehen ist, als daß man ausgerechnet die Rentner, die unter den Rentnern die ärmsten Schichten sind, die Rentner in der Landwirtschaft, zur Sanierung der zentralen land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung heranziehen will. Nicht mehr und nicht weniger hat man hier in Aussicht genommen, als daß man diesen Rentnern, diesen alten, ausgerackerten Landarbeitern und Landarbeiterinnen, die eine Rente von 300 S haben, diese bis um 40 Prozent kürzt. Ja, man müßte sagen: „Ist das eine kommunistische Haßpropaganda? Ist das eine demagogische Walze?“ Nein! Das steht schwarz auf weiß in der Regierungsvorlage zum Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz, in den Bestimmungen, die sich mit der Sanierung der land- und forstwirtschaftlichen Versicherung befassen.

Da muß ich schon sagen: Auf der einen Seite werden wir morgen und übermorgen manches über die Ursachen der Landflucht hören, und hier will man den Landarbeitern noch die bestehenden armseligen Renten durchschnittlich um ein Drittel kürzen. Renten, die schon bescheidenmäßig zuerkannt sind und deren Rechtstitel feststeht, sollen gekürzt werden. Feststehende Rechtstitel werden aufgehoben, erworbene Rechte werden mit Füßen getreten, und dann steht man da, kommt herauf zum Rednerpult und klagt über die Landflucht, über die Hetze der Sozialisten, eines Schneeberger, und über die Hetze der Kommunisten. Ist das nicht die wirksamste Hetze, ist das nicht empörend, muß das nicht den alten Landarbeiter schließlich zur Verzweiflung bringen?

Darf ich Ihnen sagen, was Sie, meine Herren Abgeordneten der Landwirtschaft, besser wissen als ich: Es sind die alten Landarbeiter, die Rentner, die bei den Spitzenarbeiten in den verschiedenen Jahreszeiten, besonders während der Erntezeit, noch immer die restlichen Kräfte ihres Körpers der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Es gibt nicht wenige Dörfer, die mehr oder weniger mit Hilfe dieser Rentner die Arbeitsspitzen bewältigen. Ich habe bei meiner Wanderung durch die Dörfer 75jährige und 76jährige Landarbeiterrentner mit der Sense in der Hand angetroffen, die gemäht haben, die mit den Jüngeren mitgearbeitet haben. Soll das nun der Dank an jene Menschen sein, die der Landwirtschaft die Treue bewahrt haben,

2660. 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

die nicht abgewandert sind, die ausgehalten haben, trotz den mißlichsten Verhältnissen, die nichts am Leibe haben als ihr bescheidenes Sonntagsgewandl, mit dem sie zur Kirche gehen, um dort zu beten? Sollen sie nicht verzweifeln, wenn sie von einer Rentenreform hören, wenn sie hören, eine Rentenreform ist in Sicht? Die Menschen leben ja in der Illusion, eine Rentenreform bedeute eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse. In Wahrheit aber bedeutet diese Reform einen Raub an den Ärmsten der Armen. Das ist keine Hetze, das ist keine wie immer geartete propagandistische Hetze. Ich möchte auch nicht zum Fenster hinausreden. Mir geht es darum, daß man wirklich diese beabsichtigte schwerste Schädigung an diesen Rentnerschichten verhindert. Ich habe noch immer die Hoffnung, daß die Abgeordneten — wir sind ja im Sozialausschuß nicht vertreten — der Regierungskoalition, daß auch die Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes und schließlich die sozialistischen Kollegen eine solche Schädigung, einen solchen Eingriff in die primitivsten Lebensrechte nicht zulassen werden. Spricht das nicht von einem gewissen Geist, der aus dem Sozialministerium kommt? Man hat das Gefühl: Das ist nicht ein Geist des Fortschrittes, das ist nicht der Geist der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern das ist der Modergeruch von sozialen Auffassungen einer längst vergangenen Zeit. Denn sonst, verehrter Herr Sozialminister, könnte man unmöglich solche Regierungsvorlagen dem Ministerrat und schließlich dem Hohen Haus unterbreiten.

Herr Sozialminister, seien Sie nicht ungehalten, wenn ich mich doch ganz kurz mit Ihrer Tätigkeit beschäftige. Ich möchte sie nicht herabsetzen. Der Herr Sozialminister ist ein alter Vertrauensmann, ein alter Gewerkschafter und nicht zuletzt Sozialist. Ich möchte an seiner Gesinnung nicht zweifeln. Aber, Herr Sozialminister, schließlich tragen Sie die volle Verantwortung! Sie haben doch unter dieses Elaborat Ihre Unterschrift gesetzt, und sollten Sie sich, was ich Ihnen nicht zum Vorwurf mache, in der Materie nicht auskennen, dann verfügen Sie doch über eine Reihe tüchtiger Fachleute aus Ihren Parteikreisen, die ohne weiteres bereit sind, Sie in die gesamte Materie einzuweißen. Sie haben schließlich große Aufgaben zu erfüllen, es kann Ihnen manches entgehen. Aber bevor Sie eine Unterschrift unter eine solche Regierungsvorlage setzen, müssen Sie diese Regierungsvorlage doch ansehen, und ich kann nicht glauben, daß Sie sich mit solchen Bestimmungen identifizieren, wie sie sich zum Teil in der 8. Novelle zum Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz und in den noch

schlimmeren Bestimmungen des Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetzes befinden. Daher, Herr Sozialminister, bleibt nichts anderes übrig: Sie sind voll verantwortlich! Sie sind ein sozialistischer Mandatar, und Tausende und Abertausende, das soll Ihr Stolz sein, haben Vertrauen zu Ihnen. Enttäuschen Sie nicht das Vertrauen! Noch haben Sie es von zehntausenden und hunderten Menschen. Sie glauben noch an Ihren Vertrauensmann Maisel, und ich möchte auch nur wünschen und hoffen, daß Sie dieses Vertrauen, das Sie sicherlich verdient haben, nicht verlieren.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel, zur Opferfürsorge. Es bleibt mir heute nichts über, ich muß mich mit diesem Kapitel etwas eingehender beschäftigen. Es ist bereits so, daß man, wenn man über das Problem der politisch Verfolgten spricht, vollkommen mißverstanden wird. Es ist heute im Hohen Haus bereits so, daß man unter den politisch Verfolgten die ehemaligen Nationalsozialisten meint. Daher bedarf es einer Klarstellung, wer die politisch Verfolgten sind, was moralisch und was unmoralisch ist — um mich mit einem Ausdruck des Herrn Finanzministers zu beschäftigen. Wir haben jetzt die ganzen Tage unter anderem gehört — ich mache den Abgeordneten daraus keinen Vorwurf —, daß Sie sich bemüht haben, die Entnazifizierung zu vollenden, die letzten Reste der NS-Gesetzgebung zu beseitigen, soweit die ehemaligen Nationalsozialisten materielle Opfer aufgelastet wurden. Man spricht von der Aufhebung der Vermögensbeschlagnahmen, man spricht von weiteren Vergütungen erlittener Sühneabgaben, mit einem Wort, man will alles liquidieren. Einverstanden!

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, gleich vorweg sagen: Die NS-Gesetzgebung hatte den Zweck und die Aufgabe, eine nicht abzuleugnende Schuld der Nationalsozialisten rechtlich zu verankern, festzustellen und schließlich unter bestimmten Voraussetzungen für die ehemaligen Nationalsozialisten Sühnebestimmungen einzuführen. Das besagt aber keineswegs, daß diese gewiß gegebene Kollektivschuld dazu benützt werden soll, wie es leider vielfach geschehen ist, die kleinen ehemaligen Nationalsozialisten zu prügeln und die großen entschlüpfen zu lassen. Den kleinen hat man ihr Familienhäuserl beschlagnahmt, und die großen sind im allgemeinen schon längst wieder im Besitz ihrer Fabriken, ihrer großen gewerblichen Betriebe und ihrer Bankkonten. Wir haben auf diesem Gebiet — ich spreche hier von den drei politischen Parteien, die dafür verantwortlich sind — schwere Fehler gemacht. Das können wir ruhig eingestehen;

es hat keinen Sinn, darüber hinwegzuschaukeln. Und bei den Entnazifizierungsgesetzen handelt es sich darum, schließlich wieder langsam das, was man einst den Nationalsozialisten an materiellen Opfern als Sühne auferlegte, abzubauen und endlich das ganze Problem der ehemaligen Nationalsozialisten zu liquidieren. Das war der Sinn der beiden Gesetze.

Und jetzt frage ich: Wer ist der politisch Verfolgte? Ich bin wohl der Meinung: Wenn wir hier im Hohen Haus von den politisch Verfolgten sprechen, dann meinen wir jene Männer und Frauen, die in den Jahren 1933 bis 1945 Schwerstes erduldet und erlitten haben. Viele waren in Gefängnissen, Zuchthäusern und KZ der faschistischen Barbarei, viele wurden ermordet. Viele hatten das Glück, aus dieser Hölle lebend zu entkommen.

Ich habe mit vielen ehemaligen Nationalsozialisten gesprochen, aber ich muß sagen — der ehrliche Nationalsozialist stimmt mit mir überein —: Das ganze Problem der ehemaligen Nationalsozialisten muß liquidiert werden bis auf jene Leute, die schwerste Blutschuld auf sich geladen haben und tatsächlich als Verbrecher zu bezeichnen sind. Ich kann von mir sagen: Ich habe mich nicht an der Hatz gegen die ehemaligen Nationalsozialisten beteiligt. Ich hätte auch dazu Gelegenheit gehabt, als ich im Jahre 1945 mit meinen beiden Freunden, den Kollegen Machold und dem verstorbenen Professor Dr. Dienstleder die Ehre hatte, die steirische Landesregierung zu bilden. Damals hatten wir alle drei, und mit uns unsere Mitarbeiter, Gelegenheit, diese Dinge an Ort und Stelle zu studieren. Der Herr Landeshauptmann Machold mußte den total verfahrenen Karren wieder aus dem Schmutz ziehen, der verstorbene Herr Landeshauptmann Pirchegger und Professor Dienstleder hatten die schwere Aufgabe, Lebensmittel herbeizuschaffen. Ich muß zur Ehre der beiden Toten sagen: Sie haben ihre Pflicht erfüllt, sie haben ihre Gesundheit nicht geschont, und sie wären am Leben, wenn sie sich in diesen Monaten und Jahren nicht buchstäblich geopfert hätten. Mir gab man die Aufgabe, einen großen Teil der politischen Verwaltung, einen Großteil der kommunalen Verwaltung und das ganze Sanitätswesen eines der größten Bundesländer wieder zu ordnen. Es waren schwere Aufgaben, und ich bin überzeugt, die Geschichte wird einstmals gerechter sein, als es derzeit der Fall ist. Die damalige Provisorische Staatsregierung, die Länderregierungen, sie haben schwere Zeiten hinter sich, und es ist heute, meine Herren vom VdU, leichter, zu kritisieren, als damals Hand anzulegen, um aus diesem Chaos wieder herauszukommen.

Damals haben alle miteinander, ohne Unterschied der Partei und Richtung, voll und ganz ihre schwere Pflicht erfüllt. Was will ich aber damit sagen? Da wurde mir gesagt: „Herr Elser, Ihre Aufgabe ist in erster Linie, jetzt einmal zu säubern!“ Das war die Parole, und das Volk draußen in den Straßen schrie es einem in die Ohren: „Hinaus mit den Nazi! Schlagt sie, wo ihr sie trefft!“ Ich habe mich dieser Parole niemals gefügt. Ich habe lediglich mein eigenes Gewissen gefragt und danach gehandelt. Ich habe den Auftrag bekommen — einmal sogar von der Provisorischen Staatsregierung —, die leitenden, tüchtigen Ärzte der Spitäler, die besten chirurgischen Kräfte des Grazer Unfallkrankenhauses vom Dienste zu suspendieren. Ich sollte ihnen anstatt des Chirurgenmessers die Scheibtruhe in die Hand drücken. Ich bekam diesen Regierungsauftrag als öffentlicher Verwalter. Besprechen konnte ich mich mit niemandem; Ich mußte wieder mit mir selber rechten. Ich ging ins Unfallkrankenhaus, und da wurden schwerverletzte Arbeiter auf Karren herangerollt — nicht wie heute in modernen Krankenautos, sondern auf Karren. Ich sah ihre blutigen Leiber und ihre angstvollen Gesichter und Blicke: Wird man mir helfen? Werde ich zeitlebens ein Krüppel bleiben? Werde ich sterben müssen? Die Ärzte kamen heraus und sagten mir: „Herr Elser, wir haben bereits eine Abschrift. Wir danken Ihnen. Es tut uns leid, aber wir müssen unsere ärztliche Tätigkeit mit der Scheibtruhe vertauschen. Dürfen wir gleich hier bei unserem Schutt beginnen?“ Ich habe ihnen geantwortet: „Nein, meine Herren! Hier ist Ihr Platz! Hier arbeiten Sie weiter! Denn Verbrecher sind Sie nicht! Sie sind auch nicht die Hauptschuldigen, mögen Sie auch als Stabsärzte hohe Ränge bekleidet haben. Arbeiten Sie weiter! Helfen Sie! Erfüllen Sie die Hoffnungen dieser schwerverletzten werktätigen Menschen!“ Und der Auftrag der Regierung wanderte in den Papierkorb.

So stellte ich mich schützend vor nicht wenige Nationalsozialisten. Ich tat es nicht, weil ich vielleicht im Geruche stand, für den Nationalsozialismus etwas übrig zu haben, aber ich habe von Haus aus das Nationalsozialistenproblem richtig erkannt. Heute ist es ja keine Kunst, es zu erkennen, heute jagt man ja wieder dem Nationalsozialisten von ehedem nach, um seine Wählerstimme zu erreichen. (*Ironische Zustimmung bei den Unabhängigen.*) Aber damals, da schrie man: „Hinaus mit den Nazi! Und der Elser ist auch einer, der sich schützend vor die Nazi stellt!“ (*Zwischenrufe bei den Unabhängigen.*)

Ich habe schließlich zwischen den Gesinnungsmenschen in der NSDAP unterschieden

2662 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

und dem Interessenhafen, und solche Teile gibt es überall. Es gibt Gesinnungsmenschen auch aus jener Zeit. Ich sah es ja, wie sie zu mir kamen. Die einen — sie waren eine Minderheit von ehemaligen Nationalsozialisten aller möglichen Stände — sagten: „Herr Landeshauptmann, machen Sie mit mir, was Sie wollen. Ich wurde beseitigt, ich darf nicht mehr in mein Amt, ich bin Ingenieur!“ Der andere sagte wieder: „Ich bin Arzt!“ Der dritte war ein Lehrer, und er sagte: „Herr Elser, Sie sind der Referent. Gut, ich nehme das zur Kenntnis.“ Draußen standen die Rotarmisten, und gar mancher hat sich gefragt, bevor er mein Büro betrat: Was wird der Kommunist Elser mit mir machen? Wird er mich nicht gleich dem Exekutions-Peloton der Rotarmisten überstellen? Ich horchte genau hin, was die Menschen sagten. Einige kamen zu mir und sagten: „Ja, Herr Landeshauptmann, ich war ein Nationalsozialist! Ich leugne es nicht. Ich glaubte, daß dieses Großdeutsche Reich im Interesse des großen deutschen Volkes gelegen ist. Ich glaubte an die Ideale des Sozialismus, ich sah allerdings allmählich selbst, daß manches und immer mehr kam, was uns Gesinnungsmenschen und Idealisten selber mit Schrecken erfüllte.“ Zu diesen Leuten sagte ich: „Was? Man hat Sie entfernt? Ich werde für das Notwendige Sorge tragen! Gehen Sie wieder auf Ihren Posten!“ Ich höre das gern, wenn jemand zu seiner Gesinnung steht, auch wenn sie sich als irrig erweisen sollte.

Dann kam der andere. Der kam mit einer Liste: „Herr Landeshauptmann, wollen Sie nicht vielleicht eine Liste der Illegalen haben? Hier haben Sie die Möglichkeit, hier haben Sie das Material!“ Ein solcher Mensch war gleich bei meiner Tür draußen. Ich habe mich lediglich erkundigt: Waren es Kriegsverbrecher? Waren es Denunzianten? In den meisten Fällen, in den überwiegenden Fällen, war es nicht der Fall. Illegalität? Das war eine Erscheinung in einer Zeit, in der manche Menschen aus Erbitterung über die Zeit von 1933 bis 1938 schließlich aus Protest den Weg zum Nationalsozialismus beschritten haben. Illegal? Es gab auch manche, die eingesperrt waren und die kein Hehl aus ihrer Gesinnung machten. Die Illegalität war in meinen Augen noch kein Verbrechen. Wer war denn, meine Damen und Herren, von uns nicht schon illegal? Ich selbst war illegal, und Sie selbst waren schon illegal! Das war für mich kein Grund, die Menschen zu verfolgen.

Dann kamen auch die Menschen, die nicht zur NSDAP gingen, auch ein kleiner Bevölkerungsteil. Während draußen Hunderttausende — ich sage es offen, auch ehemalige

Nationalsozialisten oder, richtiger gesagt, Nationalsozialisten von damals — auf die Schlachtfelder gesendet wurden, ihre soldatische Pflicht erfüllen mußten, dort starben und heute dort ihre Gebeine modern, kamen die anderen, die im Hinterland ihre Geschäfte machten, die dick und fett wurden, die sich tagtäglich heiser schrien mit „Heil Hitler!“ Diese konnten dann im Jahre 1945 nicht genug Steine werfen gegen jene, vor denen sie noch gestern gekrochen sind.

Nun wieder zurück zu den politisch Verfolgten. Meine Damen und Herren! Jeder anständige Nationalsozialist ist mit mir einer Meinung, daß jeder Nationalsozialist, gleichgültig, ob er nur ein einfaches Mitglied der NSDAP war oder ein führender Funktionär — ich rede nicht von einem Kriegsverbrecher à la Uiberreither — ein bestimmtes Maß von Schuld auf sich geladen hat. Das Unrecht ist auf Seite des Nationalsozialismus, auf Seite der Nationalsozialisten. Dafür müssen sie einstehen und dafür — das müssen sie verstehen — hat man ihnen auch gar manche materielle Opfer auferlegt. Es ist falsch, heute die Sache so hinzustellen, als ob man unter den politisch Verfolgten die ehemaligen Nationalsozialisten meinte. Nein, so geht es nicht und so ist es nicht. Die politisch Verfolgten sind jene, die ich hier aufzählte und die ich hier definierte. Und was soll mit ihnen geschehen? Auf dem Weg der Entnazifizierung, dem wir Kommunisten und der linkssozialistische Abgeordnete zugestimmt haben, sollte schließlich einmal die ganze Frage liquidiert werden. Unglücklich genug wurde die NS-Gesetzgebung und Entnazifizierung durchgeführt. Aber eines möchte ich Ihnen dabei sagen: Wir Kommunisten und wir vom Linksblock sind nicht die Durchführungsorgane gewesen. Diese sind ja in den Reihen der Regierungskoalition zu suchen, und gar manches Unrecht wurde hier schließlich wieder geschaffen. Das mag schon richtig sein. Aber jetzt müssen wir einmal die andere Frage ordnen, auch das muß liquidiert werden, und diese Liquidation hat den Vorrang vor der Liquidation des Nationalsozialistenproblems: Es ist die endgültige Erfüllung der berechtigten Forderungen der politisch Verfolgten aus den Jahren 1933 bis 1945.

Wir haben ein Opferfürsorgegesetz — ich habe von dieser Stelle aus schon einiges dazu angeführt —, eine sehr miese Angelegenheit. Die Witwen werden diffamiert, werden gedemütigt, wenn sie die Unterhaltsrenten erkämpfen wollen. Ein bitteres Brot! Aber jetzt gilt es, auch die Frage der Haftentschädigung und der allgemeinen Wiedergutmachung einer Erledigung zuzuführen.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2663

Ich begrüße es, daß durch einen Sozialisten und einen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im letzten Moment ein Antrag eingebracht wurde, in dem ein Verrechnungsansatz für diesen Zweck im Ausmaß von 20 Millionen Schilling in den Finanzplan für 1952 eingesetzt worden ist. Ich möchte das nicht bagatellisieren, es ist immerhin eine Anerkennung des Anspruchs. Man muß endlich einmal damit beginnen, einen Schlusstrich zu ziehen. Aber verzeihen Sie: Die 20 Millionen Schilling sind gegenüber den Erfordernissen, die zirka 300 Millionen Schilling ausmachen werden, viel zu geringfügig. Ich werde mir erlauben, Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, durch den diese Summe auf 100 Millionen Schilling als erste Rate erhöht werden soll. Sie wissen ja selber, daß das Finanzministerium diese Summe gar nicht flüssig machen wird, auch wenn sie angesetzt wird. Wir brauchen zuerst ein Gesetz. Bis das Gesetz in Rechtskraft erwächst, bis es zur Durchführung kommen wird, wird es ohnedies Herbst 1952. Sie können daher beruhigt diesem Antrag zustimmen. Aber es wird dadurch immerhin bewiesen, daß zumindest die Abgeordneten der Regierungskoalition und des Linksblocks in dieser Frage einen ernsten Willen bekunden.

Ich darf Ihnen nun diesen meinen Antrag unterbreiten:

Für Haftentschädigungs-Wiedergutmachung an politisch Verfolgte im Sinne des Opferfürsorgegesetzes ist in das Bundesfinanzgesetz 1952 als erste Rate der Betrag von 100 Millionen Schilling einzusetzen. Die Bedeckung ist durch Einsparungen zu erzielen. Allfällige Überschüsse sind ebenfalls für die Bedeckung dieser Ausgabenpost heranzuziehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfage zu stellen.

Abschließend möchte ich zu diesem Problem nur sagen: Wir haben über den Weg der Entnazifizierung bereits einige Milliarden Schilling verausgabt. Es ist Zeit, und zwar höchste Zeit, daß wir auch dieses Problem endgültig einer Bereinigung zuführen. Soviel über das Kapitel der politisch Verfolgten und Opferfürsorgten. Die Renten nach dem Opferfürsorgegesetz sind genau so zu betrachten wie die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung und anderer Versicherungszweige. Wenn das Preisgefüge nicht eine wesentliche Änderung nach unten erfährt, wird man die Renten der Opfer des Faschismus entsprechend erhöhen müssen.

Nun komme ich noch kurz zu einigen anderen Kapiteln, so zum Kapitel Volksdeutsche. Es ist an der Zeit, daß wir die volksdeutschen

Arbeiter den übrigen werktätigen Menschen vollkommen gleichstellen. Sie dürfen sozialrechtlich unter keinen Umständen benachteiligt werden. Wer mitarbeitet in unserem Lande, soll kein Staatsbürger zweiter Güte sein!

Es wird auch notwendig sein, Herr Sozialminister, daß wir allmählich eine Novellierung des Betriebsrätegesetzes ins Auge fassen, besonders der Bestimmungen des § 25. In einzelnen Streitfällen vor den Arbeitsgerichten und den Einigungsämtern steht man mehr oder weniger auf dem Standpunkt, daß der einzelne Arbeitnehmer nicht berechtigt ist, bei Entlassung oder Kündigung selber einen Einspruch zu erheben, für den Fall, daß die Betriebsvertretung diesen Einspruch nicht vornimmt.

Bei der Vorberatung des Betriebsrätegesetzes, an der ich ja selbst von A bis Z teilnahm, waren wir alle — inklusive des heutigen verehrten Herrn Finanzministers — miteinander der Meinung, daß im Sinne dieser Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes selbstverständlich auch der einzelne Arbeitnehmer das Anfechtungsrecht besitzt. Durch einzelne Judikate wurde dieses Anfechtungsrecht jedoch bestritten. Auch aus diesem Grunde bedarf es einer gesetzlichen Neuregelung, einer Novelle des Betriebsrätegesetzes.

Nun zu einer wichtigen Frage, zur Frage der Selbständigenversicherung. Der Herr Finanzminister hat eingangs seiner Rede gesagt: Ich bedaure es sehr, für die politisch Verfolgten habe ich keinen Betrag mehr, und für die Einführung einer gesetzlichen Selbständigenversicherung fehlt mir ebenfalls das Geld.

Ich darf dazu nun folgendes ausführen: Mittlerweile — das ist bekannt, meine Damen und Herren — haben die Bundeswirtschaftskammer beziehungsweise die Landeswirtschaftskammern ein freiwilliges Altersversorgungsstatut ausgearbeitet. Nach diesem freiwilligen Statut sollen die alten Gewerbetreibenden, die in Not geraten, wenn sie ihre Gewerbeberechtigung niederlegen oder zum Ruhen bringen, eine Altersversorgungsrente erhalten, und zwar in der Höhe von 200 S bis 400 S. Ich möchte auch diesen Versuch einer Notlösung, den Versuch, über diesen Weg das Problem der Altersversorgung der Selbständigen irgendwie zu realisieren, nicht bagatellisieren. Der alte Gewerbetreibende, der vor dem Nichts steht — und solche gibt es leider zu Tausenden —, greift nach jeder Hilfe. Er greift auch nach dieser Armeleuteunterstützung, und mehr, meine Damen und Herren, ist diese Altersversorgung der Bundeswirtschaftskammer nicht. Ein Almosen ist es; ohnehin entwürdigend und schmerzlich genug, wenn man

2664 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G.P. — 9. Dezember 1951.

den alten selbständig Gewerbetreibenden ein solches Almosen verabfolgt. Nein, das darf keine Lösung sein, mag es vorübergehend und kurzfristig auch eine Notlösung sein. (*Abg. Ing. Raab: Geben Sie uns mehr Geld!*)

Gestatten Sie mir, daß ich kritisch dazu Stellung beziehe. Die Ausgabe für dieses Altersversorgungsinstitut wird mit rund 100 Millionen Schilling berechnet, und die Einnahmsquellen, die man sich auf Grund des Statuts schaffen will, werden diesen Betrag decken. Man rechnet also mit einer Einnahmensumme von ebenfalls rund 100 Millionen Schilling. Keine kleine Summe! 360 S soll jedes Kammermitglied obligatorisch bezahlen, und zusätzlich kommen dazu noch Kammerbeiträge. Gestatten Sie mir eine kurze Einwendung: Da sind einmal 360 S obligatorisch. Der armselige kleine Schustermeister oder Schneidermeister wird hier in bezug auf seine solidarische Pflicht mit seinen großen Berufskollegen, mit dem Fabrikanten, Großgewerbetreibenden und Großkaufmann gleichgestellt. Der eine hat hunderttausende Schilling Einkommen, und der andere muß mit einigen armseligen hundert Schilling Einkommen im Monat auskommen. Die Beitragspflicht, die Beitragslast ist aber dieselbe. Das ist doch ein kompletter Unsinn! Das kann man doch nicht aufrechterhalten, das kann man doch nicht ernst meinen. (*Abg. Wallner: Mischt euch nicht in Sachen hinein, die euch nichts angehen!*)

Das ist sicherlich nicht unwichtig, aber im Zusammenhang mit der Aufrollung der ganzen Frage nicht das Wesentliche. Ich bin unter allen Umständen der Auffassung, daß es Zeit ist, daß man noch im Jahre 1952 an die Gesetzgebung der längst versprochenen Selbständigenversicherung, und zwar mit den Sparten Altersversorgung, Invaliditätsversorgung und Hinterbliebenenversorgung, herangeht.

Ich habe mich auf Grund der verschiedenen Unterlagen bemüht, die ja die gewerblichen Kammern selbst geliefert haben, auf Grund der amtlichen Statistik versicherungsmathematische Berechnungen anzustellen. Ich komme zu folgenden Ergebnissen, und auch die Fachleute werden nicht viel daran rütteln können. Im Rahmen einer wirklich gut fundierten Selbständigenversicherung, die zwar sicherlich kein sorgloses Leben gewährleistet, aber doch Not und Elend der alten Gewerbetreibenden bannt, wäre in der Altersversorgung eine Durchschnittsrente von 800 S zu gewähren; in der Witwenversorgung eine solche von rund der Hälfte dieses Betrages, und für die Hinterbliebenen, die Kinder — in vielen Fällen wird das nicht in Betracht kommen, denn die Hinterbliebenenunterstützung spielt in der

Selbständigenversicherung lange nicht die Rolle wie in der Versicherung der Unselbständigen — zirka 200 S. Wenn ich mit einem Anfall von rund 50.000 Unterstützungsempfängern rechne — das ist schon sehr hoch —, dann komme ich zu einem Finanzaufwand von 400 Millionen Schilling inklusive des notwendigen Verwaltungsaufwandes.

Und wer, wird man fragen, soll die 400 Millionen Schilling nun schließlich bezahlen? 100 Millionen Schilling will man jetzt für diese Almoseneinrichtung aus dem Gewerbe und aus industriellen Kreisen herausholen. 50 Prozent könnte man doch schließlich an Bundeszuschuß begehren. Oder glauben Sie, daß diese 200 Millionen, die der Staat für diese Selbständigenversicherung ausgeben würde, zur Gänze verloren sind? Über den Weg aller möglichen Massensteuern würden ja mindestens 50 Millionen in die Staatskassen zurückfließen. Die restlichen 200 Millionen könnte man über den Weg der Beitragsleistung und über den Weg, der jetzt vorgesehen ist, also einer Beitragsleistung der Kammern sicherstellen.

Wer will denn im Ernst behaupten, daß eine solche wirklich gut fundierte Selbständigenversicherung mit einem Finanzaufwand von 400 Millionen Schilling bei den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich und untragbar wäre? Kein ernst zu nehmender Sozialpolitiker und kein ernst zu nehmender Wirtschaftler kann das behaupten.

Das sind Wahrheiten, über die man nicht hinwegkommt. Sie aber werden sagen: Gewiß, ein schöner Plan, aber das Geld fehlt! Es gehen der österreichischen Volkswirtschaft vielfach Beträge in großer Höhe über den Weg der Kapitalflucht, der Steuerhinterziehung und über den Weg anderer Korruptionen verloren! Ich habe aber bereits in meiner Rede ausgeführt, daß diese Beträge aufzubringen sind, wenn man nur den ernstesten wirklichen Willen zeigt. Sie sparen immerzu dort, wo man eigentlich nicht sparen soll, drücken damit die Kaufkraft der breiten Massen herab und werden in nicht allzulanger Ferne die Wirkungen Ihrer verkehrten Sozialpolitik erfahren. Wer kann denn sagen, das lasse sich nicht mobilisieren? Wie wollen Sie das Untertragungsgesetz aufheben? Wie wollen Sie das Problem der Jugend lösen?

Betrachten Sie doch alle diese Probleme von einer höheren Warte, vom Standpunkt des Ganzen aus gesehen. Zehntausende junger tüchtiger Gewerbetreibender warten, daß sie ihr Gewerbe ausüben können. Die alten Männer und Frauen halten vielfach an ihrer Gewerbeberechtigung fest, weil sie sonst um die Altersfürsorge bitten gehen müßten, damit

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2665

sie von dort eine Almosenfürsorge empfangen. Und da rackern sie lieber weiter, draußen aber stehen Zehntausende und können ihre Fähigkeiten nicht entwickeln. Das, was Sie hier an einigen hundert Millionen ersparen, das verliert doppelt und dreifach die Gesamtwirtschaft.

So muß man die Dinge sehen, man darf nicht so greißlerhaft denken und sofort mit dem Bleistift kommen und sagen: Das geht nicht! Ja, wenn sie sonst immer so sparsam wären, wenn sie sonst immer so mit dem Bleistift rechnen würden, die Herren von der Regierungskoalition, dann würden wir vielleicht eine andere Haltung einnehmen. Aber wenn man sieht, daß Milliarden ins Ausland gehen — eine Tatsache, die niemand von Ihnen leugnet —, dann kann es doch keinen Streit darüber geben, ob man 200 Millionen Schilling für eine Selbständigenversicherung aufbringen kann. Man hat sie eben aufzubringen und man kann sie auch aufbringen. (*Abg. Ing. Raab: Geben Sie uns das Geld!*) Ich weiß schon, Herr Präsident Raab, daß Ihnen das nicht ganz gefällt und daß Sie mit mir nicht recht übereinstimmen. Aber schließlich kann man nicht warten, bis Sie ebenfalls vollkommen dieser meiner Meinung sind.

Abschließend möchte ich zur Selbständigenversicherung nur noch sagen: Wir vom Linksblock werden alle Bestrebungen unterstützen, die zu einer wirklichen, wahrhaften Selbständigenversicherung führen. Wir wollen daraus kein parteipolitisches Manöver machen. Den alten Gewerbetreibenden soll geholfen werden, damit wird auch den jüngeren gedient und geholfen. Aber mit solchen Notlösungen, mit solchen Almosen wie der Altersversorgung der Bundeswirtschaftskammer können wir uns nicht zufrieden geben.

Nun zur Sozialversicherung. Hier ist das große Kapitel der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von Bedeutung. Die Durchschnittsrente aller Alters- und Invaliditätsrentner aller Sozialversicherungsträger beträgt derzeit inklusive der Ernährungszulage und aller Zulagen, auch der Zusatzrenten, monatlich 580 S. 65 Prozent fallen unter diesen Durchschnitt. Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß auch das Rentnerproblem trotz der Rentenerhöhungen, trotz der Erhöhung der Ernährungszulage wieder akut wird. Man wird auf die Dauer, wenn nicht wesentliche Preisveränderungen erfolgen, mit diesen Renten nicht arbeiten können. Man wird den Rentnern schließlich einen Ausgleich gewähren müssen.

Es wird sehr viel von der Rentenreform gesprochen. Da gibt es alle möglichen sozialpolitischen Rezepte. Sozialpolitische Doktoren

bemühen sich, uns verschiedene Rentenreformpläne anzutragen. Die meisten davon sind unzulänglich, sind nicht brauchbar. Einige bilden ohne weiteres eine ernsthafte Diskussionsgrundlage. Es gibt aber unter diesen Rentenreformern auch einige sogenannte Naturheilkundige, und mit einem dieser Naturheilkundigen, mit meinem Kollegen Abg. Hillegeist, muß ich mich näher befassen.

Der Herr Abg. Hillegeist ist durch seinen Reformplan in der Rentenversicherung der Privatangestellten bekannt geworden. Was stellt dieser Plan eigentlich dar? Im allgemeinen ist dieser Plan ein Gesamtplan. Er enthält ja nicht nur die Kürzungs- und Stilllegungsbestimmungen, er enthält anfangs eine Reihe von positiven Vorschlägen, wie man das gesamte Rentenproblem, die gesamte Rentenversicherung auf andere und bessere materielle Grundlagen stellen könnte und stellen müßte. Ich gebe ohne weiteres zu, beim Studium dieses Rentenreformplanes Marke Hillegeist finde ich manches, was man schließlich hundertprozentig unterstützen muß. Denn, daß man an Stelle der fixen Grundbeträge endlich einmal perzentuelle Grundbeträge setzt, das ist eine selbstverständliche Forderung, und auch ich kann sie nicht anders stellen. Zwei mal zwei ist vier, und wenn es der Abg. Hillegeist sagt, kann nicht der Abg. Elser behaupten, zwei mal zwei sei fünf.

Aber der Abg. Hillegeist hat auch seine berühmten Kürzungs- und Stilllegungsauffassungen in diesem Plan niedergelegt. Und ich muß sagen: Mutig ist mein Kollege Hillegeist. Er wandert von Ort zu Ort, von Versammlung zu Versammlung und spricht dort und plädiert für seinen Rentenreformplan. Er schreibt in der Presse, er schreibt in seinem Fachblatt. Der Abg. Hillegeist ist ein fleißiger, tätiger Abgeordneter und ein fleißiger Vertrauensmann. Ich kann mir nicht sobald einen fleißigeren vorstellen. Er versteht auch vieles aus der schwierigen Materie der Rentenversicherung. Das möchte ich ihm nicht nur nicht abstreiten, sondern das möchte ich anerkennend hervorheben. Ein Positives hat dieser Reformplan. Endlich einmal wird diese ganze Frage der Rentenreform akut gemacht, und man muß schließlich einmal ein akutes Stadium herbeiführen. Diese große positive Tat hat der Hillegeist-Plan bewirkt. Und damit hat er schon etwas erreicht.

Aber nun zu seinen Kürzungs- und Stilllegungsplänen von Renten und Pensionen. Der Abg. Hillegeist wird sagen: „Mein guter Kollege Elser sucht sich die Rosinen aus meinem Plan heraus, von dem Unpopulären aber will er nichts wissen. Denn seine Partei will ja“, so sagt Kollege Hillegeist, „mehr

2666 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

oder weniger nur eine Propagandaplattform über diesen Weg finden.“ Sicherlich nicht richtig, Kollege Hillegeist! Aber es wird so behauptet. Darf ich dazu folgendes sagen. Rosinen will ich mir nicht herausuchen. Aber eines befürchte ich: Wenn der Herr Abg. Hillegeist in seinen Versammlungen bei den Privatangestellten manchmal große Zustimmung findet, so nur deswegen, weil er die Rosinen den Zuhörern, den Aktiven und schließlich vielleicht auch hier und da den Rentnern vor die Nase hält und sagt: Da schau, Kollege, sind das nicht schöne Rosinen, die kriegst du! Ich befürchte sehr, daß der Herr Abg. Hillegeist es noch selber erlebt, daß er zwar Rosinen versprochen hat, aber die verehrten Sozialpolitiker aus dem Sozialministerium und schließlich vielleicht die ganze Regierungskoalition den Rentnern saure Gurken verabfolgen werden. Und wenn man die Bestimmungen des Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetzes und die Bestimmungen der 8. Novelle zum Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz ansieht, dann findet man schon einen Beweis für meine Behauptungen. Von Rosinen spricht man, das ist der Schlager, und saure Gurken verabfolgt man.

Nun bedarf es aber doch einer kurzen, ersten, sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Hillegeist-Plan. Was will der Abg. Hillegeist? Hören wir ihn selbst: Erstens einmal das Unrecht der bestehenden Stilllegungen und Kürzungen gutmachen! Richtig. Zugegeben. Darf ich erinnern, meine Damen und Herren, daß ich hier den Antrag gestellt habe, diese heute bestehenden Kürzungen und Stilllegungen von Renten und Ernährungszulagen aus der Welt zu schaffen, sie überhaupt in die sozialrechtlichen Bestimmungen nicht einzubauen. Sie haben das abgelehnt. Das, was Sie abgelehnt haben, das wird jetzt begehrt und verlangt. Mit Recht. Mit derselben Begründung, die der kommunistische Abg. Elser hier im Parlament gegeben hat. Ist das auch Demagogie? Wer ist da der Demagoge? Der Elser? Wo sind da die Demagogen? Sitzen sie dort oder sitzen sie da? Aber um diese bestehenden Kürzungen und Stilllegungen aus der Welt zu schaffen, kann man doch nicht nach der Methode vorgehen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, da kann man doch nicht das eine Unrecht aufheben, um an Stelle des aufgehobenen Unrechtes ein noch viel größeres zu setzen, und in einem viel größeren Umfang eine Kürzung und Pensionsstilllegung durchführen. Ja, das ist doch keine Konsequenz, das ist doch keine Logik!

Zweitens: Geld muß eingespart werden zur Aufbesserung der Renten! Wenn der Herr Abg. Hillegeist — er ist doch Kenner der

Dinge, und das hat er sicherlich auch gemacht — gerechnet hat, was man in der Rentenversicherung ersparen kann, wenn seinem Plan im Nationalrat zugestimmt wird, dann weiß er selber genau, daß die Renten dieser rund 600.000 Rentner im Monat durchschnittlich um höchstens 15 S erhöht werden könnten. Höchstens! Also dieses Argument ist hinfällig. Da wird man doch nicht einen Einbruch in die Rechtsbasis einer Sozialordnung üben, wenn man eine Bagatelle an Ersparung erzielt und damit viel mehr Unrecht schafft und dann noch materielle Schäden herbeiführt.

Er sagt weiters: Wir müssen den Mißbrauch in der Sozialversicherung beseitigen! Erstens einmal: Eine Sozialversicherung, überhaupt eine Massenversicherung, die alle Mißbräuche ausschließt, gibt es nicht. Da können die genialsten Sozialpolitiker zusammenkommen, sie werden Ihnen dieses Rezept dafür nicht vorlegen können. Um Mißbräuchen zu begegnen, kann man nicht in Bausch und Bogen hunderttausende Menschen um ihre erworbenen Rechte bringen. Also ein Argument, das einer sachlichen Kritik nicht standhält. Um Mißbräuchen zu begegnen, haben wir Mittel und Wege genug, und es werden ja öfters Mißbräuche mit den gegebenen sozialrechtlichen Bestimmungen beseitigt.

Und ein weiteres Argument, das zieht — warum sollte es nicht ziehen bei den Versammlungen? Er sagt: Kollegen, wir müssen Posten freimachen, die Älteren sollen in Pension gehen, damit ihr Jungen, die ihr zum Teil arbeitslos seid, ihre Plätze einnehmen könnt! Ein sehr gutes Argument — es hat nur einen Haken. Glaubt man, über den Weg der Renten- und Pensionskürzung schließlich nennenswerte Arbeitsplätze freizubekommen? Nein! Ich glaube, auch der Herr Präsident Raab wird mir hier zustimmen, und hier werden wir wahrscheinlich konform gehen, wenn ich sage: Tausende Gewerbetreibende beschäftigen ja, wie Sie selber wissen, Herr Präsident, durch Stunden hindurch einen Pensionisten, der die Buchhaltung besorgt, zehntausende Gewerbetreibende beschäftigen heute durch Stunden einen qualifizierten Handwerker, der zugleich Altersrentner ist, weil der Gewerbetreibende eben einfach nicht in der Lage ist, ganztägig einen Buchhalter zu halten, weil er nicht in der Lage ist, andere Hilfskräfte für ständig und normal einzustellen. Und wenn man ihm diese Möglichkeiten nimmt, glauben Sie, daß dann ein Buchhalter den Posten ganztägig einnimmt? Glauben Sie, daß dann an Stelle dieser Altersrentner, die hier ihre restliche Arbeitskraft der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen, vollwertige Arbeitskräfte treten

werden? Höchstens zu zehn Prozent. Zu neunzig Prozent zerstören Sie damit die einzige Möglichkeit für Zehntausende von Gewerbetreibenden, ihre Aufgaben überhaupt noch zu erfüllen. Richtig, Herr Präsident, oder nicht? (*Abg. Ing. Raab: Zum Teil!*) Sehen Sie, daher glaube ich, auch dieses Argument ist bei näherer, konstruktiver Betrachtung nicht stichhältig.

Was bleibt denn dann noch übrig? Es bleibt dann noch etwas anderes übrig: Hillegeist sagt, Staat und Gesellschaft haben kein Geld. Wie sagt er denn das? Hören wir ihn selber in seinem „Offenen Brief“ an den Herrn Professor Dr. Richard Kerschagl. Nebstbei erwähnt, heiße ich den Brief gut. Als ich den Brief las, habe ich mich selber wieder über meinen Hillegeist gefreut. Der schlichte Arbeitervertrauensmann hat dem gelehrten Nationalökonom eine sehr treffende Antwort und auch eine sehr treffende Lektion erteilt, wenn ich auch durchaus nicht zur Gänze mit dem Inhalt des „Offenen Briefes“ einverstanden bin. Aber ich muß sagen, der „Offene Brief“ des Abg. Hillegeist hat Format, während der Brief des Herrn Professor Dr. Kerschagl, eines immerhin bekannten und sicherlich geschätzten Nationalökonom, alles eher als Format hat. Mit diesem Brief, mit diesem Elaborat darf der Herr Professor nicht hausieren gehen. Hier hat ihn der einfache Arbeitervertrauensmann Hillegeist glänzend und mit Recht abgefertigt und geschlagen.

Was hat mein Freund Hillegeist hier geschrieben? Nur einen Satz greife ich heraus: „Staat und Gesellschaft haben nicht genug Geld, um diese unzulänglichen Renten auf ein halbwegs ausreichendes Ausmaß zu erhöhen.“ Ja, lieber Freund Hillegeist! Damit hat er, ohne daß er es wollte, erstens einmal etwas Unrichtiges behauptet, und zweitens hat er unserer ganzen Sozialversicherung, die er ja schließlich entfalten und entwickeln will, den Nekrolog gesprochen, denn wer auf dem Standpunkt steht, Staat und Volkswirtschaft haben kein Geld, der sagt doch ganz klar: Man kann eben nichts machen! Denn daß man die Beiträge nicht einseitig bei den versicherungspflichtigen Personen erhöhen kann, das weiß er selber, und daß man schließlich nicht irgendwie aus anderen Quellen Milliardenbeträge ausschöpfen kann, das weiß er ebenfalls selber. Wenn man daher apodiktisch erklärt, Staat und Wirtschaft haben kein Geld, dann verzichtet man auf jede weitere Entfaltung der sozialen Gesetzgebung.

Ist es aber wirklich so? Haben wir wirklich — das habe ich bereits ausgeführt — den

Plafond erreicht? Können wir nichts mehr tun gegen diese Elendsrenten? Müssen wir zusehen, wie Hunderttausende und Hunderttausende bitterste Not leiden? Gibt es keinen Ausweg? Wieder muß ich darauf hinweisen: Gehen Sie in die Straßen! Was Sie dort sehen, beweist doch das Wort des Kardinals Innitzer! Man kann schon gar nicht mehr die Straße übersetzen, man muß oft eine Viertelstunde warten, bis man endlich einmal über die Straße gehen kann. Kolonnen und Kolonnen von Luxusautos rollen an uns vorüber. Alles in einem Staat und in einer Wirtschaft, die angeblich ihre Armen nicht mehr menschlich zu ernähren vermögen! (*Abg. Dengler: Die Ausländer werden es können!*) Nein, ich möchte nur, Kollege Dengler, von dieser Warte aus das Problem sehen. Wie recht hat doch Kardinal Innitzer, der sagt: Der Überfluß der anderen wird zum Eigentum derjenigen, die Not leiden. Ich möchte mich nur freuen, wenn der Herr Präsident Raab und meine Kollegen aus dem Arbeiter- und Angestelltenbund als Kirchenbesucher diese Worte gehört hätten und diese Worte auch in die Tat umsetzen würden; denn wenn das ein Kommunist gesagt hätte, dann hätte man diesen Satz mit der üblichen Geste abgetan: Kommunistische Demagogie und Propaganda! Aber das kann man doch gegenüber dem Herrn Kardinal Innitzer nicht behaupten — oder der Herr Kardinal ist ein Geheimmitglied der KPÖ.

Nun weiter! Ich bin folgender Auffassung: Das Rentnerproblem in Österreich ist akut geworden. Es ist zu lösen. Es darf nicht über den Weg bedeutender Verschlechterungen des Sozialrechtes gelöst werden. Davor müssen wir uns hüten. Wir haben mühsam ein Sozialgebäude aufgerichtet, das im allgemeinen in seinen Fundamenten und in seinen Entwicklungselementen gut und entwicklungs-fähig ist. Stören wir diese Entwicklung nicht. Holen wir uns die Mittel für solche Reformen dort, wo sie auf jeden Fall reichlich vorhanden sind. Ich habe darauf hingewiesen: Wenn wir das Rentnerproblem lösen, brauchen wir bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine Milliarde Schilling. Diese Milliarde Schilling ist aufzubringen. Wenn ich diese Milliarde Schilling ins Kalkül ziehe, würde unser ganzer Sozialaufwand im Staatshaushalt sage und schreibe von 14 auf zirka 18 Prozent steigen, und das Sozialprodukt würde eine Belastung von rund 13 Prozent erfahren; das sind Belastungen, die in anderen Staaten, auch kapitalistischen Staaten, im Prozentsatz viel höher sind. Das Sozialproblem in der Rentenversicherung ist daher zu lösen. Allerdings muß man die notwendige Energie haben.

2668 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Was hat eine Rentenreform zu beinhalten? Hier stimme ich mit Kollegen Hillegeist überein. Die Voraussetzung einer wirklichen Reform unserer Sozialgesetzgebung im allgemeinen und der Sozialversicherung im besonderen ist die Stabilisierung unseres Geldwertes. Solange wir uns in einer Periode der schleichenden Inflation befinden, solange der Geldwert immer und immer wieder ausgehöhlt wird, können wir zu keiner ernsthaften Rentenreform gelangen. Kaum haben wir eine Rente materiell festgestellt, wird diese Rente schon wieder materiell, kaufkraftmäßig durch die schleichende Geldwertsenkung ausgehöhlt. Die Stabilisierung des Geldwertes ist eine der Kardinalvoraussetzungen der Rentenreform. Und schließlich, wenn wir so weit sind — und wir wollen alle miteinander hoffen, daß wir endlich einmal dieser Fäulnis Herr werden —, müssen wir die Renten zusammenlegen, müssen wir sie vereinheitlichen. An Stelle des fixen Grundbetrages muß ein Grundbetrag treten, der ein bestimmtes prozentuelles Ausmaß erfaßt. Die Steigerungsbeträge müssen in angemessenem Verhältnis zum Einkommen stehen, mit einem Wort: finanziell gesehen brauchen wir die Wiederherstellung der vollen Staatsausfallhaftung in der Rentenversicherung.

Jede Sozialordnung muß eine Rechtsbasis haben; denn Pensionen und Renten sind nun einmal Rechtstitel, ehrlich und hart durch Arbeit und Beitragsleistung erworben. Wer an Stelle des Rechtes die Leistungen der Fürsorge treten läßt, legt die Axt an die Wurzel des Sozialversicherungs- und Pensionsrechtes. Sozialpolitiker müssen auch Volkswirtschaftler sein. Nicht das darf die Parole sein: Einkommensverringerung! Unsere Parole muß lauten: Einkommenserhöhung aller Schichten! Damit haben wir dann von der Verbraucherseite her die gefährdenden Störungen aus der Welt geschaffen.

Damit sind wir auch exportfähig, denn die Exportindustrien sind vielfach auch auf die Absatzmöglichkeiten des Inlandsmarktes angewiesen weil der Export allein, der Weltmarkt allein unsere Exportindustrie nicht aufrechterhalten kann. Die Verhältnisse auf dem Binnenmarkt, die Kaufkraftverhältnisse des eigenen Volkes sind auch für unsere Exportindustrie ausschlaggebend. Und daher sage ich: Sparen wir nicht am falschen Platz, sparen wir dort und nehmen wir dort, wo noch immer sehr viel zu sparen und sehr viel zu holen ist!

Gerechte Verteilung des Sozialproduktes, Achtung vor der Rechtsordnung und der sozialen Ordnung und nicht zuletzt, meine Damen und Herren Gewerkschafter, solida-

risches Eintreten der arbeitenden Menschen für ihre Kameraden, Rentner und Pensionisten, das kann und wird die sozialen Probleme lösen. Im Mittelpunkt der sozialen Frage hat der Mensch zu stehen und nichts anderes!

Zum Schluß möchte ich nur noch an jene geschätzten Kollegen und Kolleginnen, die nach mir noch zum Kapitel Soziale Verwaltung das Wort ergreifen werden, einige Worte richten: Machen Sie es ebenso wie ich, sachlich, wenn auch kritisch, dann werden wir alle miteinander Lösungsmöglichkeiten finden. Soziale Fragen werden am positivsten gelöst — das haben wir schon einmal hier im Falle des Landarbeitsgesetzes unter Beweis gestellt —, wenn alle miteinander unter Ausschaltung parteipolitischer Manöver die Lösung anpacken. Dann wird man auch die Lösung finden.

Also: Sachlichkeit! Und wenn das nicht der Fall ist, liebe Damen und Herren, komme ich noch einmal herauf zu diesem Pult.

Inzwischen hat wieder der Präsident den Vorsitz übernommen.

Die beiden Anträge des Abg. Elser werden nicht genügend unterstützt und stehen daher nicht in Verhandlung.

Abg. Altenburger: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich glaube nicht, den Ausführungen des Kollegen Elser soweit folgen zu müssen, daß wir im Vorhinein schon nur das sprechen dürfen, was die kominforme Zensurstelle den Kommunisten zu sprechen erlaubt. Wir werden hier im Hause immer das sagen, was wir für richtig halten, gleichgültig, ob es den Kommunisten recht ist oder nicht. Wir werden uns am allerwenigsten vor dem ehemaligen Staatssekretär Honner fürchten, der wissen muß, was militärische Disziplin bedeutet.

Die Einleitungen des Abg. Elser haben damit begonnen, daß er diesem Haus Weihnachtsgedanken brachte. Er hat damit begonnen, darauf hinzuweisen, daß es arm und reich gibt und daß die Weihnachtsglocken versuchen sollten, den Frieden der Menschen zu sichern, daß Weihnachtsglocken es sein sollen, die an die Herzen der Menschen klingen. Herr Abg. Elser, warum so weit nach China und anderswohin schweifen? Wir haben heuer noch viele Kinder in Österreich, die keine Weihnachten mit ihrem Vater feiern können, deren Väter keine österreichischen Weihnachtsglocken hören, die nach sieben Jahren noch immer gefangen in Rußland sind. Wir haben Familien — und da sind Sie verantwortlich —, deren Erhalter nicht hier im Lande sind, deren Väter, durch fremde Justiz ohne öster-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2669

reichischen Verteidiger und österreichischen Rechtsschutz verurteilt, fern der Heimat vielleicht nicht mehr leben. Wollen wir nicht auch darüber sprechen, ob nicht dort Weihnachtsglocken klingen sollten? Aber dort klingen ja keine Weihnachtsglocken, dort sind sie verstummt! Rufen Sie nicht nach Weihnachtsglocken, wenn in jenen Ländern, als deren Vertreter Sie sich oft hier aufspielen, diese Glocken ausgeschaltet sind und die brutale Gewalt herrscht! Von diesen Ländern werden die Familienerhalter nicht zurückgeschickt, und es wird nicht einmal mitgeteilt, warum sie überhaupt außer Landes gebracht wurden. Sie verteidigen hier oftmals diejenigen, die denunziert haben und an dem Blut und Tod von manchem auch aus unseren Reihen schuldig sind. Darum ist es falsch, hier von Weihnachtsglocken zu reden, vom Frieden zu sprechen, der aus der Quelle des Christentums kommt. Wenn Sie es ernst meinen, haben Sie so viel Betätigungsfeld, Taten zu setzen, und zwar nicht hier im Parlament, sondern vor jener Besatzungsmacht, als deren Vertreter Sie mittelbar gelten.

Es ist richtig: soziale Fragen können vom Weltgeschehen nicht getrennt werden. Wir sind sicherlich bereit, die zum Teil sachlichen Ausführungen des Herrn Abg. Elser anzuerkennen. Aber Sie müssen auch die Folgerungen ziehen. Sie müssen, wenn Sie feststellen, daß Sozialpolitik mittelbar mit der Wirtschaftspolitik im Zusammenhang steht, mithelfen, daß diese Wirtschaftspolitik in Österreich zur Untermauerung der Sozialpolitik führt. (*Abg. Koplenig: Mithelfen, die Geldsäcke zu füllen!*) Herr Abgeordneter Koplenig, geben Sie uns unser Eigentum, unsere Ölquellen, und wir können die Preisensenkungsaktionen so durchführen, daß schon morgen ganz Österreich aufschauen wird! (*Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.*)

Wenn Sie davon überzeugt sind, daß die Wirtschaft die Untermauerung der Sozialpolitik ist, dann wären Sie berufen, zu helfen, daß die österreichische Wirtschaft zur Untermauerung der Sozialpolitik führt. Ich hoffe nunmehr, auf Grund der Zwischenrufe des Herrn Abg. Koplenig, daß nach mir der Herr Abg. Elser im Sinne seiner eigenen Ausführungen dem Abg. Koplenig die sachliche Antwort selbst gibt. (*Erneuter Beifall bei den Parteigenossen.*)

Hohes Haus! Die „Wiener Zeitung“ hat zu dem Kapitel Soziale Verwaltung anlässlich der Beratungen des Finanzausschusses folgenden Satz als Schlagzeile herausgestellt: „Von der Wiege bis zum Sarge“ und damit sehr treffend die Tatsache umschrieben, daß die

Sozialpolitik heute schon längst den engeren Begriff sprengte, als ob es sich hier um die Frage einer einzigen Klasse handelt. Die zweitgrößte Post unseres Voranschlages ist jene für Soziale Verwaltung, die mit fast 3·3 Milliarden Schilling veranschlagt ist. Wenn wir dazu noch die Pensionen und Kinderbeihilfen rechnen, die in anderen Kapiteln ausgewiesen sind, erhalten wir einen Sozialaufwand von rund 5·5 Milliarden Schilling.

Es ist klar, daß die Öffentlichkeit, von mehreren Seiten ausgehend, zu diesem sozialen Aufwand Stellung nimmt. Ein Teil fragt, ob die Belastungen im Zusammenhang mit den Leistungen stehen; ein anderer Teil weist darauf hin, daß berechnete Forderungen heute noch unerfüllt sind; die nächsten erörtern die Frage, ob wir diese sozialen Belastungen überhaupt aushalten und ob sie tragfähig sind. Zum Schluß müssen wir uns alle fragen, ob die Grundsätze richtig sind, nach denen wir im Parlament und in den zuständigen Ausschüssen die sozialpolitischen Maßnahmen treffen.

Wenn die Sozialpolitik als Ganzes gesehen nach ihrem Endziel, nach der bestmöglichen Beseitigung der sozialen Spannungen, strebt, so dürfen wir als Positivum feststellen: Österreich gehört zweifelsohne zu jenen Ländern, in denen die sozialen Gegensätze weitgehend ausgeglichen erscheinen!

Kann man im Osten von einer Sozialpolitik sprechen, bei welcher freie Menschen verantwortlich ihre sozialen Beziehungen untereinander regeln? Dort hat sich eine soziale Revolution vollzogen. Es mag sein, daß an Stelle des ehemaligen Kapitals nach außen zumindest die Klasse als Ganzes aufscheint. Es mag sein, daß dort gegenwärtig das Eigentum, das früher einem kleineren Kreis gehörte, nunmehr durch einen größeren Kreis von Organen, von Kommissaren und von Staatsbeamten verwaltet wird. Aber ist das eine Lösung, wenn Eigentum von jemand verwaltet wird, der morgen von anderen Neidern oder von einer notwendigen Säuberung hinweggefegt wird? Wollen Sie behaupten, daß im Osten die soziale Frage gelöst ist? Sie müssen zugeben: Nein! Dort stehen einander die Gegensätze noch viel krasser gegenüber: die Allmacht des Staates und die Unfreiheit des Menschen.

Werfen wir unseren Blick nach anderen Staaten, vielleicht einen Blick nach dem Süden! Hier stehen wir mit Staunen vor steinernen Zeugen der Geschichte, vor überlieferter Kultur. Wir stehen aber auch vor der Tatsache, daß neben Luxuswohnungen Menschen in Erdhöhlen hausen. Wir stehen vor der Tatsache, daß im Süden der Gegensatz

2670 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

sozialer Spannungen oftmals so stark vor Augen tritt, daß er für uns fast unverständlich ist.

Wer bestreitet die schweren inneren Erschütterungen in westlichen Staaten? Wer will behaupten, daß in den westlichen Staaten soziale Fragen und Gegensätze als gutes Beispiel überbrückt erscheinen?

Blicken wir nun auf unser eigenes Land, auf dieses kleine Österreich, das wirtschaftlich auf das engste zusammengedrängt ist, dieses Land nach zwei Weltkrieg, dieses Land mit vierfacher Besetzung und dem Entzug wertvoller wirtschaftlicher Hilfsmittel, dieses Land, dessen Eigentum ihm zum Teil entzogen ist! Dieses Volk hat es zustandegebracht, daß in ihm die Menschen frei sind, und dieses Land hat es zustandegebracht, daß hier die Sozialpolitik im Vergleich zur Umwelt wie ein leuchtender Turm in der Brandung steht. Das ist die entscheidende Tat der Demokratie und der verantwortungsvollen Tätigkeit der politischen Parteien, die die Regierung bilden. Wir verstehen es, daß schon allein wegen dieser Tatsache der blinde Haß der Kommunisten und deren Helfershelfer gegen diesen Erfolg einsetzt.

In Österreich hat sich über den Weg der Sozialpolitik eine neue Gesellschaftsform gebildet, die sich immer mehr und mehr von den Dogmen des Marxismus, aber auch von den liberal-kapitalistischen Auffassungen entfernt und die nach einer Sozialordnung drängt, die sich im Wesen den Zielen der christlichen Sozialreform nähert und damit, von unserem Standpunkt aus gesehen, zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus wird. Darin liegt nicht zuletzt auch die Ursache, daß der Kommunismus in Österreich keine tieferen Wurzeln zu schlagen vermag und sich auf eine Tätigkeit verlegt, die Spannungen ausnützt, an der zuletzt gerade jene Macht mitschuldig ist, als deren Beauftragte die Kommunisten in Österreich gelten. Es ist daher richtig, daß mein Kollege Abg. Frisch von Schmeißfliegen gesprochen hat. Es stimmt schon, daß sich die Kommunisten hier in Österreich jeweils nur dorthin begeben, wo das Auftriebsmoment günstig ist, daß sie aber niemals tiefer Wurzeln fassen können, weil gegen ihre Tätigkeit das Bollwerk der Demokratie standhält.

Wenn heute der positive Erfolg unserer Sozialpolitik nicht stärker sichtbar ist, ein Erfolg, um den uns tausende Menschen in anderen Staaten beneiden, sogar als Mißerfolg ausgelegt wird, so nur deswegen, weil die Marxisten diese Tatsache im Interesse ihrer Organisation verschweigen, da sie im sozialen Frieden das Ende mancher Agitationsmöglichkeit sehen, die heute zum Teil noch Motor ihrer Bewegung ist.

Wir sehen aber auch, daß dieser Erfolg von der bürgerlichen Seite nicht entsprechend gewertet und herausgestellt wird, vielleicht deswegen, weil viele in der Auffassung leben, daß dieser Erfolg eine Schwäche gegenüber dem Aufstieg der Unselbständigen bedeute.

So sehen wir, daß man sich auf beiden Enden an die Vergangenheit klammert, daß dieses Nachrückwärtsschauen es verhindert, den Blick nach vorwärts zu richten, das Neue, die Wirklichkeit zu sehen, das Positive der Sozialpolitik, die in Österreich ohne blutige Revolution aus gegenseitiger Verantwortung eine neue Gesellschaftsordnung entwickelt, die letztlich zur Festigung jener Demokratie führt, in welcher die sozialen Gegensätze ausgeglichen und das Sozialietat die Bilanz des sittlichen Willens der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ist.

Lassen wir doch endlich die Zerrbilder der Demagogie, als ob in Österreich die Arbeiter und Angestellten zerlumpt und zerrissen das Straßenbild beherrschten! Lassen wir die Demagogie schreiender Reklame, wie „Volk in Not!“, als dürften wir vor dem Verhungern stehen! Lassen wir auch das Gezeter, wenn irgendwo ein Träger der Sozialversicherung ein modernes Spital erbaut, in dem der Unselbständige Heilung sucht oder die Heilquellen des Landes zu seiner Genesung, für seine Gesundheit in Anspruch nimmt! Ich finde es schöner, zweckmäßiger und viel mehr im Interesse unseres Staates gelegen, wenn wir auf die Tatsache verweisen, daß der Fremde, der nach Österreich kommt, zwischen der Kleidung eines Selbständigen und Unselbständigen auf der Straße kaum einen Unterschied findet. Ich finde es schöner und zweckmäßiger, wenn wir feststellen, daß die Kulturstätten nicht ein Vorrecht einer bestimmten Klasse sind. Ich finde es schöner und zweckmäßiger, sich darüber zu freuen, daß der Arbeiter und Angestellte in seinem Urlaub die Schönheit unseres Landes kennenlernen und neue Kräfte für seine Arbeit finden kann. Ich finde es schöner und zweckmäßiger, stolz darauf zu sein, daß der Arbeiter und Angestellte sein Lebensende nicht im Siechenhaus und im Bettel auf der Straße verbringen muß. Und ich finde es als einen Ausdruck einer neuen sozialen Ordnung, wenn die Tochter eines Hilfsarbeiters einen Arzt heiratet und der Sohn des Unselbständigen, eines Arbeiters oder Angestellten, einen akademischen Grad erreichen kann.

Wäre es nicht besser, wenn wir mit der lautesten Stimme darauf verweisen würden, daß eine neue Gesellschaftsform Wirklichkeit geworden ist? Und zwar eine Gesellschaftsform, die auf einer gesunden Grundlage steht, die allein imstande ist, gegenüber dem Kommunismus

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2671

standzuhalten, die allein imstande ist, sich dem Ziel der internationalen Sozialpolitik, der sozialen Sicherheit, am weitestgehenden zu nähern! Wäre es nicht besser, wenn auch das Bundesministerium für soziale Verwaltung mehr von dieser Tatsache Kenntnis nehmen und in objektiver Aufklärung diesen Weg der Zweiten Republik der Öffentlichkeit bildlich, graphisch, mit allen modernen Mitteln der Propaganda vorführen würde? Überlassen wir das nicht zum Beispiel der einseitigen Auffassung der Wiener Arbeiterkammer, die mit Aufwendung mancher finanzieller Mittel unter dem Titel „Aufstieg einer Klasse“ nichts anderes als einen historischen Rückblick bringen konnte, und den nicht einmal objektiv.

Es gibt eine Reihe von Bildberichten anderer Ministerien, zum Beispiel über den Ausbau der Wasserkraft, es gibt Broschüren über den Aufbau der Stadt Linz und dergleichen mehr. Was bringt uns aber das Bundesministerium für soziale Verwaltung in seiner eigenen Regie? Was sehen wir wirksam auf dem Weg der Bejahung der gesunden Sozialpolitik, die hier gemeinsam verantwortet wird? Ich glaube, daß das Sozialministerium in verschiedenen Fällen nicht ganz unbedeutende Mittel für geeignete Ausstellungen zur Verfügung stellt. Ich bin der Meinung, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung diese Mittel in sich verwenden und verwerten sollte und daß es Stoff und Material genügend hätte, um als Ministerium objektiv und in gemeinsamer Verantwortung jene Propaganda zu führen, die in viel größerem Ausmaße aufklärend und für die Sozialpolitik bejahend sein müßte, als es heute vielfach geschieht; wo das Sozialministerium sich Treuhänder bedient, die dieser Aufgabe entweder nicht ganz gewachsen sind oder sich im Vorhinein in einem zu engen und zumeist einseitigen Rahmen bewegen. Wir müssen feststellen, daß die Sozialpolitik in Österreich von der gesamten Regierung getragen wird und es zeitweise ein Versuch mit unläuterer Mitteln ist, wenn im Wege des Sozialministeriums gemeinsame Leistungen etwas umgeformt werden und wenn man von dort aus versucht, den Vorteil jenen Gruppen und Organisationen zur Verfügung zu stellen, die enger an das Herz unseres verehrten Sozialministers gebunden sind.

Ich glaube, daß es mehr als notwendig ist, klar und unzweideutig das auf dem Gebiet der Sozialpolitik Erreichte als gemeinsamen Erfolg aller positiven Kräfte in Österreich anzuerkennen, zu vertreten und, wenn es notwendig sein soll, zu verteidigen. Mir scheint dies auch deswegen notwendig, weil sich mit der Änderung der sozialen und gesellschaftlichen Struktur eines Volkes auch die Problemstellung zur Sozialpolitik ändert.

Ich darf das in einem Beispiel klar zum Ausdruck bringen. Hören Sie einmal die Meinung eines Mitgliedes einer Krankenkasse. Würde es nach dieser gehen, wäre der Beitrag meistens auf Null gesetzt; wenn aber eine Leistung notwendig ist, würde natürlich die höchste verlangt werden. Übertragen Sie nun diesem Mitglied mit dieser Meinung eine verantwortliche Funktion als Träger der Sozialversicherung, und Sie werden bald finden, daß aus diesem Saulus ein Paulus geworden ist, der sich dann sehr häufig im Widerspruch mit der oft egoistischen Meinung seiner Arbeitskollegen befindet.

Oder nehmen Sie beispielsweise die Haltung manches Arbeitnehmers als Kandidaten zum Betriebsrat, und sehen Sie dann seine Einstellung an, wenn er dieses Amt als Betriebsrat bekleidet und ausübt. Er ist nicht vielleicht schlechter im Willen zur Interessenvertretung seiner Arbeitskollegen geworden, aber er hat dadurch, daß er mehr Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Betriebes bekommen hat, dadurch, daß sich seine Verantwortung erweitert hat, daß er nicht nur Forderungen zu vertreten hat, sondern auch die Existenz des Betriebes sichern muß, oftmals eine sehr wesentliche Umstellung seiner geistigen Haltung erfahren.

Die Gesellschaftsform von gestern, ihre soziale und wirtschaftliche Struktur ist eben nicht mehr die von heute. Aus dieser Erkenntnis müssen wir uns fragen, ob dies auch Gemeingut aller geworden ist. Hier scheint die Entwicklung viel rascher zu gehen als der Wille, die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Der Herr Bundesminister Maisel hat im Finanzausschuß bei den Beratungen des Kapitels Soziale Verwaltung auf die noch unregelmäßigen Regierungsentwürfe im Sozialausschuß des Parlaments verwiesen. Wirtschaftskreise verweisen darauf, daß die Belastung auf dem Gebiet des sozialen Etats vermindert werden müsse, daß sie vielfach untragbar geworden sei, und entgegengesetzt laufen die Forderungen nach ihrer Erweiterung, nach größerer Erfüllung der angemeldeten Forderungen. Der Herr Bundesminister Maisel kommt am Schluß der Debatte im Ausschuß zu der Feststellung, daß vor leichtfertigen Forderungen gewarnt werden müsse, daß eine Reform unserer ganzen Sozialversicherung eine sehr komplizierte Aufgabe sei und daß die Bevölkerung selbst mithelfen möge, das zu erreichen, was auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung not tut.

Das ist ein sehr allgemein gehaltenes Schlußwort unseres Herrn Ressortministers und läßt so ziemlich alles offen. Wer soll denn feststellen, welche Forderungen leichtfertig sind?

2672 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Oder ist das ein kollegialer Zug unseres guten Sozialministers, der diese Aufgabe dem böseren Finanzminister überlassen will? Oder geht das neckische Spiel dahin, daß der Sozialminister — in Klammer SPÖ — angeblich alles erfüllen will, daß aber der Finanzminister — in Klammer ÖVP — angeblich zu allem nein sagt?

Nein! Wir glauben, daß auch die Sozialisten verpflichtet sind, festzustellen, was tragbar und was nicht tragbar ist, und daß auch unser Sozialminister verpflichtet ist, die Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik des Landes in Einklang zu bringen. Welchen Sinn hätte es ansonst, daß das Sozialministerium seinen berechtigten Platz im Wirtschaftsdirektorium der Regierung als Wirtschaftsministerium einnimmt und dies vollauf anerkannt wird?

Die soziale und gesellschaftliche Stellung eines Volkes kann von seiner Arbeitsleistung und von dem Ergebnis dieser Arbeitsleistung nicht getrennt werden! Die nüchterne Frage, von deren Beantwortung sich auch die Sozialisten nicht freimachen können, ist die Frage nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, nach dem wirtschaftlichen Unterbau unserer Sozialpolitik in ihrer Gesamtheit. Und wir fragen uns, ob hier nicht sehr ernste Gefahren vorhanden sind, die überwunden werden müssen, wenn schwere Erschütterungen des eigenen Landes und des sozialen Friedens vermieden werden sollen.

Der Sozialist kennt nur die Klasse. Organisatorisch bedeutet das für den Sozialismus Stärke und Erfolg. Bleiben wir aber dabei und prüfen wir, ob wirklich jeder Teil der Klasse auch einen gleichen Anspruch auf das Sozialprodukt erheben kann. Dieser Gedanke, auf das Sozialprodukt umgelegt, müßte doch zur Folgerung führen, daß jeder Mensch die gleiche Leistung, die gleichen Ansprüche, die gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen hat. Das aber wäre das Ende der Persönlichkeit, wäre das Ende des Leistungsprinzips, wäre Nivellierung und ist Sozialisierung des Menschen. Es ist genau so ein Irrweg wie das Prinzip des freien Arbeitsvertrages, der keine sozialen Rücksichten kennt und der den Menschen als Teil der Maschine wertet und den Menschen nur mehr in den Unkostenrechnungen vor sich sieht.

„Wer nicht arbeitet, soll nicht essen“; mag ein hartes Wort sein, aber deshalb ist es nicht unwahr. Wer gut leben will, der muß — wenn es nicht von der Substanz anderer gehen soll — gute Leistungen erbringen, die ein solches Leben rechtfertigen. Ich spreche es ganz offen aus, daß ein einseitiger Wohlstand sich zumeist nicht aus eigener Leistung ergibt und daß mancher Fluch die Vergangenheit trifft, weil der Wohlstand von wenigen auf

Kosten der Substanz vieler erworben wurde. *(Zustimmung bei den Parteigenossen.)*

Doch stellen wir uns heute Österreich einen Tag ohne Auslandshilfe, ohne Marshallplan, ohne technische Hilfe des Auslandes, ohne Kredite für Hilfsstoffe vor, stellen wir uns vor, wir hätten aus eigener Kraft seit 1945 den Aufbau des Landes durchführen müssen! Wir alle sprechen berechtigt von den Opfern, von den Entsaugungen, von den Entbehrungen, die wir im Glauben an dieses Land und an unsere Zukunft erbringen mußten. Wie müßten aber diese Opfer erst aussehen, wenn keine Hilfe des Auslandes eingesetzt hätte? Kann aber eine Sozialpolitik und eine Wirtschaftspolitik, von ausländischer Hilfe getragen, die nicht dauernd ist, gesichert und aufgebaut werden? Können unter diesen Voraussetzungen die Forderungen der Kommunisten und auch oftmals andere Meinungen wirklich ernst genommen werden? Wir leben in einer unwirklichen Atmosphäre, und es wäre wirklichkeitsnäher, wenn wir alle erkennen würden, daß wir arm, sehr arm geworden sind und daß dieses Schicksal nur durch härteste Arbeit aller in diesem Staat überwunden werden kann.

Natürlich kann diese Erkenntnis nicht nur bei den Unselbständigen liegen. Hier muß schon ein sehr deutliches Beispiel auch von anderer Seite erbracht werden. Die Aktion der Preissenkung wäre eine günstige Gelegenheit, sichtbar noch über den Rahmen jener hinaus, die sich da schon angeschlossen und schon manche Opfer erbracht haben, in größerem Ausmaße zu wirken.

Ich darf vielleicht ein Beispiel herausnehmen. Wenn die Zementindustrie den Preis pro Tonne Zement um 10 S gesenkt hat, so haben wir den Eindruck, daß dies kein Opfer ist und auch zur Senkung der Baukosten nichts beitragen wird. Wir möchten alle jene, die es angeht, davor warnen, die Preissenkung auf diese Art und Weise zu einer lächerlichen Farce in diesem Land zu machen. Wir sind der Überzeugung, daß gerade hier ein Prüfstein sozialen Gewissens und ein Prüfstein der Zusammenarbeit gegeben ist, die nicht in der Einseitigkeit der einen Seite, in ungerechtfertigten Angriffen, aber auch nicht im sturen Beharren auf Vorrechte, die man nicht antasten darf, liegen kann.

Das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen wird notwendigerweise immer beobachtet werden müssen, und hier werden sich immer, wenn die Spannungen zu stark werden, Zeichen des Unfriedens und der Unruhe zeigen. Die vielgelästerten Preis- und Lohnübereinkommen waren bestimmt keine Idealösungen, und es wäre verfehlt, anzunehmen,

daß auf diesem Wege das Realeinkommen wesentlich erhöht werden könnte. Die Aufgabe der Übereinkommen lag darin, daß nach Möglichkeit der Reallohn erhalten, die Zahl der Beschäftigten gesichert werden könne. Und diese Aufgabe wurde gelöst! Hätten sich nicht einschneidende Änderungen nach dem 4. Lohn- und Preisübereinkommen ergeben — nicht durch unsere Schuld, das brauche ich hier nicht auszuführen —, wäre ein 5. Lohn- und Preisübereinkommen nicht notwendig geworden. Nach dem 4. Lohn- und Preisübereinkommen waren zahlreiche Anhaltspunkte für eine Stabilisierung der Verhältnisse, waren zahlreiche Voraussetzungen vorhanden, daß Löhne und Preise sich natürlich einordnen, daß wieder die zuständigen Organisationen, die natürlichen Vertragspartner diese Dinge regeln und nicht die Regierung zum Anwalt von Aufgaben wird, zu denen sie nicht berufen ist und die auch nicht ihre mittelbare Verpflichtung sind.

Aber in Zeiten der Not, in Zeiten wirtschaftlicher Gefahren ist es Pflicht der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die eine rasche Lösung ermöglichen, Inflation verhüten und die innere Ruhe sicherstellen. Und Sie, meine Herren von der Kommunistischen Partei, haben am allerwenigsten das Recht, daran Kritik zu üben, denn Sie haben alles getan, um diese Ruhe zu stören, um Österreich von innen aufzuwühlen. Ich glaube kaum, daß die Sandsäcke, die den Verkehr hätten lahmlegen sollen, die Schienen, die Sie aufrissen usw., zu den üblichen Methoden der Auseinandersetzungen gehören.

Es ist der Regierung zu danken, daß sie in sehr kritischen Tagen mehr als ihre Pflicht erfüllt und wesentlich dazu beigetragen hat, daß der soziale Friede in diesem Land gewahrt werden konnte. In diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit des Bundesministeriums für soziale Verwaltung dankend anzuerkennen, welches oftmals über Nacht all die Berechnungen und Unterlagen erstellen mußte, die sich aus den erhöhten Anforderungen und Leistungen der Sozialinstitute ergaben.

Die Frage des Preises ist aber nicht nur eine Angelegenheit, die sich auf den Haushalt der Konsumenten erstreckt, die Frage des Preises spielt in ihrer Auswirkung auch in die Sozialversicherung hinein und ist dort nicht unbedeutend. Eine neuerliche Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherung ist untragbar. Diese Tatsache zwingt zur Feststellung, daß die Sozialversicherungsträger in ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt sind. Dasselbe gilt von den Rentenversicherungsanstalten. Die anwachsenden sich aus dem

Gesetz ergebenden Leistungen sind aber nicht durch Gegenleistungen gedeckt, und die Ausgaben müssen zum Teil aus anderen Mitteln, zum Teil aus Staatsmitteln, aus allgemeinen Mitteln getragen werden.

Der Herr Sozialminister wäre mit seinem Latein sehr bald zu Ende, wenn nicht in sehr erheblichem Ausmaß der Herr Bundesminister für Finanzen jene Mittel zur Verfügung stellen würde, zu denen er sich verpflichtete und die die Erhaltung der Leistungen der Sozial- und Rentenversicherung notwendig macht. Es ist daher seitens mancher sozialistischer Funktionäre eine nicht ganz aufrichtige Propaganda, wenn sie mit großer Lautstärke von den Leistungen des Sozialministeriums sprechen, das in manchen Dingen in Wirklichkeit oftmals, wenn sie ehrlich sind, nur die Rolle eines Kassiers oder eines Treuhänders ausübt. Wir müssen daher auch hier, glaube ich, erkennen und in sachlicher Zusammenarbeit ... (*Zwischenruf des Abg. Hillegeist.*) Ich habe hier das Sozialbudget zu behandeln, Sie üben ja auch bei anderen Ministerien reichlich Kritik. Wir werden uns nicht hindern lassen, auch hier festzustellen, daß es unrichtig ist, daß Sozialleistungen nur durch das Sozialministerium erbracht werden (*Beifall bei der Volkspartei*), sondern daß hier der Bund seine Mittel dazu beiträgt.

Auf der anderen Seite haben wir im Gegensatz zur sonstigen Lautstärke zu verzeichnen, daß das Sozialministerium etwas bescheidener, etwas schweigsamer wird, wenn es sich um die Reform der gesamten Sozialversicherung handelt und wenn diese zur Diskussion gestellt wird. (*Erneuter Zwischenruf des Abg. Hillegeist.*) Ich kenne die Schwierigkeiten, Kollege, die auch in Ihren eigenen Reihen bezüglich dieser Fragen bestehen, ob Renten- und Pensionsstillegung oder keine Stillegung. Täuschen wir uns nicht! Die soziale Reform, die Aufgaben, die uns die Sozialreform bringt, sind nicht leicht zu lösen, denn sie stehen zum Teil unter dem harten Druck der Tatsache, daß wir vielleicht manche Leistungen wirtschaftlich nicht untermauern können. Wir stehen vor einer Gefahr, die, wenn sie sich entwickelt und entfaltet, für die Sozialversicherung schwer zu überwinden sein wird.

Es ist daher notwendig, daß wir zeitgerecht ehrlich und sachlich dieses Problem behandeln, daß wir es nicht einseitig, nicht stückweise behandeln, daß wir nicht, um dem einen etwas zu geben, dem anderen etwas nehmen; und daß wir hier nicht auf den politischen Druck Rücksicht nehmen, sondern bereit sind, diese Gesamtfrage wirklich unter gemeinsamer Verantwortung zu bereinigen.

In diesem Zusammenhange spreche ich es klar und unzweideutig aus, daß im Rahmen

2674 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

der Reform der gesamten Sozialversicherung neben den offenen Fragen auch zum Ausdruck gebracht werden muß, daß die Erhaltung der Familie in den Vordergrund zu stellen ist und das Problem der Familienausgleichskasse gelöst werden muß. *(Beifall bei den Parteigenossen.)*

Wenn es möglich war, daß die Bauarbeiter sich über den Weg einer sehr vernünftigen gesetzlichen Form durch Urlaubskassen ihr Urlaubsentgelt sichern konnten, dann muß es auch möglich sein, jenen Teil der Bevölkerung, der nachweisbar die größten Opfer in diesem Lande trägt — und das sind die Familienerhalter —, in einem stärkeren Maße in diese Sozialpolitik einzubauen; es muß möglich sein, daß wir den gerechten Forderungen dieser opferwilligen, dieser mutigen Menschen, die die Familie bejahen, die mit großen Opfern die Kinder erziehen, und zwar in einem Sinne, der Österreich bejaht, entsprechen.

Es darf nicht immer dem stärkeren Druck der politischen Gliederung und jenen, die mehr Zeit haben, nachgegeben werden, denn der Familienerhalter hat keine Zeit zum Demonstrieren. Die Frauen, die erwerbstätigen Mütter, sie können nicht auf die Straße eilen, denn sie haben neben dem Berufe noch ihre mütterlichen Pflichten; und deswegen, weil sie wegen ihres Berufes ihrer Not weniger Ausdruck nach außen geben, ist das noch kein Grund, sie stiefmütterlich zu behandeln. Die Familienausgleichskasse wird nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden, bis sie erreicht ist. Wir von der Volkspartei werden die konkreten Vorschläge vorlegen, und ich hoffe, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung uns nicht nur zu aktiver Mitarbeit heranzieht, sondern daß diese Forderungen auch vordringlich behandelt und ehestens dem Sozialausschuß zugewiesen werden.

Auf arbeitsrechtlicher Seite sehen wir vor allem die Frage der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes. Es ist sicher sehr zu bedauern, daß hier die Beratungen des Unterausschusses noch zu keinem abschließenden Ergebnis kamen. Aber sprechen wir doch offen: Worin liegt die Ursache? Die Schwierigkeiten ergeben sich nicht nur bei diesem arbeitsrechtlichen Gesetz, die Schwierigkeiten ergeben sich auch bei manch anderer arbeitsrechtlichen Materie. Sie liegen darin, daß die Regierungsvorlagen vielfach von dem Standpunkt ausgehen, daß arbeitsrechtliche Gesetze auf der einen Seite im breitesten Rahmen alles erfassen, einbauen und berücksichtigen sollen und auf der anderen Seite dasselbe Gesetz in diesem großen breiten Rahmen auch die kleinsten Details regeln soll. Das heißt nun auf das Arbeitszeitgesetz

umgesetzt, daß wir ein Gesetz schaffen sollen, das vom Hilfsarbeiter bis zum leitenden Angestellten alles in diesen Rahmen hineinzwängt. Das heißt weiter, daß wir ein Gesetz schaffen sollen, das auf die Verschiedenartigkeit der Betriebe Rücksicht nehmen soll, das also auf der einen Seite starr ist und auf der anderen Seite beweglich sein soll.

Werte Frauen und Männer dieses Hauses! Sie werden einsehen, daß die Behandlung von Regierungsvorlagen in einem solchen Rahmen nicht nur schwierig, sondern stellenweise in sich geradezu undurchführbar wird. Wir müssen daher auch hier klarstellen, daß wir langsam vielleicht zu einer anderen Methode, zu einer anderen Form der Regierungsvorlagen kommen und uns vorher entscheiden müssen, ob wir etwas im großen Rahmen in den Grundsätzen regeln oder Details festlegen wollen. Aber beides wird bei der Vielgliedrigkeit unserer Wirtschaft, der Verschiedenartigkeit der Bundesländer und der einzelnen Betriebsabteilungen untereinander immer schwieriger. Eine Regelung der Arbeitszeit wie in der Epoche des Kampfes, um von der 60- und mehrstündigen Arbeitszeit, um von einer übermenschlichen Arbeitszeit zu einer menschlichen zu kommen, brauchen wir in der hochentwickelten Technik nicht mehr, darüber sind wir schon lange hinweg. Wir kommen zur Verfeinerung und zur Spezialisierung in den Gesetzen, und diese soll nicht sosehr von optischen Gesichtspunkten der einen Seite und von den jeweiligen Interessensphären der anderen Seite beeinflußt werden. Wir werden ernstlich prüfen müssen, ob es zweckmäßig ist, das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik von alten Anschauungen aus zu beurteilen, oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, auch hier fortschrittlichen Auffassungen Rechnung zu tragen.

In einem Lande mit schwachen Gewerkschaften kann man es sich erklären, wenn der Gesetzgeber bestrebt ist, weitestgehenden Einfluß auf die Sozialpolitik, auf die Sozialversicherung und auf alle Dinge des Arbeitsrechtes zu bekommen. Ich bin aber überzeugt, daß es zum Beispiel die englischen Gewerkschaften ablehnen würden, wenn die Regierung die Rolle eines Gewerkschaftssekretärs zu spielen hätte. Wir müssen uns vielleicht auch darüber schlüssig werden, ob wir nicht Fragen durch den Gesetzgeber zu sehr einschränken, die ansonsten eigentlich den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den zuständigen Organisationen der Wirtschaft zu überlassen wären. Wir müssen überlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, sich wieder darauf zu besinnen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die zuständigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2675

die Fragen des Arbeitsrechtes in viel günstigerer Weise absprechen könnten. Ich glaube, daß wir auf arbeitsrechtlichem Gebiete durch den Gesetzgeber das Schwergewicht mehr auf die Rahmenbestimmungen verlegen und gewisse betriebliche Anpassungsfähigkeiten herausarbeiten sollten. Dann kämen die Grundsätze bei manchen Gesetzen klarer zum Ausdruck und der Wille des Gesetzgebers, in welcher Weise er dem Gesetze Geltung verschaffen will. Der soziale Aufstieg eines Volkes beruht nicht nur in der Summe sozialpolitischer Gesetze, sondern er beruht in viel stärkerem Maße in der sozialen Haltung und Gesinnung, welche die einzelnen Teile des Volkes zu verwirklichen suchen.

Wir kommen jetzt, wenn wir von dieser Warte ausgehen, zu grundsätzlichen Fragen sozialpolitischer Probleme. Ich glaube, daß auf dem Wege der Entproletarisierung vorerst der staatliche Einfluß notwendig war. Ich bin auch überzeugt, daß in der Vergangenheit die liberal-kapitalistische Wirtschaftsauffassung niemals freiwillig bereit gewesen wäre, soziale und gesellschaftliche Rechte des Unselbständigen zu bejahen und aus sich heraus zu einer gesunden Sozialpolitik zu kommen. Heute stehen wir als Arbeiter und Angestellte in sozialer und gesellschaftlicher Beziehung zum großen Teil gleichberechtigt den anderen Schichten des Volkes gegenüber. In der Sozialversicherung wird sich außer der Durchsetzung der Familienausgleichskassen eine wesentliche Ausweitung nicht mehr ergeben, sondern vielmehr ihre wirtschaftliche Untermauerung in Betracht gezogen werden müssen. Das Arbeitsrecht ist, wenn wir das Hausgehilfengesetz, das Heimarbeitergesetz, das Bäckereiarbeiterschutzgesetz und andere offene Gesetze beschlossen haben, in großen Zügen geregelt, und es wird nur mehr der Kodifizierung, der Zusammenfassung und Klarstellung einzelner Punkte durch das Sozialministerium bedürfen. Im Arbeitsrecht einen wesentlich weiteren Rahmen zu ziehen, werden wir bei sachlicher Beurteilung schwer vertreten können. Es wird vielmehr darauf ankommen, das Bestehende zu erhalten, es durch starke Gewerkschaften zu verteidigen und hier in sachlicher Zusammenarbeit zu sichern.

Die ungelöste Frage aber ist die gerechte Teilnahme am Sozialprodukt. Sozialversicherung ist Schutz vor den Wechselfällen des Lebens. Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag regelt das Arbeitsrecht. Aber wie kommen wir zum persönlichen Eigentum? Wie kommen wir dazu, daß wir den Arbeiter und Angestellten zum persönlichen Eigentum führen? Es mag sein, daß heute in manchen Kreisen der Gedanke der Werksgenossenschaft, der Arbeitsgenossenschaft, der Gedanke

der Gewinnbeteiligung, des Mitbesitzes an den Produktionsmitteln fremd klingt und als Unmöglichkeit erscheint. Aber ich glaube, es wäre vor 50 Jahren auch der Gedanke des Betriebsrätegesetzes als eine Unmöglichkeit erschienen. Mehr Leistung, mehr Produktion, mehr Beschäftigung ergibt noch nicht und nicht unter allen Umständen auch die Erweiterung des Sozialproduktes. Worauf wir Anspruch erheben, ist jener Teil, der nachweisbar als Gewinn bezeichnet wird. Worauf wir Anspruch erheben, ist das, was bei gemeinsamer Arbeit das Mehrprodukt bedeutet. Dieses kann nicht einer einseitigen Vorwegnahme des wirtschaftlich Stärkeren ausgeliefert bleiben. Wir werden den Weg des Mitbesitzes bejahen und ihn nach Möglichkeit der Verwirklichung näherbringen.

Hohes Haus! Wir stehen letzten Endes am Brennpunkt gegenüber dem Kommunismus. Katholische Kreise und Würdenträger bedürfen nicht der Zitierung des Abg. Elser. Es ist eine klare Erkenntnis auch des Laien und eines jeden, der mit der Wirtschaft zu tun hat, daß Eigentum nur der verteidigen wird, der selbst Eigentum besitzt. Es ist daher auch aus dem Grunde der Erhaltung unseres Vaterlandes notwendig, daß wir in der Sozialpolitik von der reinen Fürsorge, von der reinen Rente, von dem Abzug im Lohnsackerl, der sich immer mehr erweitert, zum wirklichen Mitbesitz, zum gesunden Eigentum kommen.

Es ist bedauerlich, daß gerade auf diesem Gebiet eine gute Einrichtung — die des Betriebsrätegesetzes — immer mehr an Wert verliert und abklingt. Es ist bedauerlich, daß man Betriebsratswahlen nur mehr zu parteipolitischen Abstimmungen verwendet und mißbraucht und daß der wirkliche Sinn des Betriebsrätegesetzes dadurch immer mehr und mehr in Mißkredit kommt. Ich habe die Auffassung, daß wir versuchen sollten, zu ergründen, wie es möglich sein könnte, die ursprüngliche Bestimmung dieses Gesetzes wieder zu erreichen, wie es möglich werden könnte, daß wir auf dem Wege von Betriebsversammlungen Arbeitgeber oder Verantwortliche der Firma mit den Arbeitnehmern vereinen und einen Weg vermitteln, damit der eine Einsicht und Mitverantwortung im Betrieb bekommt und der andere nicht nur Betriebsführer der Materie und des Stoffes ist, sondern auch Führer des Geistes der in seinem Betrieb Beschäftigten. Ich glaube, daß hier sehr viele Wege offen sind und daß es viel zweckmäßiger wäre, diese zu beschreiten, als politisch zu zanken und zu versuchen, den Boden des Betriebes zum Kampf gegeneinander zu benützen. Es wäre viel zweckmäßiger und im Sinne der Wirtschaft, im Sinne des Arbeiter und Angestellten und damit

2676 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

auch im Sinne des Staates gelegen, von der Warte der Verantwortung aus die Betriebsdemokratie zu bauen.

Gegen das Kollektiv stellen wir die Persönlichkeit! Wollen wir die Fehler der Vergangenheit überwinden, dann müssen wir eben manche Korrektur unserer politischen und wirtschaftlichen Auffassung, manche Korrektur in unserem politischen und wirtschaftlichen Handeln vornehmen.

Dieser Tage hat im Hohen Hause ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei seine Meinung und Ansicht über den Sozialismus kundgetan und darauf hingewiesen, daß nicht alles Sozialismus ist, was unter dieser Marke als Sozialismus auftritt. Ich freue mich, daß ich demgegenüber feststellen kann, daß wir, die wir auf dem Boden des Christentums stehen, solche Korrekturen, die der Kollege der Sozialistischen Partei notwendigerweise durchführen muß, nicht durchzuführen brauchen. Das Christentum bleibt in seiner Wurzel unverändert, und damit bleiben es auch seine Gebote. Was sich ändert, sind die Menschen, und was die Freiheit des Menschen in sich birgt, ist, daß sich jeder nach freier Auffassung und freier Willensbildung für oder gegen den Willen des Schöpfers entscheiden kann. Wir haben uns für den Willen des Schöpfers entschieden, und damit ist auch der Weg und das Ziel unserer Sozialpolitik nicht von Zufälligkeiten oder von einem politischen Druck abhängig, sondern unsere Sozialpolitik entspringt in ihrer Zielstrebigkeit aus der Quelle ewiger Wahrheit. Wir hätten — das ist meine Überzeugung — viele Erschütterungen der Welt vermieden, und wir hätten viel Not und Elend nicht auf dieser Welt, wenn man nie den verdienten Arbeitslohn vorenthalten und wenn niemand begehrlieh nach dem Eigentum des Nächsten trachten würde. Die Welt ist in ihren Grundfesten deswegen erschüttert, weil Moral, Pflichtgefühl, Nächstenliebe und Opfersinn vielfach fremd geworden sind, die Raffgier, die Hemmungslosigkeit überhandgenommen hat und weil — während frühere Generationen alles mühselig aufgebaut haben — heute mancher der Meinung ist, er müsse über Nacht zu demselben Effekt kommen. Darin liegt so manche Ursache, daß die Lösungen nicht zu finden sind und daß die Grundsätze verloren gingen, daß Zerrbilder der Zeit auftreten. Ob Sie nun von der Partnerschaft sprechen, ob Sie nach neuen Forderungen und Formulierungen des Sozialismus suchen, ob der Kollege Elser sich bemüht, Verschiedenes zusammenzuwürfeln, Weihnachtsglocken und dann wieder seine Einstellung zum Nationalsozialismus erwähnt — wohin wir blicken, spüren wir, daß Menschen nach neuen Zielen suchen. Diesem Suchen

stellen wir, die wir auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, unsere Grundsätze und unsere Überzeugung gegenüber, und wir werden auf dieser Basis früher oder später auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind! Das gilt auch für die Sozialpolitik. Nicht auf die äußere Form kommt es an, nicht auf die Namensgebung; worauf es ankommt, ist die innere Bereitschaft, neue Wege zu gehen, worauf es ankommt, ist die Bereitschaft, zu erkennen, daß eine neue soziale Struktur erstet, die man nicht verhindern kann, weil sie sich organisch entfaltet und weil letzten Endes immer klarer sichtbar wird, daß nur das Christentum imstande ist, die Freiheit des Menschen zu schützen.

Wir wollen aber auch in diesem Zusammenhang mit vollem Ernst unseren Blick der Landwirtschaft zuwenden, und wir müssen hier unzweideutig feststellen, daß die Landwirtschaft in manchen Belangen nicht dauernd ein Stiefkind der Sozialpolitik sein kann. Wollen wir nicht neben rauchenden Schloten verhungern, dann müssen wir verlangen, daß auch auf diesem Sektor mehr als bisher vom Sozialministerium gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium nach dem Rechten gesehen wird. Wir sehen ferner gar nicht ein, warum die Landarbeiterkammer nicht gleichberechtigt neben der Interessenvertretung der anderen Kammern stehen soll. Wir sehen nicht ein, warum dieser Teil der Arbeitnehmer nicht mit den anderen Arbeitnehmern sozialpolitische Maßnahmen gemeinsam beraten und eine Gemeinschaft soll bilden können. Neben den krisenfesten Arbeitern der gewerblichen Wirtschaft muß der seßhafte, mit der Scholle verwurzelte Landarbeiter stehen. Hier erwachsen neue vordringliche Aufgaben, die dringend einer Lösung bedürfen.

Wir wollen weiter unser Augenmerk der Jugend zuwenden. Berufsschutzgesetz, Berufslenkung, Berufsausbildung, Lehrlingsfürsorge und Lehrlingsbetreuung! Ja, wir müssen alle unsere Kräfte dafür einsetzen, daß unsere jungen Menschen nicht den Glauben an die Heimat, den Glauben an die Zukunft, an ihre Existenz und ihr Leben verlieren! Wenn wir das alles sehen, sind wir auch verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang unter anderem auch den Bau von Lehrlingsheimen. Wir wissen aber, daß in diesen Belangen das Sozialministerium ein sehr reges Interesse vor allem dort zeigt, wo es sich um eine Betreuung der Jugend handelt, die im Rahmen der sozialistischen Organisationen erfaßt ist. Wir wollen klar aussprechen: Dieses Interesse des Sozialministeriums für

einen Teil der Jugend ist absolut ungerecht. Wir erwarten, daß das Sozialministerium vor lauter Interesse für die sozialistische Jugend nicht den anderen, vielleicht größeren Teil der österreichischen Jugend übersieht. Die soziale Betreuung ist nicht ein Vorrecht für eine Gruppe, die vielleicht dort und da stärker im industriellen Sektor der Arbeiterschaft auftritt. Wir werden daher dringender und viel lauter als bisher die Forderung vertreten, daß Steuergelder nicht nur der Betreuung der sozialistischen Jugend zugute kommen, sondern wir verlangen auch für die Heime unserer Gesellenvereine, für die ersprießliche Arbeit, die unsere Kalasantiner leisten, für die katholische Jugend, für die Österreichische Jugendbewegung, ja wir verlangen auch für die außerhalb der sozialistischen Jugendorganisation Stehenden dieselbe Unterstützung, wie sie vielfach der sozialistischen Jugendorganisation direkt und indirekt zugute kommt. *(Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)* Wir laden den Herrn Sozialminister ein zu prüfen, ob nicht zum Beispiel auch das Lehrlingsheim in der Krottenbachstraße Anspruch auf Förderung erheben könnte. Wir laden den Herrn Sozialminister ein zu prüfen, ob nicht mancher Neubau, der für Lehrlinge errichtet wird, dort und da etwas kleiner sein und sich in bescheidenerem Ausmaß bewegen könnte und ob es nicht zweckmäßig wäre, auch manchen alten und guten Bau unserer Heime zu erweitern und zu verbessern.

Es ist das Recht der Eltern, die Jugend in ihrem Sinne zu erziehen, und wir haben das Recht, jene Erziehungsform zu bejahen, die wir als richtig erkennen. Demnach lehnen wir die Erziehung der Jugend durch die Sozialisten ab. Hier gibt es eben geteilte Wege, aber es gibt kein Recht des Sozialministeriums, nur einen Weg in diesen Belangen zu unterstützen. *(Abg. Olah: Das mußt du auch dem Unterrichtsminister sagen!)* Ich weiß nicht, wenn man da vom Unterrichtsministerium spricht, ob die Sozialisten eigene Schulen für die sozialistischen Arbeiterkinder haben. Sie gehen doch gemeinsam zur Schule. Aber, Kollege Olah, es wird einmal nachzuweisen sein, ob in allen Heimen und Instituten des Gewerkschaftsbundes eine solche Gemeinsamkeit in bezug auf den Unterricht, wie sie gerade in den Schulen eine Selbstverständlichkeit ist, besteht. *(Abg. Olah: Ich meine die Subventionen, nicht die Schulen!)* Bei den Subventionen haben Sie die Möglichkeit, anzufragen, wenn die zuständigen Ressorts beraten werden. Ich will hier die klare Sprache führen und gehe davon nicht ab, daß es eine Einseitigkeit für die Gruppe, die Sie vertreten, nicht gibt und daß daher das Sozialministerium unseren Einrichtungen der Jugend genau

dieselben Unterstützungen gewähren muß, die es Ihnen schon seit langer Zeit gewährt hat. Sehen Sie darin nicht ein Unrecht, sondern demokratische Auffassung!

Wir verlangen, daß dieser Forderung der Volkspartei Rechnung getragen wird. Wir wollen eine gesunde Sozial- und Wirtschaftspolitik! Wir wollen die soziale Sicherheit durch gesundes Eigentum, die Erreichung wahrer Persönlichkeit, durch Verselbständigung, durch Eigenheime, durch Stockwerkseigentum, durch Siedlung, durch Regelung der sozialen Frage auf dem Lande! Wir alle werden bei diesen Aufgaben unsere Pflicht erfüllen, und es wird Ihnen schwer gelingen, es mit alten Walzen der Vergangenheit zu versuchen und zu sagen, daß die Österreichische Volkspartei nicht aufgeschlossen ist. Sie ist der demokratischen Form heute mehr denn je aufgeschlossen, und sie wird schon allein aus der Verpflichtung der Bejahung der Freiheit dieses Volkes und dieses Landes ihre soziale Pflicht erfüllen.

Wir wollen der Welt zeigen, daß vor unseren Grenzen nicht nur die Wogen des Kommunismus brechen, sondern daß wir auch ein Bollwerk des sozialen Friedens sind, wo eine neue Gesellschaftsform zu einem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg führt, und in unserem Lande nicht nur das internationale Ziel der sozialen Sicherheit Erfüllung findet, sondern darüber hinaus die Entfaltung wahrer Persönlichkeit. Wir wollen, daß der Arbeiter und Angestellte als gleichberechtigter Bürger in Freiheit mit gesundem Eigentum und frohem Blick in die Zukunft sehen kann.

In diesem Sinne stimmen wir für den Voranschlag, und in diesem Sinne sehen wir in dem Voranschlag den Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung für die soziale Sicherheit und damit für ein soziales Vaterland, für unser Österreich! *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Neuwirth: Hohes Haus! Ich lasse mich von der gefährlichen Drohung des Herrn Abg. Elser, er steige noch einmal zum Rederpult herauf, wenn etwa die Debatte nicht in seinem Sinne verläuft, nicht beeindrucken. Er hat Gott sei Dank diese Drohung nicht in bezug auf die Dauer der Redezeit des einzelnen Abgeordneten ausgestoßen. Ich lasse mich vom Herrn Abg. Elser auch nicht beeindrucken durch die Art, wie er hier das Nationalsozialistenproblem angeschnitten hat, denn wenn man seinen Worten gelauscht hat, dann mußte man den Eindruck gewinnen, daß es für alle ehemaligen Nationalsozialisten nichts anderes mehr gibt, als nunmehr mit fliegenden Fahnen in das kommunistische Lager überzulaufen. Aber hier gilt wirklich das Wort: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Denn der Herr Abg. Elser ist ja

2678 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

aus der Steiermark, und gerade in der Steiermark können wir heute die traurige Wahrnehmung machen, daß die Kommunisten einen blutigen, sehr handgreiflichen Terror gegen alle diejenigen ausüben, die eine andere Gesinnung und vor allem eine nichtmarxistische Gesinnung haben. Ich erinnere an die Vorfälle in Donawitz, in den Böhlerwerken in Kapfenberg und in Eisenerz. Dort wurde ein sehr arger Druck auf die politisch Andersgesinnten ausgeübt, ein Druck, der in den Worten gipfelte: „Schmeißt sie in die Martinöfen!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein Zufall, der einer gewissen Ironie nicht entbehrt, daß das Kapitel Soziale Verwaltung hier an einem Sonntag zur Debatte steht. Hier sitzen die Vorkämpfer sozialer Errungenschaften, die Vorkämpfer der Sonntagsruhe, und hier sitzen diejenigen, die den Grundsatz hochhalten: Du sollst Sonn- und Feiertag heiligen! (*Abg. Dr. Bock: Das haben wir auch getan! — Abg. Gumpelmayer: Wir haben Dispens!*) Ich kann mich an die Worte des Herrn Präsidenten in diesem Hause erinnern, als anlässlich einer Debatte im Frühjahr unser Herr Abg. Hartleb die Zeit etwas länger in Anspruch genommen hat und der Herr Präsident dieses Hauses sozusagen an das soziale Verständnis appelliert hat. Ich frage Sie: Wo bleibt dieses soziale Verständnis insbesondere den Angestellten dieses Hauses gegenüber heute? (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig! — Zwischenrufe.*) Gerade in einer Zeit, in der wir seit Mittwoch ununterbrochen hier tagen, gerade in einer solchen Zeit des stärksten Hochdruckes wäre es meines Erachtens sehr sozial gewesen (*lebhaftes Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach, der den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen*), wenigstens einen Sonntagsruhetag für diese „armen Teufeln“ von Angestellten, wie sie damals bezeichnet wurden, einzuschalten. (*Zustimmung beim KdU.*)

Aber noch etwas anderes scheint mir sehr bedenklich zu sein. Die Budgetdebatte in einem solchen Hause soll ja eine gründliche Auseinandersetzung mit den schweren und großen Problemen zum Gegenstand haben. Da soll man ja Gelegenheit haben, im Interesse des Volkes wirklich Kritik zu üben. Es ist selbstverständlich, daß eine so große Debatte eine starke Konzentration, eine Aufmerksamkeit sondergleichen, eine gründliche Vorbereitung erfordert. Mir will scheinen, daß man auf diese Dinge gar keinen Wert legt. Im Gegenteil, man schachtelt während dieser Debatte noch verschiedene Arbeiten in den Unterausschüssen und in den Ausschüssen ein, sodaß da ein einzelner Abgeordneter kaum mehr in der Lage ist, hier wirklich den Dingen auf den Grund zu gehen. Ich erinnere daran,

daß beispielsweise der Finanz- und Budgetausschuß gestern allein neun Tagesordnungspunkte erledigen mußte, unter anderem sehr wichtige Gesetzesmaterien, wie zum Beispiel die Abänderung und Ergänzung des Vermögensabgabegesetzes und des Vermögenszuwachsabgabegesetzes, die Änderung der Steuern bezüglich Bier und Wein oder die Finanzausgleichsgesetznovelle 1952, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Bedeckung der Besatzungskosten und das Steueränderungsgesetz. (*Zwischenrufe.*) Der Sozialausschuß soll sich am Dienstag nach der Haussitzung, also nach achtstündiger Debatte, mit schwerwiegenden Problemen beschäftigen (*Abg. Mark: Wollen Sie gar nichts arbeiten für Ihr Geld?*), wie etwa mit der Regelung der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, mit der Organisation der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter, mit der Überleitung zum österreichischen Sozialversicherungsrecht, mit einem Bundesgesetz über die Einhebung eines Wohnbauförderungsbeitrages, mit der Abänderung eines Bundesgesetzes über die Verkehrs-Arbeitsinspektion. Das alles nach einer achtstündigen Haussitzung! (*Abg. Slavik: Das ist eine starke Zumutung für den Abg. Neuwirth!*) Das ist eine Zumutung für jeden Abgeordneten. Sie haben es ja leicht, Sie sitzen zu Dutzenden hier und verteilen sozusagen die einzelnen Stoffgebiete und Materien auf die einzelnen Abgeordneten. Aber wir von der Opposition müssen jeder einzelne sozusagen ganze Arbeit verrichten. (*Abg. Horn: Sie sind auch nicht allein! — Ruf: Wir können ja nichts dafür, daß ihr nicht mehr seid! — Abg. Dr. Herbert Kraus: Bei euch ist es schon vorher ausgemacht!*) Ich kann mich auch nicht des Eindrucks erwehren, daß hier der Versuch einer Zermürbungstaktik unternommen wird (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig!*), daß Sie versuchen, das eine oder andere wichtige Gesetz jetzt noch rasch im Kehraus unterzubringen, eine Art Bausch-und-Bogen-Erledigung, vor allem, um der sehr lebendigen Opposition nicht Gelegenheit zu geben, zu all diesen Dingen gründlich Stellung zu nehmen.

Letzten Endes möchte ich Sie auch noch auf den Eindruck aufmerksam machen, den die Tatsache, daß Sie heute, am Sonntag, hier arbeiten, erwecken muß. Die breite Öffentlichkeit, die sonst das ganze Jahr hindurch nur sehr wenig von einer parlamentarischen Tätigkeit erfährt, sagt sich heute: Nun ja, am Abend wird der Faule fleißig! (*Heiterkeit und Beifall beim KdU. — Abg. Horn: Der Dr. Kraus ist in Papiergeschäften sehr fleißig!*) Ich weise insbesondere auch in diesem Zusammenhang darauf hin, daß ein sehr bedeutender Jurist, Senatspräsident Professor Dr. Klang, erst am Mittwoch dieser Woche auf die Zustände in

unserer Demokratie hingewiesen und sehr offene Worte ausgesprochen hat, vor allem Worte, die darin gipfeln: Alles Recht geht vom Volke aus. Das mindeste, was verlangt werden muß, um diesem Satz gerecht zu werden, ist die Verlautbarung aller Entwürfe und die Möglichkeit der öffentlichen Kritik. Das mindeste, was verlangt werden muß, ist, daß Gesetze in einer Form abgefaßt werden, die ihr Verständnis nicht schon aus sprachlichen Gründen erschweren. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist für den Poldi Huber nicht leicht!*) Ich lasse mich von einzelnen Abgeordneten dieses Hauses auf die Dauer nicht beleidigen! Ich komme in diesem Zusammenhang auch darauf gleich zurück. (*Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. Herbert Kraus: Eure Wut gegen den Neuwirth ist der beste Beweis für eure Leistung!*)

Als ich vor zwei Jahren erstmalig in das Parlament eingezogen bin, da habe ich — ich muß das offen gestehen — in diesem Parlament ein anderes Niveau erwartet. (*Beifall beim KdU.*) Ich habe in zweijähriger Erfahrung den Eindruck gewonnen, daß hier mit einer sehr großen Oberflächlichkeit an die Dinge herangegangen wird und daß eine gewisse Überheblichkeit einzelner anderen gegenüber den Mangel an Qualität ausgleichen soll. (*Zwischenruf bei den Unabhängigen.*) Sie kennen ja den Ausspruch, daß die Arroganz gleich neben der Dummheit zu liegen kommt. Oder glauben Sie vielleicht, daß Sie als Politiker über einen gewissen Durchschnitt hinausragen? Glauben Sie, daß die Öffentlichkeit der Meinung ist, daß wir hier im Parlament Politiker haben, die sozusagen ein großes Format aufweisen? Ich gebe ja zu, daß beispielsweise die ÖVP einen starken Mann hat, genannt Raab. Aber die SPÖ hat nicht einmal ein Räblein! (*Heiterkeit.*) Bitte, ich möchte die Qualität des Herrn Waldbrunner nicht außer Zweifel ziehen ... (*Abg. Slavik: Der VdU hat einen Neuwirth! — Erneute Heiterkeit.*) Der VdU verfügt nicht nur über einen, sondern sogar über mehrere Köpfe! (*Abg. Horn: Aber was für Köpfe!*) Ich weiß also nicht, was Sie eigentlich berechtigt, hier in diesem Haus die Qualitäten eines anderen Abgeordneten herabzusetzen. Mir scheint es sehr wichtig, daß hier in einem einzigen Geist gearbeitet wird, in einem Geist nach dem Grundsatz: Mensch, werde wesentlich!

Wenn ich jetzt auf das Sozialbudget zu sprechen komme, so muß man, glaube ich, dieses Sozialbudget als Ganzes betrachten. Der zahlenmäßige Zustand dieses Budgets hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab. Das ist auf der einen Seite die Vollbeschäftigung und auf der anderen Seite der Gesundheitszustand des Volkes.

Wir haben bereits anlässlich der Behandlung der Kapitel Inneres und Äußeres davon gehört, daß im Budget eine gewisse Rangordnung Platz greifen muß. Ich glaube, daß es der Ausdruck einer sozialen Gesinnung im Staate ist, wenn das Budget der Sozialen Verwaltung einen sehr hohen Rang innerhalb des Gesamtbudgets einnimmt. Ich bin auch der Auffassung der anderen Redner, daß es notwendig ist, daß bei der Behandlung des Kapitels Soziale Verwaltung jede Demagogie und auch jede parteipolitische und engstirnige Betrachtungsweise ausgeschaltet werden muß. Mir persönlich — die Sozialisten werden es nicht glauben — ist jede Demagogie von Grund auf und in der Seele zuwider. (*Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Ich habe ja gewußt, daß Sie es nicht glauben, Herr Abg. Horn! (*Abg. Aigner: Sie machen es uns schwer!*)

Die schwierige und umfangreiche Materie der sozialen Probleme ist zu einem Gestrüpp geworden, und jeder, der sich mit diesen Problemen beschäftigt, läuft heute Gefahr, sich in diesem Gestrüpp zu verirren und zu verlieren. Sogar die Fachleute haben es schon schwer, sich auf den einzelnen Gebieten und in den einzelnen Zweigen, beispielsweise der Sozialversicherung, zurechtzufinden. (*Zwischenruf.*) Die Volksvertreter haben meines Erachtens nicht die Aufgabe, sich hier gewissermaßen als besonders gesetzeskundig zu erweisen. Sie haben vielmehr hier die Aufgabe, als Vertreter des Volkes auch die Meinung des Volkes zum Ausdruck zu bringen. (*Abg. Aigner: Machen Sie es sich nur bequem, wie Sie wollen!*)

Ich gestehe es offen, daß der Herr Sozialminister bei der Behandlung der sozialen Probleme eine große Sachlichkeit an den Tag legt. Er war, glaube ich, der einzige Bundesminister, der sich auf Grund persönlicher Anfragen, die in der Spezialdebatte an ihn gestellt wurden, in den wichtigsten Punkten schriftlich geäußert hat. Ich erlaube mir, diese schriftlichen Äußerungen des Herrn Bundesministers zur Kenntnis zu bringen, da ich der Meinung bin, daß sich auch die Öffentlichkeit dafür interessiert. Hier bitte eine Antwort auf eine Anfrage bezüglich der Reform der Sozialversicherung. Der Herr Minister schreibt:

„Zu den Anfragen und Anregungen, betreffend die Reform der Sozialversicherung, habe ich bereits am Schlusse der Debatte grundsätzlich kurz Stellung genommen. Eine endgültige Stellungnahme im einzelnen zu beziehen ist gegenwärtig noch nicht möglich. Ich kann jedoch versichern, daß alle Anregungen bei den bereits im Zuge befindlichen Arbeiten zur Reform der Sozialversicherung gründlich geprüft werden und daß insbesondere

2680 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

das Bundesministerium für soziale Verwaltung darauf Bedacht nehmen wird, die Neuregelung möglichst einfach und übersichtlich zu gestalten. Die zur Begutachtung der Gesetzesvorlagen der Bundesministerien berufenen Stellen werden Gelegenheit erhalten, zu den Entwürfen vor ihrer Einbringung im Nationalrat Stellung zu nehmen.“

Zu dem Problem der Volksdeutschen, das heißt zur Forderung, den Volksdeutschen Vorschüsse auf Renten aus ausländischen Sozialversicherungen zu geben, nimmt der Herr Minister wie folgt Stellung:

„Zu der Anregung, Vorschüsse auf Renten aus ausländischen Sozialversicherungen an Volksdeutsche auch dann zu geben, wenn sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, habe ich vor allem zu bemerken, daß der Bund, zu dessen Lasten die Vorschüsse gehen, mit Rücksicht auf seine angespannte finanzielle Lage nur in bescheidenen Grenzen für den Zweck der Bevorschussung Mittel zur Verfügung stellen kann. Dadurch war bedingt, daß der Kreis der befürsorgten Personen auf österreichische Staatsbürger eingeschränkt werden mußte. Im übrigen ist sich das Bundesministerium für soziale Verwaltung bewußt, daß dieser Maßnahme nicht geringe Unzulänglichkeiten anhaften. Es ist daher bemüht, durch den Abschluß von Abkommen mit den in Betracht kommenden Staaten, gegen deren Sozialversicherungen sich die Rentenansprüche der Betroffenen richten, diesen Personen zu ihrer Rente zu verhelfen. In den bereits unterzeichneten Verträgen mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Italien sind auch bereits Erfolge in dieser Richtung zu verzeichnen, beziehungsweise angebahnt.“

Zum Problem der produktiven Arbeitslosenfürsorge schreibt der Herr Minister — auch das sind Zahlen, die die Öffentlichkeit sicher interessieren werden —:

„Im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge wurde im Jahre 1951 (Jänner bis Oktober) folgende Zahl von Arbeiten mit nachstehenden Beschäftigungszahlen durchgeführt:

| | | | | |
|-----------|-----------|-----|--------|--------|
| Jänner | 1835 Arb. | mit | 14.816 | Besch. |
| Februar | 2025 | „ | 20.816 | „ |
| März | 2159 | „ | 22.506 | „ |
| April | 462 | „ | 9.448 | „ |
| Mai | 114 | „ | 2.274 | „ |
| Juni | 68 | „ | 1.209 | „ |
| Juli | 37 | „ | 641 | „ |
| August | 27 | „ | 554 | „ |
| September | 19 | „ | 379 | „ |
| Oktober | 37 | „ | 471 | „ |

Hiezu schreibt der Herr Minister noch im besonderen:

„Die starke Abnahme während der Sommermonate wurde bewußt herbeigeführt, weil die günstige Bausaison den Einsatz der produktiven Arbeitslosenfürsorge nur in wenigen Ausnahmefällen hinsichtlich beschäftigungsloser Frauen und minderarbeitsfähiger Personen notwendig erscheinen ließ. Die durchgeführten Arbeiten betrafen vor allem den landwirtschaftlichen Wegebau und Straßenbau, Arbeiten der Wildbachverbauung und der Flußregulierung sowie Arbeiten im Zusammenhang mit Hochbau, insbesondere Siedlungsbau (Aufschließungen, Erdaushub, Weganschlüsse und dergleichen).

Im vergangenen Winter wurden außerdem Zuschüsse zwecks Verhinderung des Abbaues der Verstärkungsarbeiter der Österreichischen Bundesbahnen sowie zur Verhinderung des Abbaues der von der Gemeinde Wien beschäftigten Arbeiter gegeben. Für das Jahr 1952 ist für die produktive Arbeitslosenfürsorge ein Kredit von 40 Millionen Schilling vorgesehen.“

Dies zu den Antworten des Herrn Ministers Maisel auf die Anfragen in der Spezialdebatte.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein Gebiet eingehen, das ich als die Forderung nach Ausschaltung sämtlicher Ungleichheiten auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes und nach Herstellung der Gleichheit aller Arbeitnehmer in Österreich bezeichnen möchte. Dieser Forderung muß im Zuge der geplanten und beabsichtigten Neukodifizierung des Arbeitsrechtes Rechnung getragen werden. Und hier komme ich gleich zu einer Auseinandersetzung mit den Sozialisten hinsichtlich unserer Forderung nach arbeitsrechtlicher Gleichstellung für die Arbeiter mit den Angestellten im Hinblick auf drei Faktoren: Urlaub, Abfertigung und Kündigung. Die Sozialisten zerreden dieses Problem nun schon zwei Jahre hindurch. Wir erheben ja diese Forderung bereits seit zwei Jahren. Ich habe bis heute auf ein sachliches Argument gegen diese Forderung Ihrerseits gewartet. Es handelt sich ja nicht darum, sozusagen in Bausch und Bogen sämtliche Arbeitnehmer in den Genuß der Urlaubsabfertigung, der Kündigungsbestimmungen des Angestellten zu bringen, sondern es würde sich ja nur um jene Arbeitnehmer handeln, die die Bedingungen des Angestelltengesetzes hinsichtlich der Wartefristen erfüllen.

Wenn ein Arbeiter heute ebenso lange in einem Betrieb beschäftigt ist wie ein Angestellter, dann ist es nicht einzusehen, warum nicht dieser Arbeiter in dem gleichen Betrieb dasselbe Ausmaß an Urlaub, dasselbe Ausmaß an Abfertigung oder die gleichen Voraussetzungen hinsichtlich der Kündigungsfrist erhält wie der Angestellte. Denn Sie sind es ja, meine

Herren, die selbst in Publikationen immer wieder darauf hinweisen, daß in der heutigen Zeit ein sozialrechtlicher oder arbeitsrechtlicher Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten, daß ein Unterschied in der Qualifikation der Arbeitsleistung nicht mehr bestehen darf.

Ich verweise diesbezüglich auf einen Aufsatz in der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ vom August 1950, gezeichnet mit J. P. Ich glaube, es ist der Herr Papouschek oder so ähnlich, der hier diesen Standpunkt vollkommen richtig wiedergibt. Es sei mir gestattet, diese Stelle vorzulesen. Er schreibt:

„Worauf gründet man den behaupteten Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten? Weniger auf eine grundlegende allenthalben sichtbar werdende Unterscheidung der Tätigkeit dieser beiden Gruppen von unselbständig Erwerbstätigen als auf eine verschiedenartige Wertung dessen, was man unter den Sammelbegriffen ‚manuelle Arbeit‘ und ‚geistige Arbeit‘ versteht. Die geistige Arbeit oder sogenannte geistige Arbeit, denn nicht alles, was so bezeichnet wird, ist beim Anlegen eines strengen Maßstabes eine solche, erfreut sich in gewissen Kreisen seit jeher einer höheren Einschätzung als die manuelle. Sie wurde in diesen Kreisen schon den Kindern eingeimpft....“

Geistige Arbeit ist, wie schon erwähnt, ein Sammelbegriff. Nach der landläufigen Terminologie fällt unter sie nicht nur die Tätigkeit des Atomphysikers, sondern auch die eines Registraturangestellten. Ähnlich liegen die Dinge aber auch auf dem Gebiete der manuellen Betätigung. Die Arbeit des Schotterschlägers ist eine solche, aber auch jene eines Mechanikers für Radargeräte, der mit Toleranzen von Tausendsteln Millimeter arbeitet, oder die Tätigkeit eines Schleifers von Linsen für höchstempfindliche Präzisionsinstrumente der Optik. Sind beispielsweise die Letztangeführten nicht in viel größerem Ausmaße geistige Arbeiter als der Registraturangestellte? Zu bestreiten, daß die Bedienung einer der modernen Metallbearbeitungsmaschinen, vor der man als Laie bewundernd steht, ein Mehr an geistiger Grütze erfordert als etwa die Bedienung einer Additionsmaschine, heißt ebenso Tatsachen leugnen, wie wenn man nicht zugeben wollte, daß die Hand eines seinen Wagen durch den dichten Großstadtverkehr lenkenden Chauffeurs mindestens derselben geistigen Lenkung bedürfe, wie jene einer Maschinschreiberin.“

Sie sehen also, worum es uns bei unserer Forderung geht. Es ist einfach heute nicht mehr vertretbar, daß diese manuell qualifizierten Arbeiter weniger Rechte beanspruchen sollten als die Angestellten oder die sogenannten geistigen Arbeiter.

Eine weitere Ungleichheit der Arbeitnehmer in Österreich besteht auf dem Gebiete des Kündigungsschutzes. Wir haben heute in Österreich den Zustand, daß ein Teil der Arbeitnehmer einen größeren oder höheren oder qualifizierteren Kündigungsschutz besitzt als der andere Teil der Arbeitnehmer. Es sind alle jene, die unter die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes fallen. Und alle jene Arbeitnehmer — und das ist eine sehr große Zahl —, auf die die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes nicht Anwendung finden können, weil sie in Klein- und Kleinstbetrieben beschäftigt sind, müssen eines Kündigungsschutzes entbehren; ein Zustand, der unseres Erachtens ebenfalls so rasch wie möglich überwunden werden muß.

Wir haben schon gestern und vorgestern in den Debatten gehört, daß es auch auf die Dauer untragbar ist, daß etwa Jungakademiker heute beschäftigt werden und nicht ebenfalls alle jene sozialrechtlichen Vorteile erhalten wie die übrigen Arbeiter und Angestellten auch. Es ist daher eine unserer wesentlichsten Forderungen, daß, solange die Dinge nicht bereinigt sind, die Jungakademiker zumindest unter die Bestimmungen des Angestelltengesetzes fallen müssen.

Aber selbst in Gesetzen, die erst von Ihnen beschlossen werden sollen, halten Sie diese Ungleichheit der einzelnen Arbeitnehmerkategorien aufrecht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Arbeitszeitgesetz. Zu diesem Gesetzentwurf kann man nur sagen, die Ausnahmen bestätigen die Regel. Mit diesem Arbeitszeitgesetz wollen Sie praktisch die 48-Stundenwoche in Österreich endgültig festlegen. Wenn Sie sich aber diesen Gesetzentwurf genau durchsehen, dann müssen Sie zu dem Ergebnis kommen, daß dieses Gesetz mehr Ausnahmen enthält als die Regel, die Sie damit sozusagen zum Gesetz erheben wollen.

Ich verweise nur auf die Bestimmungen hinsichtlich der Schwerstarbeiter, auf die Bestimmungen für kontinuierliche Betriebe, für die Schichtarbeiterbetriebe; unter sie würden also alle Schwerindustriebetriebe fallen, wie die VÖEST, Donawitz, Eisenerz, Kaprun usw. Dort haben wir dann praktisch laut diesem Gesetz die 56stündige Arbeitszeit. Das wäre ein Zustand, der in der alten österreichischen Monarchie schon als überwunden gegolten hat. Ich weise ferner darauf hin, daß Sie auf Grund dieser Gesetze die einzelnen Ministerien, oder die einzelnen Minister ermächtigen wollen, gewissermaßen alle Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes mit einem Federstrich aus der Welt zu schaffen. Ich verweise ferner darauf, daß Sie vor allem denjenigen, die krankheitsmäßig am anfälligsten erscheinen, den Be-

2682 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

diensteten in Spitälern und Krankenanstalten, die 48-Stundenwoche nicht zuerkennen wollen.

Auf der anderen Seite haben Sie wieder die Ungleichheit, daß Sie den Frauen die 44stündige Arbeitswoche erkämpfen wollen. Das ist eine Ungerechtigkeit den Frauen selbst gegenüber, denn Sie würden damit nur eine Gruppe von Frauen hervorheben, nämlich nur jene Frauen, die in solchen Betrieben beschäftigt sind, wo die Zahl der weiblichen Beschäftigten die der männlichen übersteigt. Das ist ja nur in einigen wenigen Betrieben in Österreich der Fall. Abgesehen davon also, daß Sie diese Industriebetriebe selbst schädigen würden, weil sie ja stillgelegt werden müßten, da sie nur 44 Stunden arbeiten könnten — denn mit den restlichen männlichen Beschäftigten könnten Sie den Betrieb nicht aufrechterhalten —, abgesehen davon also, daß Sie diese Industrie, vor allem träge das die Voralberger Strickereiindustrie, dadurch schädigen würden, wäre sie nicht mehr in der Lage, für den Export konkurrenzfähig zu bleiben. Dadurch schädigen Sie auch Ihre Frauen. „Denn was ist das Ergebnis einer solchen Bestimmung? Die Unternehmer würden sagen: Ich muß alles daransetzen, männliche Arbeitskräfte für den Betrieb zu erhalten, damit ich den Betrieb konkurrenzfähig erhalte! Es geht also nicht an, auch hier schon von vornherein zweierlei Recht zu schaffen.“

Wir haben noch einen anderen ungesunden Zustand in Österreich, der einmal beseitigt werden muß. Gestern erst war so ein Tag, der sogenannte 8. Dezember. Ich habe hier keine Befugnis, etwa namens meines Klubs zum Ausdruck zu bringen, daß wir für die Einführung weiterer staatlicher oder kirchlicher Feiertage wären. Wir wissen, daß der Herr Abg. Dr. Pittermann den Karfreitag als Feiertag für die Protestanten verlangt, wir wissen, daß die ÖVP den 8. Dezember und den 6. Jänner als gesetzliche Feiertage reklamiert. Wir wissen aber auch, daß die einzelnen Länder für ihre Landesheiligen gesetzliche Feiertage reklamieren, Salzburg gleich zwei, einen Josef und einen Rupertus. Ohne jetzt auf die Frage einzugehen, ob weitere gesetzliche Feiertage geschaffen werden sollen oder nicht, muß hier festgehalten werden, daß der Zustand auf die Dauer untragbar ist, daß bei so einem Zwitter von Feiertag die eine Hälfte der Bevölkerung arbeitet und die andere Hälfte der Bevölkerung — obwohl sie ihr Entgelt oder ihren Beamtenehalt weiter bezieht — feiert. Das ist ein Zustand, der in einem modernen sozialen Staat auf die Dauer einfach untragbar ist, weil es sich um einen provokatorischen Zustand handelt.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung haben wir gehört, daß wiederholt versprochen

wurde, hier eine Reform durchzuführen. Ich habe in der Ausschußdebatte diesbezüglich bereits eine konkrete Anfrage an den Herrn Sozialminister gerichtet, und ich muß sagen, diese Anfrage wurde nicht so konkret, wie sie gestellt war, beantwortet.

Was uns nämlich hinsichtlich der Reform der Sozialversicherung interessiert, das ist die Frage, auf welche Weise diese Reform durchgeführt werden soll. Das ist die Grundfrage; denn wenn ich etwas reformieren will, dann muß ich doch auch in der Lage sein, bekanntzugeben, nach welchen Grundtendenzen, nach welchen Grundprinzipien eine solche Reform durchgeführt werden wird. Dieses Grundprinzip wollen wir gerne kennenlernen. Handelt es sich dabei um eine Reform, die auf eine totale Volksversicherung abzielt, so wie wir sie in England während der Herrschaft der Labour Party erlebt haben, oder handelt es sich dabei nur um eine Reform der bereits bestehenden Einrichtungen? Diese Frage, die ich heute nochmals stelle, wollen wir also gerne beantwortet wissen. Weiter die Frage, ob diese Reform in einem Guß, also gewissermaßen en bloc, gründlich vorbereitet, gründlich durchstudiert, abgewickelt werden soll, oder ob tröpfchenweise einmal dieses Gebiet, einmal jener Zweig, dann wieder dieses Gesetz vorgenommen und reformiert werden soll.

Unser Standpunkt dazu ist folgender: Die Unübersichtlichkeit im ganzen Sozialversicherungswesen hat einen derartigen Umfang angenommen, daß eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes nicht mehr verantwortet werden kann. Der unübersehbare Wust von Vorschriften macht es heute nahezu jedem Staatsbürger unmöglich, sich auf dem Gebiete der Sozialversicherung zurechtzufinden. Selbst ein so hervorragender Kenner der Sozialversicherung, wie der Herr Direktor Dr. Melas, hat in der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ ebenfalls den Standpunkt vertreten, daß der jetzt unternommene Versuch, die Sozialversicherungszweige zunächst einzeln für sich zu regeln und erst später die Gesamtkodifikation vorzunehmen, zu keinem Erfolge führen kann. Er hat dazu wortwörtlich geschrieben: „Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob und wann die Reform durchgeführt wird, da Leben und Existenz hunderttausender Familien von der Erhaltung und Ausgestaltung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung abhängen.“

Sie sehen also — ich glaube, Sie werden die Qualitäten des Herrn Dr. Melas nicht bestreiten —, daß auch die allerersten Fachleute in Österreich den Standpunkt vertreten, erstens: die Sozialversicherungsreform ist notwendig, zweitens: sie muß rasch durchgeführt werden,

und drittens: sie muß in einem Zuge, in einem Guß durchgeführt werden.

Wir haben auch in der Spezialdebatte einige Vorschläge unterbreitet, die natürlich erst — das gebe ich zu — auf ihre Standfestigkeit überprüft werden müssen, also darauf, ob sie tatsächlich standhalten. Wir haben etwa einen Vorschlag über jene Gebiete in der ganzen Sozialversicherung unterbreitet, wo der Staat primär einspringen muß, wo es Aufgabe und Pflicht des Staates ist, für die Staatsbürger zu sorgen; das ist die Altersversicherung und die Invalidenversicherung.

Übrigens ist es auch nicht richtig, daß wir hier in Österreich zwei Bezeichnungen haben: Bei den Angestellten sprechen wir von einer Altersversicherung und bei den Arbeitern — wohl aus einer historischen Entwicklung heraus — immer noch von einer Invalidenversicherung. Man dürfte eigentlich, um die Öffentlichkeit nicht irreführen, nur von einer Altersversicherung — hier für Angestellte und hier für Arbeiter — sprechen, statt bei den Arbeitern den Begriff Invalidenversicherung beizubehalten.

Man müßte also bedenken, ob man nicht bei der Reform der Sozialversicherung zunächst die Gebiete der Altersversicherung und der Versicherung der dauernd Berufsunfähigen gesondert von den Gebieten der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung behandeln sollte. Es wäre weiter zu überlegen, ob die Beitragsleistung zu den Sozialversicherungsinstituten nach wie vor derart aufgeschlüsselt bleiben soll wie bisher. Das ist meines Erachtens ein unbefriedigender Zustand. Ich könnte Ihnen dies wie in der Spezialdebatte im Ausschuß näher begründen, ich unterlasse es aber aus Zeitmangel.

Ich glaube, daß man doch daran denken müßte, zu einem einheitlichen Beitragssatz für die Sozialversicherung zu gelangen, und daß man sogar daran denken muß, eventuell eine Sozialsteuer in Österreich einzuführen. Ich glaube auch, daß es auf die Dauer nicht vertretbar ist, daß die Krankenkassen sozusagen auf der einen Seite diesen Beitrags-einzug übernehmen und auf der anderen Seite wieder die Aufteilung der einzelnen Beiträge auf die Versicherungsträger durchführen. Dies kann nicht Aufgabe der Krankenkassen sein.

Ich möchte mich, wie schon erwähnt, hier nicht so im Detail mit den Reformgedanken der Sozialversicherung beschäftigen, da ich sonst mit der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht auskomme.

Ich möchte nur ganz kurz auf den sogenannten Hillegeistschen Reformplan zu sprechen kommen. Ich habe schon am Mitt-

woch in der Generaldebatte erwähnt, daß wir den Antrag des Kollegen Hillegeist sehr begrüßen, der nunmehr dahingeht, sämtliche Härten und Ruhensbestimmungen auszuschalten, und der auf eine Verbesserung der Rentenleistung seitens des Staates abzielt. Ich habe aber gestern in einem Unterausschuß bei der Behandlung dieses Gegenstandes eine Wahrnehmung gemacht, die ich doch hier aufzeigen will, weil sie an das Grundsätzliche rührt.

Nach § 19 der Geschäftsordnung des Nationalrates dürfen Anträge nur dann behandelt werden, wenn die Bedeckungsfrage gelöst ist. Ich habe über dieses Problem nachgedacht; diese Regelung scheint mir sehr gefährlich für die ganze parlamentarische Methode und Taktik und für die parlamentarische Erledigung der dringendsten Anliegen des Volkes zu sein; denn konsequent durchgedacht, würde hier nicht mehr der Wille des Gesetzgebers entscheiden, es würde der Grundsatz: „Alles Recht geht vom Volk aus“, durchbrochen werden. Denn wie liegen die Dinge? Sie alle sind vom Volk gewählt, um initiativ zu wirken, um dem Willen des Volkes in Gesetzesform Ausdruck zu geben und um als Gesetzgeber den Auftrag an die Regierung zu geben, diese beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen durchzuführen. Wenn Sie aber weiterhin die Bestimmungen des § 19 der Geschäftsordnung so rigoros handhaben, dann kommen Sie zu dem Zustand, daß in Österreich nicht Sie die Gesetze bestimmen, daß in Österreich nicht Sie den Auftrag an die Regierung weitergeben, sondern daß in Österreich ein einziger Mann souverän die ganze Gesetzgebung beherrscht, und dieser Mann ist der Finanzminister.

Denn wenn Sie überall die Bedeckungsfrage gelöst haben müssen, wie es § 19 vorsieht, dann bedeutet dies, daß Sie wegen jeder gesetzlichen Maßnahme, ob sie nun ein kleines oder ob sie ein großes Problem beinhaltet, letzten Endes zuerst zum Finanzminister gehen und fragen müssen: Lieber Herr Finanzonkel, kann ich diese gesetzliche Maßnahme durchführen oder nicht? Das ist meines Erachtens ein ganz unmöglicher und auf die Dauer auch sicherlich gefährlicher Zustand. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Raab.)* Herr Präsident, Sie sind nun eben einmal der starke Mann, und Sie wissen, daß man rechtzeitig Vorsorge treffen muß, um nicht unter die Räder zu kommen.

Auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens haben wir den Zustand zu verzeichnen, daß sich über eine soziale Einrichtung im Volke eine große Unzufriedenheit bemerkbar macht. Ich gebe zu, und ich wiederhole das, was ich

2684 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

eingangs gesagt habe, daß gerade auf diesem Gebiet sehr viel Demagogie betrieben wird. Ich selbst bin Vorstandsmitglied einer Gebietskrankenkasse und habe Einblick in die Dinge, und deshalb sage ich, daß mir jede Demagogie auf diesem Gebiet zuwider ist. Trotzdem sind wir verpflichtet, gerade dieser Frage unser Augenmerk zuzuwenden und nach den Ursachen Ausschau zu halten, die den Grund für die Unzufriedenheit mit den Krankenkassen abgeben. Ich habe sie in folgenden Punkten zusammengefaßt — bitte, sie müssen nicht richtig sein, es ist nur mein Standpunkt —:

Erstens einmal besteht ein Mißverhältnis zwischen den relativ hohen Beiträgen und den relativ niedrigen Leistungen, und zwar vom Standpunkt der Mehrzahl der Krankenkassenversicherten aus gesehen, und das ist der Standpunkt der Gesunden. Ich gebe nämlich zu, daß ein Krankenversicherter, der selbst überwiegend krank ist oder eine kränkliche Frau oder etwa kränkliche Kinder hat, natürlich über die Krankenkasse selbst nicht schimpfen wird. Aber die Mehrzahl der Versicherten, die Gesunden, haben das bestimmte Empfinden oder den bestimmten Eindruck, daß ihre Beiträge im Verhältnis zu den Leistungen etwas zu hoch sind.

Die zweite Ursache liegt im Psychologischen. Es ist der Zustand der Zwangsjacke, in dem sich jeder Krankenversicherte zu befinden glaubt, und zwar dadurch, daß er gezwungen ist, einer ganz bestimmten Monopolkrankenkasse, einem ganz bestimmten Monopolinstitut anzugehören. Schaffen Sie diesen Zustand ab, beseitigen Sie die Monopolkrankenkasse und führen Sie die sogenannten Wahlkrankenkassen ein! Dann werden Sie sehen, daß mit einem Schlag die Kritik an der Krankenkasse verstummt. Ich sehe auch nicht ein, warum hier in Österreich nicht ein Zustand eingeführt werden soll, der sich in anderen Ländern hundert- und tausendfach bewährt hat. Ich führe hier nur als Beweis Schweden und Deutschland an. Wir haben heute in Deutschland, obwohl wir dort ebenfalls den Gedanken der Pflichtversicherung haben, 1843 Wahlkrankenkassen. Ich wiederhole: 1843!

Nun wirft mir der Herr Abg. Hillegeist schon durch zwei Jahre hindurch ein: Ja, eine Krankenversicherung muß doch auf dem Prinzip der Solidarität aufgebaut werden! Das heißt, die Riskengemeinschaft muß möglichst groß sein! Meine Herren! Was hat der praktische oder faktische Zustand, ob Monopolkrankenkasse oder Wahlkrankenkasse, mit dem Prinzip der großen Riskengemeinschaft zu tun? Da gibt es doch einen sehr einfachen Ausweg, nämlich den, daß Sie alle

bestehenden Wahlkassen in der Art eines Versicherungsringes, aufgebaut auf die Gegenseitigkeit, in finanzieller Hinsicht zusammenschließen. Da sind bei den Krankenkassen zwei Dinge auseinanderzuhalten. In finanzieller Hinsicht schaffen Sie sich die Rückversicherung so wie jede andere private Versicherung durch eine möglichst breite Riskengemeinschaft eben auf der Basis der Rückversicherung, also den Versicherungsring für die Krankenkassen. Auf der anderen Seite beseitigen Sie den Zustand, daß ein Versicherungsnehmer nicht in der Lage ist, sich seine eigene Krankenkasse auszuwählen. (*Abg. Slavik: Warum denn einfach, wenn es kompliziert auch geht! — Heiterkeit. — Abg. Dr. H. Kraus: Leistungswettbewerb!*)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Wahlkassensystem, rigoros durchgeführt, das weitaus einfachere System ist. (*Abg. Lackner: Was habt ihr denn für Hintergedanken dabei? Wir haben gar keine Hintergedanken dabei. (Ruf bei der SPÖ: Das ist die Verwaltungsvereinfachung des Herrn Neuwirth!)*)

Eine weitere Ursache für die Unzufriedenheit mit den Krankenkassen liegt auch in dem Umstande begründet, daß die heutigen Machthaber — es sind zwar Selbstverwaltungskörper, aber doch gibt es dort auch Machthaber; ich sage das bewußt und mit Absicht und auch aus Erfahrung — in der breiten Masse den Eindruck erwecken, hinsichtlich der Verwaltung dieser Krankenkassen nicht überall eine ganz glückliche Hand zu besitzen. Es kommen Dinge vor, die die Krankenkassen noch mehr in Mißkredit bringen. Ich verweise da beispielsweise nur auf die Ereignisse in der jüngsten Zeit bei der Gebietskrankenkasse in Klagenfurt, wo es sich nämlich ereignet hat, daß diese Gebietskrankenkasse dem neuen Druckereigebäude der sozialistischen Zeitung „Neue Zeit“ ein Darlehen von 750.000 S gegeben hat. (*Abg. Dr. H. Kraus: Hört! Hört!*) Als der Überwachungsausschuß dieser Gebietskrankenkasse dagegen Einspruch erhob, wurde ein Umweg gegangen. Die Kasse mietete in dem Gebäude Räume für ein Zahnambulatorium, eine Röntgenstation und eine Apotheke und vereinbarte dann einen Mietzins von 700.000 S. (*Abg. Dr. H. Kraus: Sehr schlau!*) Der Überwachungsausschuß hat auch gegen diesen verschleierte Kredit Einspruch erhoben, aber das Sozialministerium hat den Beschluß der Krankenkasse gebilligt.

Sehen Sie, meine sehr Verehrten, das sind natürlich Dinge, die in der Öffentlichkeit besprochen werden. Statt die Leistungen der Krankenkassen zu erhöhen, werden die Gelder für Zwecke verwendet, die mit den Kranken-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2685

kassen selbst überhaupt nichts zu tun haben. (Abg. Olah: Wenn man ein eigenes Gebäude gebaut hätte, hätte man gesagt, man schmeißt das Geld hinaus! — Abg. Dr. H. Kraus: Auch das ist keine Entschuldigung!)

Das letzte Problem, das wir bei Behandlung der Krankenkassen immer wieder anschneiden müssen, ist das Ärzteproblem. Diese Frage ist heiß umstritten. Unseres Erachtens — das wollen wir einmal mit aller Deutlichkeit feststellen — muß der Arzt in der heutigen Gesellschaftsordnung jedenfalls wieder einen ihm und seiner Leistung gebührenden Rang einnehmen. Er ist der Hüter, er ist der Wahrer unserer Gesundheit, der Gesundheit unserer Kinder, unserer Frauen, unserer Väter und Mütter. Und er darf — ich habe es schon gesagt, es soll meinetwegen zum geflügelten Wort werden —, er darf nicht zu einem „Tintenkuhli“ degradiert werden.

Das Verhältnis zwischen Arzt und Krankenkasse ist derzeit restlos unbefriedigend. Wir hören aus Erörterungen in der Öffentlichkeit immer wieder, daß es einmal in diesem und einmal in jenem Lande nicht klappt. Letzten Endes geht das immer auf Kosten der Allgemeinheit und auch der Behandlung des einzelnen Patienten. Der Mensch muß in dieser Vertrauensfrage genau so eine freie Wahl haben, wie er sich etwa, wenn er beichten gehen will, seinen Priester selbst aussucht. Er muß die Gelegenheit haben, den Arzt seines Vertrauens zu Rate zu ziehen.

Noch eine Ursache haben wir in diesem Zusammenhang festzustellen, daß nämlich die Krankenkassen durch ihre kasseneigenen Ambulatorien mit den Fachärzten einen sehr unlauteren Wettbewerb und einen sehr ungleichen Konkurrenzkampf aufnehmen. (Abg. Uhlir: Wieso?) Wieso? Weil die Krankenkassen kapitalkräftig sind. Auf Grund ihrer finanziellen Stärke sind sie natürlich in der Lage, den ganzen freien Wettbewerb auf allen Gebieten gewissermaßen auszuschalten. Ich bin überzeugt, daß die Krankenkassen auf Grund ihrer finanziellen Stärke in der Lage wären, de facto alle Privatärzte mit einem Schlage zu ruinieren. Sie wären auch in der Lage, sämtliche Apotheken über Nacht sozusagen auf kaltem Wege zu sozialisieren. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Krankenkassenambulatorien, wenn sie schon bestehen, die Sprechstunden des Arztes nicht ersetzen sollen, sondern sie im allerbesten Falle nur ergänzen dürfen.

Auf dem Gebiete der Krankenkassen muß auch ein Kontrollsystem Anwendung finden, das dem Simulantentum und dem Medikamentenmißbrauch entschieden und energisch an den Leib rückt.

•Ich habe anlässlich der Rechnungshofdebatte auf die Verwaltungsgebäude der Krankenkassen hingewiesen, und es wurde mir entgegengerufen: Wo stehen sie? Ich stehe nicht an, zu erklären, daß selbstverständlich auch die Krankenkassen ihrer Gebäude bedürfen, um den großen verwaltungsmäßigen Betrieb, der sich im ganzen Um und Auf der Krankenkassen ergibt, abzuwickeln. Das ist selbstverständlich! Aber es kommt nur darauf an, wie und in welchem Ausmaß das geschieht, ob man sich hier der Verantwortung bewußt ist und bedenkt, daß hier Gelder verwendet werden, die eigentlich bestimmungsmäßig für Zwecke der Kranken verwendet werden müßten, oder ob man sich auf den Standpunkt stellt: Mir ist nichts teuer genug!

Es wurde erst in jüngster Zeit beispielsweise in Innsbruck solch ein Neubau einer Gebietskrankenkasse aufgeführt. Der Verwaltungsaufwand inklusive Ambulatorium betrug 6,120.000 S. Wir haben jetzt in Vorarlberg einen Bau geplant. Der bestehende Bau in Dornbirn, Radetzkystraße Nr. 3, soll erweitert werden. Kostenvoranschlag zirka 4 Millionen Schilling. Ich weiß, daß auch in Salzburg an den Bau eines Verwaltungsgebäudes gedacht wird. Ich will hier nicht polemisieren und keine Demagogie betreiben. Sie haben mich nur gefragt, ob ich in der Lage bin, Ihnen einige derartige Gebäude zu nennen. (Abg. Olah: Das sind nicht nur Verwaltungsgebäude, sondern es sind auch Ambulatorien drinnen! Die Vorarlberger Kasse ist zufällig nicht unter unserer Führung! Da machen Sie den Vorwurf umsonst! Die Vorarlberger Kasse ist nicht unter Führung der Sozialisten!) Sie dürfen die Tatsache, daß ich mich meist an Sie wende, nicht so auslegen, daß ich jeden Vorwurf gegen Sie erhebe. Ich erhebe gegen keine einzelne Partei einen Vorwurf, sondern lediglich gegen diejenigen, die für die Führung der Krankenkassen verantwortlich sind, also gegen die sogenannten Träger der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Auf dem Gebiete der Volksgesundheit könnte ich nur wiederholen, was ich hier in diesem Hause bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe und was auch in der Spezialdebatte schon hervorgehoben wurde. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, daß uns sehr daran liegt, daß in Österreich eine sozialmedizinische Akademie als Vorbereitung für den Gesundheitsdienst geschaffen wird.

Sie wissen auch, daß wir ein Betriebsärztegesetz verlangen. Das scheint uns gerade im Hinblick auf die in der Öffentlichkeit bereits besprochene hohe Zahl der sich ereignenden Betriebsunfälle sehr wesentlich zu

2686 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

sein. Ich habe ja schon erwähnt, daß wir im Jahre 1949 allein 101.655 Betriebsunfälle zu verzeichnen hatten, davon 537 mit tödlichem Ausgang. Wir haben schon gehört, daß an erster Stelle der Bergbau, dann die Metallindustrie, dann die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und schließlich die Bauwirtschaft steht, die sozusagen die Spitzengruppen sind. Dieses Verlangen ist also unseres Erachtens notwendig und auch durchführbar. Gerade im Hinblick auf die große Anzahl der Ärzte, die wir ja in Österreich angeblich haben, ist es wichtig, daß wir ein Betriebsärztegesetz schaffen, das die Aufgabe hat, die Kontrolle des Gesundheitszustandes durchzuführen, ansteckende Krankheiten zu verhindern, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu achten, die Gefahr von Unfällen auszuschalten, Berufskrankheiten zu beobachten, usw. Ich habe auch schon darauf hingewiesen, daß wir den eigenartigen Zustand zu verzeichnen haben, daß auf der einen Seite ein Ärzteüberschuß vorhanden ist, während auf der anderen Seite in einigen Gebieten ein Ärztemangel zu verzeichnen ist, wie etwa im Burgenland, wo auf 91.341 Einwohner ein einziger Facharzt kommt, während wir in Wien auf 2159 Einwohner bereits einen Facharzt haben, in demselben Land — also im Burgenland —, kommt auf 1930 Einwohner ein praktischer Arzt, während in Wien bereits auf 386 Einwohner ein Arzt kommt. Das sind natürlich Zustände, die auch von Staats wegen beseitigt werden müßten. Und wenn aus irgendwelchen beruflichen Gründen ein Arzt glaubt, im Burgenland nicht sein Auslangen finden zu können, dann wäre es Pflicht des Staates, diesen Ärzten eine entsprechende staatliche Dotierung zu geben, damit sie dort ihrer ärztlichen Pflicht und Obsorge nachkommen können. Ich verweise auf dem Gebiet der Volksgesundheit noch darauf, daß das Versprechen, das Rote-Kreuz-Schutzgesetz noch in diesem Jahr vor das Haus zu bringen, nicht eingehalten wurde.

Hinsichtlich der Kriegsoffer möchte ich nur eine Tatsache festhalten. Es wurde im Juli dieses Jahres feierlich zugesichert, daß der in Permanenz tagende Sozialausschuß und der hierfür eingesetzte Unterausschuß sich mit unserem Antrag auf Streichung des § 60 des Kriegsofferversorgungsgesetzes beschäftigen wird. Ich muß meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, daß jetzt etliche Unterausschüsse einberufen wurden, sogar zur Behandlung des Kleingärtnergesetzes, daß aber der Unterausschuß zur Behandlung der Ausschaltung des § 60 des Kriegsofferversorgungsgesetzes bis jetzt nicht einberufen wurde. Ich habe in der Ausschlußdebatte im einzelnen die Forderungen, die wir für

unsere Kriegsoffer erheben, zur Kenntnis gebracht und habe mich damals gewundert, wieso der Herr Abg. Wimberger dazukommt, zu sagen, ich betreibe hier Demagogie, weil ich die Forderungen sowohl des Kriegsofferverbandes, als auch des Kriegsversehrtenverbandes, als auch die Forderungen, die einzelne Kriegsversehrte vorgebracht haben, in der Spezialdebatte vorbringe. Ich möchte wissen, worin da die Demagogie eines Abgeordneten besteht.

Wir kennen keinen Konkurrenzneid. Ob Sie eine Forderung erheben bezüglich der Volksdeutschen, bezüglich der Kriegsoffer, ob das wir sind oder wir die ersten sind und Sie die zweiten oder umgekehrt, ist uns egal. Uns kommt es nur darauf an, daß tatsächlich nicht nur immer davon gesprochen wird, sondern daß das, was wir verlangen und was Sie selbst verlangen und fordern, auch zur Durchführung gelangt. *(Beifall beim KdU.)*

Ich möchte zum Abschluß — obwohl ich sehr viele Kapitel, weil ich Sie nicht auf eine nervliche Zerreißprobe stellen will, mit Absicht auslasse — nur mehr die Gesetze über die Arbeitsvermittlung und den Arbeitsmarkt erwähnen. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen jetzt plötzlich — ich habe schon einen gewissen Verdacht geäußert — diese Entwürfe in diese ganze Maschinerie eingeschaltet werden und warum man einen Unterausschuß bilden will. Ich könnte mir die Behandlung dieser Materie gar nicht anders vorstellen. Ich kann hier nur sagen: Zu diesem Gesetz werden wir nie unsere Zustimmung geben. Sie können darauf hinweisen und sagen: Das ist uns ganz egal, was die Mehrheit beschließt, das wird eben beschlossen! Aber ich mache vor allem die Sozialisten auf einen Widerspruch aufmerksam: Sie wenden sich und wehren sich gegen alle sogenannten zentralistischen Bestrebungen, die in der Zeit von 1938 bis 1945 obwalteten haben. Aber auf diesem Gebiet da sind Sie unerbittlich, da sind Sie nazistischer, als je die Nazi gewesen sind. Sie arbeiten heute noch auf dem Gebiet der Stellenvermittlung mit den Bestimmungen aus der Nazizeit. Ich verweise auf das Gesetz vom 5. November 1935, das bei uns am 1. Mai 1938 in Kraft getreten und im Jahr 1945 übernommen worden ist.

Vorgestern haben wir es erlebt, daß der Herr Abg. Frühwirth beispielsweise auf die DAF-Beiträge hingewiesen hat. Ich sage, daß die Zwangsbeiträge zur Arbeiterkammer und die Gewerkschaftsbeiträge letzten Endes wahrscheinlich auch nicht geringer sein werden, als es damals die DAF-Beiträge waren. Sie haben auch mit einer gewissen Arroganz auf die damals durchgeführten Sammelaktionen hingewiesen. Ich stelle fest, daß heute in

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951. 2687

Österreich genau so viel Sammelaktionen wie damals abgehalten werden — als Vater von zwei Kleinkindern stelle ich dies fest — und daß schon Kleinkinder angehalten werden, in verschiedene Häuser für alle möglichen Zwecke absammeln zu gehen. Sie haben auch auf den sogenannten Eintopf verwiesen. Ich stelle fest, daß man damals höchstens einmal im Monat Eintopf gegessen hat, daß aber heute eine Arbeiterfamilie täglich Eintopf essen muß, weil sie gar kein Geld mehr hat, um sich anders zu verpflegen. (*Abg. Reismann: Jetzt machen Sie schon endlich Schluß mit der Blödelei!*) Das ist keine Blödelei! Wenn ein Abgeordneter diese Probleme innerhalb der Budgetdebatte anschneidet, dann kann auch ein oppositioneller Abgeordneter auf diese Dinge zu sprechen kommen. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Hört es euch nur an!*) Aber dies ist abseits der Materie.

Ich möchte hier nur feststellen, da wir mit diesem Arbeitsvermittlungsgesetz nicht einverstanden sein werden, daß wir dieses Monopol nie dulden werden, denn hier handelt es sich, wie wir es einmal ausgedrückt haben, um einen Menschenmarkt im 20. Jahrhundert, um eine Verwaltungshypertrophie, um einen Formularienkrieg sondergleichen. Es handelt sich hier förmlich um ein Menschenbudget, es ist ja wortwörtlich in § 7 des Gesetzentwurfes enthalten: „Das Landesarbeitsamt hat im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann und den Interessenvertretungen der Dienstgeber und der Dienstnehmer jeweils bis spätestens Ende des Kalenderjahres für das kommende Kalenderjahr den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften zu ermitteln und einen Bedarfsdeckungsplan unter Berücksichtigung der vorhandenen Arbeitskraftreserven zu erstellen, wobei auch auf den überbezirklichen Ausgleich Bedacht zu nehmen ist“, und so weiter.

Meine Herren! Unterbinden Sie nicht die Möglichkeit des einzelnen, sich seinen Arbeitsplatz frei zu wählen, unterbinden Sie nicht die Möglichkeit irgendeines Vereines, einer Organisation, nicht auf entgeltlicher, gewerblicher Basis, sondern aus idealen Gründen Arbeitsplätze zu vermitteln. Wir sehen uns als politische Partei geradezu genötigt, unsere Leute bei entsprechenden Firmen unterzubringen, vor allem Leute, die dem Terror aus den verstaatlichten Betrieben nicht widerstehen konnten oder hinausgeworfen wurden. (*Zustimmung beim KdU.*) Dieses Recht werden wir uns auch von einem sozialen Staat, wie Sie ihn immer anpreisen, nicht nehmen lassen!

Ich komme zum Schluß! Ich habe schon ein paarmal die Forderung aufgestellt und wurde deshalb sehr angegriffen, daß auch der

Gewerkschaftsbund das Seine zur Überwindung der Wohnungsnot beitrage. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig!*) Ich bin heute kein Gewerkschaftssekretär mehr, sondern nur mehr, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, ein Pseudogewerkschaftssekretär. Ich bin ausgeschlossen aus der Gewerkschaft, ich spreche nicht mehr im Namen des Gewerkschaftsbundes, nicht als Gewerkschafter formaliter, sondern als Gewerkschafter dem Geiste nach. Meine Herren! Wenn ich Präsident des Gewerkschaftsbundes wäre, meine erste Handlung würde es sein, die Millionenbeträge des Gewerkschaftsbundes für den sozialen Wohnhausbau zur Verfügung zu stellen, damit unsere Arbeiter zu Wohnungen kommen! Sie aber schlagen die Hände über dem Kopf zusammen! Sehen Sie sich doch in der letzten Nummer der „Solidarität“ vom November 1951 auf der letzten Seite das Bild der Baracke 4 an! Der Gewerkschaftsbund zeigt dort an Hand von drastischen Bildern, wie heute noch Arbeiter in Österreich leben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie mir in einem halben Jahr eine Nummer hinlegen könnten, in der Sie sagen, daß Sie für diese 31.000 Arbeiterfamilien und 13.000 Arbeiter, die heute noch in Baracken untergebracht sind, wenigstens Gelder zur Verfügung gestellt haben, um diesen Menschen wieder ein menschenwürdiges Dach über ihrem Kopf zu schaffen. Ich würde und ich werde es öffentlich hier anerkennen, wenn Sie mir dann die Bilder Ihrer Arbeiterwohnungen zeigen, die Sie aus den Mitteln des Gewerkschaftsbundes errichtet haben! (*Abg. Wilhelmine Moik: Er kennt die Bestimmungen der Statuten des Gewerkschaftsbundes nicht!* — *Abg. Dr. Herbert Kraus: Er macht euch nervös, was? — Gegenrufe bei den Sozialisten.*)

Wir lehnen das Budget nicht deshalb ab, weil wir etwa der Meinung sind (*anhaltende Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen*), daß hier auf dem Gebiet der sozialen Verwaltung zuwenig getan wird, wir lehnen es auch nicht ab, weil wir vielleicht diesem oder jenem Posten nicht ganz unsere Zustimmung geben können, nein, wir lehnen das Kapitel Soziale Verwaltung aus den gleichen Erwägungen heraus ab, aus denen heraus wir das Gesamtbudget ablehnen, nämlich deshalb, weil wir der Meinung sind, daß der Staat, daß die Regierung noch immer nicht alles tun, um Österreich einer wirtschaftlichen und sozialen Gesundung entgegenzuführen! (*Beifall beim KdU.*)

Präsident Dr. Gorbach: Ich glaube im Einverständnis aller Anwesenden zu handeln, wenn ich die heutigen Verhandlungen unterbreche und die nächste Sitzung für morgen,

2688 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 9. Dezember 1951.

Montag, den 10. Dezember 1951, 11 Uhr vormittag, einberufe, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über die Gruppe VII: Soziale Verwaltung, und Beratung über die Gruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft. Ich mache darauf aufmerksam, daß um die Mittagszeit die Abstimmung über die Gruppen III bis einschließlich VII erfolgt.

Ich möchte noch eine Mitteilung machen: Die heute verlautbarte Absage der für

Dienstag, den 11. Dezember 1951, einberufenen Sitzung des Rechnungshofausschusses wird widerrufen. Es findet demnach die genannte Ausschusssitzung, wie dies in der erstergangenen Einladung festgelegt worden ist, am 11. Dezember um 9 Uhr im Lokal VI statt. Auf der Tagesordnung steht der Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1950.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr.